

Wahlprogramm

der AfD Sachsen-Anhalt

Jetzt kritisch kommentiert!

Angebot
zum
Überdenken



Inhalt

Vorwort	1
Familienpolitik	7
Bildung	19
Zuwanderung, Asyl und Integration	33
Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik, Energie- und Verkehrspolitik / Politik für den ländlichen Raum	49
Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht	71
Präambel	89
Wahlaufruf	95
Nachwort der Autorinnen	95

Vorwort zur kritischen Edition des Wahlprogramms der Partei

»Alternative für Deutschland – Sachsen-Anhalt«

Aktuell liest und hört man von viele Stimmen verunsicherter Wählerinnen und Wähler, die nicht nur mit Blick auf die anstehende Landtagswahl in Sachsen-Anhalt keine andere politische Alternative mehr sehen, als ihre Stimme der AfD, der selbsternannten Alternative für Deutschland, zu geben:

»Ich will irgendwann auch mal eine Familie haben und da habe ich auch so meine Bedenken, wie das hier in Zukunft so aussehen wird, wenn das so weitergeht und die Massen überall rein kommen und die alten Parteien einfach nichts machen, sich nicht einig werden.«*

Die Befürchtungen und auch Ängste, die derzeit geäußert und von vielen Bürgerinnen und Bürgern geteilt werden, sind zu Teilen sicher nicht unberechtigt und haben ihren Grund nicht selten in der gefühlten und erlebten, mangelnden Nähe von politischen Debatten und Entscheidungen zu den tatsächlichen Lebenssituationen der Wählerinnen und Wähler. Auch vermeintlich fehlende Möglichkeiten, sich als Bürgerin oder Bürger an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen – »mal die Meinung sagen zu können, wirklich mitzureden und gehört zu werden« – treiben viele Wählerinnen und Wähler in die Arme der AfD.

** Dave (23) aus Barby, in einem Interview-Ausschnitt aus einem Beitrag der Tagesschau vom 17.2.16*

** 31% der AfD Wählerinnen und Wähler stimmte der Aussage zu, dass die AfD das demokratische System der BRD ablehne, zitiert nach einer Umfrage von Stern-RTL-Wahlrend, veröffentlicht am 10.02.16*

Dessen ungeachtet, scheinen sich viele der potentiellen Wählerinnen und Wähler sicher zu sein, dass auch die AfD kaum in der Lage ist die bestehenden oder aktuell wahrgenommenen Probleme zu lösen oder sogar einige ihrer Forderungen das demokratische System der BRD gefährden. Allerdings und dennoch haben sie so wenig Vertrauen in die etablierten Parteien, dass die AfD in ihren Augen tatsächlich die einzige politische Alternative bleibt.*

Und die Strategie geht auf: Mit der gekonnten Inszenierung von Bedrohung, Konflikt und Katastrophe in ihren Reden und Debattenbeiträgen hat es die AfD geschafft, ihre Attraktivität auf ein Maß zu steigern, das für eine gerade einmal drei Jahre alte Partei mehr als erstaunlich ist. Indem sie auf bewährte (rechts-)populistische Agitationsstrategien setzt – u.a. Stilisierung als »Stimme der Bürger«, unverbindliche Versprechen von »demokratische Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten«, Rhetorik gegen das Establishment und die „Kaste abgehobener Berufspolitiker“ – können ihre Kandidatinnen und Kandidaten über ihre bestenfalls mäßigen parlamentarischen Erfahrungen hinwegtäuschen und selbst noch diejenigen, die ihren völkisch-nationalistischen Inhalte nicht unmittelbar zustimmen würden, ins wählende Boot holen.

Doch genau hier liegt in unseren Augen eine große Gefahr: Der Glaube, die AfD liefere tatsächlich eine demokratische Alternative zu den etablierten Parteien, eine Alternative, die sich für die Interessen der Bevölkerung einsetze und in Zukunft mehr Mitspracherecht und -möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger schaffen würde, ist schlichtweg falsch.

Das zeigt sich nicht nur an der eher schmalbrüstigen und zudem effektlosen parlamentarischen Arbeit der AfD-Fraktionen im sächsischen und thüringischen Landtag, sondern auch beim Blick auf die sachsen-anhaltische Landesliste, die neben dem erfolglosen Unternehmer André Poggenburg von medial unbekanntem und politisch unbeflissenen Gestalten besetzt ist (es heißt, Poggenburg sei persönlich für die Abwesenheit ambitionierter Kandidaten und damit möglicher Konkurrenten verantwortlich).

Und nicht zuletzt zeigt es sich beim gründlichen Lesen des AfD Wahlprogramms: Neben wenigen, zunächst vernünftig erscheinenden Programmpunkten der AfD, wie etwa der Forderung nach mehr Unterstützung für Hebammen oder nach der »Aufstockung der Stellen bei Polizei, Kinderbetreuung, Schulen und Gesundheitswesen«, findet sich dort eine ganze Reihe zutiefst undemokratischer und die Freiheit der Einzelnen stark einschränkender Forderungen. Forderungen, die nicht nur keine Alternative zu den Programmen und Ansätzen der etablierten Parteien bieten, sondern erschreckend elitär, die Gesellschaft spaltend und unmenschlich, ja geradezu menschenfeindlich sind.

Hinzu kommt die teils fehlerhafte und meist übertriebene Darstellung von aktuellen, innen- sowie außenpolitischen Begebenheiten und eine ganze Reihe zunächst einfach erscheinender, allerdings im Ergebnis unbrauchbarer bis inakzeptabler Lösungen für Probleme, die mitunter real, mitunter bloß munter herbeigemurmelt sind. Wenn man genau hinschaut und die sogenannten Problemlösungen der AfD zu

** Unsere Textgrundlage bildet das Wahlprogramm des AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl am 13. März 2016, welches die AfD in ihrem Webauftritt zur Verfügung stellt (Zugriff am 22.01.2016).*

*Wir haben uns bemüht, den Programmtext weitestgehend unverändert zu übernehmen. Zwei editorische Freiheiten haben wir uns dabei erlaubt: Zum einen haben wir darauf verzichtet, die ursprüngliche Paginierung beizubehalten. Ein Vergleich mit der Ausgabe der AfD ist in unseren Augen aufgrund der beibehaltenen Kapitelnummerierung aber nicht erschwert. Die zweite Freiheit ist es, die Präambel an eine andere Position als den Beginn des Programms zu setzen. Wir hielten es für lehrreich, zuerst das Hauptprogramm zu studieren und vor dem Hintergrund der dort gewonnenen Einsichten, die Präambel in all ihren rhetorischen Verdichtung, Pauschalisierungen und Anfeindungen lesen zu können. In diesem Sinne hoffen wir, das völkisch-nationalistische **stage setting** der Präambel besonders deutlich hervorheben zu können.*

Ende denkt, dann lassen sich nicht wenige Vorschläge als leere Wahlkampfphrasen oder gar als gefährliche, sowohl das Grundgesetz als auch das allgemeine Menschenrecht bedrohende Forderungen entlarven. Forderungen einer Partei, der es nicht, wie angekündigt, um die Interessen der Bevölkerung, sondern um Macht und Einflussnahme geht – und zwar auf Kosten der Bevölkerung, oder zumindest all derer, die nicht in das teils elitäre, teils profitorientierte und großteils völkische Raster der einstigen »Professoren-Partei« passen.

Da Schuldzuweisungen, Diffamierung, Entmenschlichung, Menschenfeindlichkeit und Fremdbestimmung keine Lösung für reale und gefühlte Probleme der BRD liefern können und sie zudem das demokratische Selbstverständnis der BRD untergraben, haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, nun einmal ganz genau hinzuschauen und das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt auf Herz und Nieren zu prüfen. Auf den folgenden Seiten findet sich dementsprechend das komplette Wahlprogramm in einer kritisch kommentierten Form.* Darunter sind Hinweise auf menschenverachtende und die Menschenrechte unterlaufende Forderungen, auf undemokratische und die Selbstbestimmung der Bevölkerung verringernde, durch die AfD geplante Maßnahmen. Des Weiteren werden an den entsprechenden Stellen die problematischen Forderungen der AfD Sachsen-Anhalt weiter gedacht und grob skizziert, was dies für die Zukunft der einzelnen Wählerinnen und Wähler eigentlich bedeuten würde.

Wir hoffen, mit dieser kritisch editierten Ausgabe des AfD Wahlprogramms für Sachsen-Anhalt, eine aufklärende Lesehilfe liefern zu können, die die Bildung einer eigenständigen Position zu den Forderungen der Partei ermöglicht. Zudem wollen wir mit unserem Beitrag aufzeigen und bestärken, dass es

nicht das Verschweigen oder gar Verbiehen rechter Parteien und Positionen braucht, um die Demokratie und Menschlichkeit in der BRD zu wahren und fördern. Was wir brauchen, sind aufgeklärte und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die sich kritisch mit politischen Forderungen auseinandersetzen und selbst erkennen und entscheiden können, um wessen Geistes Kind es sich bei ihnen handelt. Wenn sich schließlich so die Einsicht verbreiten lässt, dass Trotz, Protest und Unzufriedenheit keine Rechtfertigung für Politik im Sinne der AfD sein können, dann sehen wir unseren Beitrag als erfolgreich an.

Wir wollen nicht, dass es überhaupt »eine Stimme der Bürger« braucht – erst recht nicht in Form eines rassistischen Höcke, einer hetzenden Petry oder eines völkischen Poggenburg. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre eigene Stimme finden und von ihr Gebrauch machen – kritisch, humanistisch und demokratisch!

Eine anregende Lektüre wünscht der
Arbeitskreis Politik

Kapitel 1

Familienpolitik

Das familienpolitische Programm der AfD basiert auf einem traditionalistischen Grundkonzept von Familie, das durch frauenfeindliche, rassistische und biologistische Anteile deutlich die rechtskonservative Agenda der Partei widerspiegelt. Die Forderung nach einer »Willkommenskultur für den einheimischen Nachwuchs« (S. 11) steht einer klaren Ablehnung von Leistungen für ausländische Familien entgegen (S. 9). Die Bewertung der traditionellen Familie als »natürliche Grundeinheit der Gesellschaft« (S. 7) als einzig richtiger Lebensentwurf geht einher mit der offensichtlichen Abwertung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften (S.12). Gesamtgesellschaftlich geführte Gender- bzw. Gleichstellungsdebatten werden ganz in rechter und antifeministischer Manier als »Gender-Ideologie« (S.12) verunglimpft.

1. FAMILIENPOLITIK

1.1 Familie stärken

Die Familie ist gemäß Art. 6 des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft, um die sich alle weiteren Gesellschaftsbereiche entwickeln. Daher muss eine gestaltende Politik ihr Zentrum in der Familienpolitik finden. Diese muss stets primär die traditionelle Familie im Fokus haben und darf nicht über die Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik definiert werden. **1**

Allen Versuchen, den ursprünglichen Begriff „Familie“ auf weitere Gemeinschaften auszudehnen und so den grundsätzlich garantierten Schutz der Familie zu relativieren, treten wir entschieden entgegen.

Die Familie ist als Keimzelle der menschlichen Gesellschaft auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und schafft Zusammenhalt, der durch die Eltern und Großeltern vermittelt wird. Familie wird in besonderem Maße der Natur des Menschen gerecht, da der Mensch zur Gemeinschaft bestimmt und auf Liebe, Fürsorge, Erziehung und Pflege angewiesen ist.

Familien stärken bedeutet Gesellschaft stärken! Das will die AfD Sachsen- Anhalt.

1.2 Familienförderung und demographische Entwicklung

Wir sorgen uns darum, dass in Sachsen-Anhalt die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten übersteigt (negativer Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung). Dies liegt vor allem an der niedrigen Zahl von Geburten, die sich in der Fruchtbarkeitsrate von nur rund 1,4 Kindern pro Frau ausdrückt.

1

Das Bild, das die AfD von Gesellschaft hat, zeigt sich in diesem Vorschlag sehr deutlich.

Sie will die unterschiedlichen und bereits bestehenden Formen von Familien zurück in ein künstliches Korsett traditioneller Wertvorstellungen pressen. Familienpolitik sollte jedoch für all jene da sein, die Verantwortung füreinander übernehmen und nicht nur für jene, die dem völkischen Idealbild der AfD entsprechen.

Das heißt nicht, die klassische Mama-Papa-Kind-Familie nicht mehr zu unterstützen, sondern auch all jene zu berücksichtigen, die nicht dieses Modell leben. Dass aber die AfD die Ehe für alle und auch die damit verbundene Möglichkeit der Adoption ablehnt und als Gefahr für die traditionelle Familie darstellt, offenbart wie wenig es wirklich um Kindeswohl und Gemeinschaft geht.

Indem die Förderung von Familien als gegensätzlich zur Gleichstellungspolitik dargestellt wird, lässt sich zudem deutlich erkennen, was die AfD nicht will: Die freie und gleichberechtigte Entwicklung aller Personen innerhalb einer Familie und die dafür nötigen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die Forderung »family mainstreaming« (die Ausrichtung von Gesetzen auf Bedürfnisse von Familien) einzuführen, ist nicht neu, sondern findet sich schon seit Jahren in der politischen Debatte. Es ist an dieser Stelle besonders wichtig, das Familienbild der AfD in den Blick zu nehmen, auf dem vorgeschlagene Maßnahmen beruhen. Dieses Bild hat die AfD bereits in den vorherigen Paragraphen dargelegt: nur traditionelle Familien zählen und sollen berücksichtigt werden, nicht aber all die anderen Familienmodelle, die Verantwortung für Kinder übernehmen können und wollen. Anstatt Rückwärtsgewandtes zu fordern, sollte lieber eine wirkliche Wahlfreiheit bezüglich Familienplanung ermöglicht werden. Da hier jedoch weitere Erläuterungen zu diesem Vorschlag fehlen, bleibt dieser Punkt lediglich ein inhaltlich leerer Versuch, das gender mainstreaming (das gleichberechtigte Berücksichtigen der unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern in der Gesetzgebung) im Allgemeinen und die Emanzipation von Frauen im Speziellen abzuwerten.

2

In Anbetracht der geringen Geburtenzahlen kann die bisherige Familienpolitik nur als gescheitert bezeichnet werden. Wir möchten junge Menschen wieder ermutigen, Familien zu gründen. Hierzu sind eine familienfreundlichere Politik **2** und eine Besserung des dahingehenden gesellschaftlichen Klimas Voraussetzung.

1.3 Auswirkungen staatlichen Handelns auf Familien prüfen

Wir fordern, dass zukünftig sämtliches staatliches Handeln (Gesetze, Verordnungen, Verwaltungakte etc.) auf Auswirkungen und Verträglichkeit gegenüber Familien überprüft wird und bei der Umsetzung entsprechend Berücksichtigung findet.

1.4 Freistellung von Kita-Gebühren ab dem 4. Lebensjahr

Für Kinder ist es wichtig, im Kontakt mit anderen Kindern aufzuwachsen. Kindertagesstätten unterstützen und fördern das Erlernen sozialen Verhaltens. Zudem führen sie Kinder spielend aber zielgerichtet an die Schule heran. Für viele Kinder eröffnen Kindertagesstätten Bildungschancen, die sich sonst nicht ergeben würden. Daher soll der Besuch von Kindereinrichtungen ab dem 4. Lebensjahr in Sachsen-Anhalt kostenlos sein.

1.5 Wahlfreiheit der frühkindlichen Betreuung

Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern frei zwischen einer Kinderbetreuung im Elternhaus oder in der Kindertagesstätte wählen können. Nur diese Wahlfreiheit garantiert, dass jede Familie die für sie optimale Betreuungsform findet. In jedem Fall ist eine

angemessene Qualität der Kinderbetreuung sicherzustellen. Dafür sind in Kindertagesstätten entsprechend niedrige Betreuungsschlüssel erforderlich, die eine dem Kindeswohl angemessene intensive Betreuung und frühkindliche Bildung ermöglichen. Der Betreuungsschlüssel für die unter Dreijährigen in den Kindertagesstätten soll auf 1:3 gesenkt werden. Hierzu ist ausreichend qualifiziertes Fachpersonal notwendig. Die AfD Sachsen-Anhalt fordert daher, die Ausbildungsstandards im sozialpädagogischen Bereich wieder deutlich zu erhöhen.

Das Kindergeld ist hauptsächlich eine Rückerstattung für Ausgaben, die das Kind verursacht hat. Wir sehen es als notwendig an, hier nachzubessern, um Familien zu unterstützen. Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes für die ersten drei Lebensjahre. Da die Bundesregierung für das Kindergeld zuständig ist, hier aber nicht handelt, muss die Landesregierung reagieren und ein zusätzliches Landes-Kindergeld ausreichen.

1.6 Kein Kindergeld für im Ausland lebende Kinder

Nach geltender Rechtslage können EU-Bürger, die in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, für ihre nicht in Deutschland lebenden Kinder Kindergeld beantragen. Mit dieser Regelung wurde vor allem nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien Missbrauch getrieben. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass Kindergeld nur noch für in Deutschland lebende Kinder gezahlt wird. **3** Außerdem soll der Kindergeldbezug bei Kindern im schulfähigen Alter an den Schulbesuch gebunden sein.

3

Wenn Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten sozialversicherungspflichtig in Deutschland beschäftigt sind, dann haben sie auch steuerrechtlichen Anspruch auf Kindergeld. Gleiches gilt für deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die ihren Wohnsitz nicht in Deutschland haben. Diese Regelung ermöglicht es Menschen aus den EU-Mitgliedstaaten einem Beruf ihrer Wahl am Ort ihrer Wahl nachgehen zu können, ohne ihre Familie aus dem gewohnten sozialen Umfeld reißen zu müssen. Das bringt sowohl auf persönlicher als auch auf wirtschaftlicher Ebene viele Vorteile für die Familien sowie die Länder mit sich. Menschen aus den EU-Mitgliedstaaten diese Möglichkeiten abzusperrt und sie somit in der Wahl ihres Wohn- und Arbeitsortes einzuschränken, muss als eine Form der Entmündigung und als rückschrittliche Wirtschaftspolitik gewertet werden. Abgesehen davon liegt die Entscheidung, diese steuerrechtliche Regelung zu ändern nicht auf Ebene der Bundesländer. Denn dafür müssten EU-Verträge geändert werden. Dies zu verwechseln zeugt entweder von der politischen Inkompetenz der AfD oder der dreisten Vortäuschung falscher Tatsachen, um Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

Zusätzlich zur politischen Fehldarstellung schürt die AfD Vorurteile gegen Menschen aus Bulgarien und Rumänien, indem sie auf deren angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen anspielt – zugleich schreibt sie auf Seite 5 ihrer Politischen Leitlinien, wenn auch im Zuge ihrer Euro-Kritik, »das Wiederaufleben nationaler Vorteile« gefährdet »Wohlstand und Friede unter den Mitgliedstaaten«. Na was denn nun? Widerspruchsfreiheit sieht anders aus.

*Am Ehegattensplitting festzuhalten, zeigt deutlich, dass die AfD weiterhin das Ein-Verdiener-Modell fördern will. **Dieses Modell begünstigt, dass vor allem Frauen nicht oder nur in Teilzeit arbeiten gehen.** Das ist generell erstmal nicht zu bewerten, jedoch führt dies oft zur finanziellen Abhängigkeit vom Partner und hält Frauen häufiger davon ab, eigene beruflichen Ziele zu verfolgen – weil es Nachteile im Geldbeutel der Eheleute bringen würde. Hinter dieser steuerlichen Regelung verbirgt sich einmal mehr ein sehr gestriges Familienbild. Zudem gibt es immer mehr Menschen, die auch unverheiratet Kinder aufziehen – und diese werden ebenfalls nicht vom Ehegattensplitting unterstützt.*

Die Forderung, das Ehegattensplitting um ein Familiensplitting zu erweitern, erscheint zunächst wie eine sinnvolle Reaktion auf diese Problematik. Jedoch lässt auch dieses Modell nicht den Großteil der Familien profitieren, denn es bevorzugt vor allem besserverdienende Familien. Parteien und Verbände diskutieren bereits unterschiedliche Vorschläge, dies zu verändern und die Steuerregelung sozialer zu machen. Trotz der »Alternative« im Namen, unterbreitet die AfD an dieser Stelle kein eigenes Konzept einer steuerrechtlichen Alternative. Zudem wird erneut verschwiegen, wer vom vorgestellten Familiensplitting profitieren soll: gutverdienende Familien mit traditioneller Arbeitsteilung.

4 1.7 Erweiterung des Ehegattensplittings **4** zu einem Familiensplitting

Wir treten dafür ein, dass das Familieneinkommen steuerlich auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und entsprechend versteuert wird. Dieses Steuermodell schafft einen weiteren Anreiz zur Familiengründung. Wir werden uns für eine entsprechende Gesetzesinitiative der Landesregierung über den Bundesrat einsetzen. **5** Das Ehegattensplitting als Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft soll nicht angetastet werden.

1.8 Tatsächliche Beitragsfreiheit der Kinder in den Sozialversicherungskassen

5 Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird bislang das gesamte Bruttoeinkommen der Familie ohne jegliche Freibeträge belastet. Darin sind auch die Unterhaltsansprüche der Kinder enthalten. Wir treten dafür ein, dass diese Unterhaltsansprüche vom Bruttoeinkommen abgezogen und die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf das entsprechend verminderte Einkommen bezahlt werden müssen. Dies erleichtert allen Sozialversicherungspflichtigen die Familiengründung und gibt den Arbeitgebern einen Anreiz Eltern zu beschäftigen.

1.9 Erleichterung früher Familiengründung - Förderung des Modells „Studieren mit Kind“

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Familiengründung während Studium und Ausbildung stärker gefördert wird. Wer bereits den Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit Kind meistert, wird auch den Übergang in den beruflichen Alltag einfacher bewältigen. **6**

Zur Realisierung des Modells „Studieren mit Kind“ wird die AfD sich für Hilfen und Beratung während Studium und Ausbildung (Kredit, Wohnung, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim BAföG) sowie für eine flexiblere Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs und verbesserte Möglichkeiten eines Fernstudiums einsetzen.

Wir fordern eine Willkommenskultur für den Nachwuchs der einheimischen Bevölkerung! **1**

1.10 Modellprojekte zur familienfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltages

Die AfD setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Insbesondere die langen Wege zur Arbeitsstelle und zum Kindergarten oder zur Schule kosten Zeit, die der gemeinsamen Familienzeit verloren geht. Wir wollen uns für Modellprojekte zur familienfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltags insbesondere in Kooperation mit der Wirtschaft einsetzen.

Generell müssen die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher werden. Dazu müssen insbesondere auch in ländlichen Regionen und Dörfern Arbeitsplätze geschaffen werden. Die AfD setzt sich deshalb für Daten- statt Berufsverkehr ein. Eine flächendeckende Modernisierung der Netze macht es möglich, Büroarbeit großteils auch von zu Hause aus zu verrichten, so dass entsprechende Arbeitsplätze im strukturschwachen ländlichen Raum geschaffen werden können. Weiterhin wollen wir uns einsetzen für: flexiblere Kita-Öffnungszeiten, die Förderung kleiner privater Kindergärten (Tagesmutter-Konzept) sowie Mehrgenerationenprojekte, um jungen Familien die Kinderbetreuung zu erleichtern und älteren Menschen eine sinnvolle und erfüllende Tätigkeit zu ermöglichen.

6

Die AfD verkennt, dass die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht allein von den individuellen Fähigkeiten, Herausforderungen zu meistern, abhängt. Anstatt allerdings staatliche Rahmenbedingungen in Frage zu stellen und Vorschläge zur Verbesserung vorzubringen, wird hier allein das Individuum für das Gelingen oder Misslingen der eigenen Karriere verantwortlich gemacht. Zudem ist Unterstützung für Studierende mit Kind bereits in der breiten Hochschullandschaft angekommen und keine innovative Erfindung der AfD.

7

Eine »Willkommenskultur« für einheimische Neugeborene zu fordern, beschließt diesen inhaltleeren Punkt darüber hinaus mit einer abstoßenden Mischung aus Augenwischerei und rassistischer Hetze: Es wird einerseits angedeutet, dass Kinder generell nicht willkommen seien und gleichzeitig werden Kinder ohne deutsche Staatsbürgerschaft eingeladen und abgewertet.

Es bleibt nicht nur fraglich, was die AfD unter »Gender-Ideologie« versteht, sondern auch worin der Zusammenhang zwischen der Kritik an der Gleichberechtigung und sexueller Aufklärung besteht. Es liegt weder eine Auseinandersetzung mit Erkenntnissen und Strömungen der Geschlechterstudien oder Gleichstellungspolitik vor, noch wird überhaupt klar gemacht, worauf sich die AfD an dieser Stelle bezieht. Viel mehr drückt sich in der pauschalen Abwehr von Fragen der sexuellen Selbstbestimmung und Gleichberechtigung die rechtspopulistische Position der AfD aus: Durch die übermäßige Emotionalisierung des wichtigen Themas der sexuellen Aufklärung, wird die Sorge um die frühkindliche Entwicklung gezielt instrumentalisiert, um alle Menschen abzuwerten, die nicht in das Weltbild der AfD passen. Dabei bewirkt die offene Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität, dass sich Kinder und Jugendliche angenommen fühlen – so wie sie sind – und Verständnis für ihre Mitmenschen entwickeln. An dieser Stelle zeigt die AfD deutlich ihr eigentliches Verständnis von Gesellschaft: Die Aufklärung über und Sichtbarkeit von Menschen, die sich nicht in klassischen Geschlechterrollen wiederfinden, gleichgeschlechtlich lieben oder mit einem nicht eindeutigen Geschlecht geboren sind, haben darin keinen Platz. Gäbe es an dieser Stelle eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesen Themen, wäre auch ein politischer Austausch möglich – Dialog scheint allerdings nicht auf der ideologischen Agenda der AfD verzeichnet zu sein.

8 1.11 Gegen Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und Schule

Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklung von Kindern Schritt halten. Sie darf nicht zu früh ansetzen sondern gehört in die Zeit der Pubertät.

Das gesellschaftspolitische Experiment der Gender-Ideologie **8** lehnen wir strikt ab, da es unserer Wertevorstellung entgegensteht.

1.12 Gegen die Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft

Das Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurde geschaffen, damit auch gleichgeschlechtliche Paare eine eheähnliche Gemeinschaft eingehen und ihrem Verhältnis eine Rechtsform geben können.

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist jedoch etwas anderes als die Ehe von Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen können und die unter dem besonderen Schutz des Staates steht. Eine vollumfängliche rechtliche Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die sog. „Homo-Ehe“, lehnen wir deshalb strikt ab. **9** Dies gilt insbesondere für das Adoptionsrecht.

1.13 Förderung familienunterstützender, haushaltsnaher Dienstleistungen

Berufstätige Eltern gewinnen durch familienunterstützende, haushaltsnahe Dienstleistungen Zeit, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Viele Menschen, die bereit und imstande wären, derartige Tätigkeiten als Selbständige zu übernehmen,

scheuen aber den damit verbundenen bürokratischen Aufwand und das rechtliche Risiko. Die AfD will daher Projekte entwickeln und unterstützen, die es Menschen spürbar erleichtern, entsprechende Dienstleistungen anzubieten. Dies kann in Zusammenarbeit mit den Jobcentern durch gemeinnützige Arbeitsinitiativen oder Arbeitsgenossenschaften erfolgen. Diese könnten Menschen, die haushaltsnahe Dienstleistungen erbringen wollen, anstellen und für sie die damit verbundenen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Verwaltungsaufgaben erledigen.

1.14 Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche

Jugendlichen fehlen – gerade im ländlichen Raum – vielfach Angebote für eine aktive Freizeitgestaltung zur Fortentwicklung der eigenen Fähigkeiten. Um sie auf dem Land zu halten und den Drang in die Ballungszentren zu stoppen, gilt es, den ländlichen Raum zu einem für Jugendliche attraktiven Erlebnis- und Kreativraum zu machen.

Wir wollen durch spezielle Angebote über Internet, Soziale Medien und öffentliche Aushänge Jugendlichen das bereits vorhandene Angebot an Fortbildungs- und Freizeitangeboten zugänglicher machen und eine Vernetzung der Heranwachsenden in der Region erleichtern, mehr Treffpunkte im ländlichen Raum schaffen, die Mobilität von Jugendlichen ohne eigenes Einkommen durch ein kostenloses Freizeitticket für den öffentlichen Personennahverkehr fördern sowie Konzepte entwickeln, wie räumlich mobile Kursangebote für Fortbildung und Freizeit geschaffen werden können.

9

In der Debatte um die Öffnung der Ehe zeigt sich stets, dass Gegner so gut wie keine Argumente besitzen. Sie berufen sich meist auf das Grundgesetz, welches allerdings zu einer Zeit verfasst wurde, als Homosexualität noch ein Straftatbestand war und die Ehe vor allem dazu diente, Kinder in die Welt zu setzen. Dieses Verständnis von Ehe und auch die Realität verheirateter Paare hat sich jedoch erheblich gewandelt: Viele heterosexuelle Paare bleiben aus unterschiedlichen Gründen kinderlos und können dennoch heiraten und Verantwortung füreinander übernehmen oder trennen sich, verlieben sich in andere Menschen und/oder nehmen die Kinder ihrer Partnerinnen oder Partner (aus vorheriger Ehe) an.

*Zudem bedeutet das Festhalten an dem veralteten Modell der Ehe, die nur zwischen heterosexuellen Paaren geschlossen werden kann, ein Adoptionsverbot für alle nicht heterosexuellen Paare. Das hat wiederum zur Folge, dass viel Kinder ohne Eltern aufwachsen müssen, obwohl es Paare gibt, die sie liebend gern in ihre Familie aufnehmen würden. Das ist nicht nur widersprüchlich, wenn es in Wirklichkeit um das Kindeswohl gehen soll, sondern **entspricht schlicht nicht der aufgeklärten Position einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung: 68 Prozent der deutschen Bevölkerung befürwortet die Öffnung der Ehe für Alle.***

Wenn Kinder zuhause unterrichtet werden, besteht die Gefahr, dass sie isoliert aufwachsen und gegebenenfalls ideologisch indoktriniert werden. Zusammen mit anderen Kindern und Rollenvorbildern können sie sich hingegen mit unterschiedlichen Ansichten und Hintergründen auseinandersetzen und dadurch eigene Standpunkte finden. Hinzu kommt, dass sich der Vorschlag von Privat-Unterricht an Familien richtet, die sich so etwas leisten können. Auf diese Weise befördert die AfD allerdings den problematischen Umstand, dass Kindern aus ärmeren Familien weniger Aussicht auf gute Bildung haben.

Bereits im Jahr 2010 ließ sich nach Hochrechnungen eine Lücke von rund 5500 Mediziner in der BRD feststellen. In Sachsen-Anhalt ist 2015 jede zehnte Stelle unbesetzt. Allerdings gibt es bereits konkret ausgearbeitete Modelle, die diesem Ärzteschwund entgegenwirken sollen und können: So arbeitet die Ärztevereinigung Sachsen-Anhalt gemeinsam mit den Krankenkassen an einem Modell, das Studierenden den Zugang zum Medizinstudium erleichtert und die Kosten der Ausbildung übernimmt. Im Gegenzug verpflichten sich die Studierenden nach dem Studium die fünfjährige Facharzt Ausbildung in Sachsen-Anhalt zu absolvieren und danach fünf Jahre lang als Hausarzt in einem besonders unterversorgten Gebiet zu arbeiten.

10

1.15 Hausunterricht

Eltern ist grundsätzlich die Wahlfreiheit zwischen Schul- und Hausunterricht für ihre Kinder einzuräumen. **10** Schulpflicht ist durch Unterrichtspflicht zu ersetzen. Voraussetzung für Hausunterricht ist, dass der Hausunterricht durch Privatlehrer gleiche Qualitätsstandards erfüllt wie Schulunterricht und dabei die gleichen Prüfungen abgelegt werden müssen.

1.16 Medizinische und pflegerische Versorgung

11

1.16.1 Ausreichende Anbieterzahl ermöglichen

Eine angemessene Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung ist nur dann gewährleistet, wenn der Bürger zwischen verschiedenen Anbietern von Leistungen frei wählen kann. Deswegen will die Alternative für Deutschland die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass ein ausreichendes Angebot von Ärzten und Pflegediensten entsteht. Die AfD wird aus den gleichen Gründen gegen das Entstehen von regionalen Anbietermonopolen wirken: Wenn Kliniken mit stationären Pflegeeinrichtungen des selben Trägers fusionieren und darüber hinaus durch die Gründung von medizinischen Versorgungszentren auch noch die ambulante Versorgung in der Region übernehmen, sind Patienten wie auch Arbeitnehmer in dieser Region diesem Monopolanbieter machtlos ausgeliefert.

1.16.2 Qualifiziertes und motiviertes Personal in Sachsen-Anhalt halten

Unattraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen führen dazu, dass qualifiziertes und motiviertes Per-

sonal im Gesundheitswesen nur schwer zu gewinnen und zu halten ist. Das Lohngefälle in Deutschland und dem europäischen Ausland führt dazu, dass deutsche Ärzte zunehmend abwandern. Zuwandernde Mediziner aus Osteuropa verfügen dagegen häufig über mangelhafte Sprachkenntnisse. Dies erschwert eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung unserer Bürger allein schon durch ungenügende Kommunikationsmöglichkeit. Die AfD will daher Rahmenbedingungen schaffen, mit denen qualifiziertes und motiviertes einheimisches Personal regional gehalten wird. **11** Hierzu ist ein spürbarer Bürokratieabbau für allgemeinmedizinische Praxen notwendig, zudem ist auf Ausgleich des Lohngefälles zwischen Ost und West hinzuwirken. Medizinische Ausbildungsplätze in Sachsen-Anhalt sind zu fördern, allerdings so, dass eine Rückzahlung des Förderbetrages bei Abwanderung innerhalb festgelegter Zeiträume erfolgen muss.

1.16.3 Vorbeugende Gesundheitserziehung fördern

Falsche Ernährung, zu wenig Bewegung sowie der Konsum von Alkohol, Zigaretten und anderen Drogen schwächen die Gesundheit und sind Ursache vieler Erkrankungen. Durch eine in die Schulbildung integrierte vorbeugende Gesundheitserziehung kann erreicht werden, dass sich das allgemeine Gesundheitsniveau und damit auch die Lebensqualität vieler Menschen verbessert und erhebliche Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen zu ermöglichen sind. **12** Die AfD will daher vorbeugende Gesundheitserziehung und Frühinformation fördern. Durch entsprechende Präventionsprogramme und Angebote in Kindergärten und Schulen soll darauf

Da Modelle wie diese dem Mangel von Ärztinnen und Ärzten jedoch nicht in kürzester Zeit begegnen können, wirkt sich gerade die Zuwanderung von Medizinerinnen und Mediziner aus dem Ausland positiv auf den Mangel aus und sollte daher nicht, wie von der AfD gefordert, eingeschränkt sondern mithilfe geeigneter Maßnahmen wie Sprachunterricht befördert werden.

Dass die AfD ihren Fokus allerdings einzig auf Personal aus der BRD richtet und nichts als Kritik für Fachkräfte aus dem Ausland übrig hat, blendet nicht nur diverse Aspekte des Fachkräftemangels aus, sondern stellt zugleich einen weiteren perfiden Versuch dar, mithilfe von gezielter Hetze gegen all jene, die aus Sicht der AfD nicht Teil der Gesellschaft seien sollen, von gesellschaftlichen Problemen abzulenken, für welche die AfD keine echte Lösung vorzubringen weiß.

12

Die Kommentatorinnen halten es für hochgradig problematisch, die Förderung eines gesunden Lebensstils durch Kosteneinsparung zu begründen und auf die Eigenverantwortung zu reduzieren. Denn wie gesund ein Kind leben kann, ist nicht selten maßgeblich an den Geldbeutel der Familie und mangelnde, erschweringliche Angebote geknüpft. Dies voneinander zu entkoppeln, entspricht dem neoliberalen Verständnis der AfD: Wer krank wird, ist selbst schuld und kann dann auch keine Unterstützung erwarten. Aufklärung allein kann nicht die Lösung sein, sondern die konkrete Schaffung erschweringlicher, gesundheitsfördernder Angebote.

Viele Hebammen haben im vergangenen Jahr auf die hohen Kosten ihrer gesetzlich verpflichtenden Berufshaftpflichtversicherung aufmerksam gemacht. Seit 2016 gilt ein mit den Kassen ausgehandelter Kompromiss, den der deutsche Hebammenverband als Zwischenlösung ansieht. Natürlich muss die Situation der Hebammen verbessert werden, jedoch durch konkrete Lösungsvorschläge, welche die AfD auch an dieser Stelle schuldig bleibt.

13 hingewirkt werden, dass junge Menschen frühzeitig für die Risiken einer ungesunden Lebensführung sensibilisiert und zu eigenverantwortlicher Gesunderhaltung angeregt werden.

1.16.4 Freiberufliche Tätigkeit von Hebammen schützen

Für Hebammen muss eine langfristige Lösung durch Fördermaßnahmen gefunden werden, um die stark steigenden Haftpflichtprämien abzufangen und den Berufsstand zu erhalten. Die letzten Entwicklungen wirken existenzbedrohend für diesen Berufsstand, dem wird sich die AfD entgegen stellen. **13**

Kapitel 2

Bildung und Kultur

Wie die Familienpolitik weist auch die rechtskonservative Bildungspolitik der AfD diverse Anknüpfungspunkte für rassistische sowie antifeministische Diskurse auf. So beklagt die Partei etwa eine Vergabepaxis von Professuren, bei der weniger »die wissenschaftliche Leistung« sondern »politische Gesinnung und Geschlecht« (S. 27) im Vordergrund stünden. Im Fokus der bildungspolitischen Forderung steht die Vermittlung autoritär-konservativer Werte und Normen in Form »preußischer Tugenden« (S. 19/21/22). Bildung versteht die AfD hierbei als Zusammenspiel von Wertetugenden und der praxisbezogenen, leistungsorientierten Anwendung von Wissen, die nur einem ausgewählten Teil der Bevölkerung zugänglich sein soll (S. 20/22/24). Gesellschaftlich relevante Themen wie Interkulturelles Lernen, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit oder Geschlechterstudien finden entweder keine Erwähnung oder werden deutlich abgewertet (S. 28).

Auch in der Kulturpolitik der AfD verkommen kulturpolitische Vorschläge zu Instrumenten völkisch-nationaler Identitätsstiftung, kulturpolitische Forderungen laufen auf die direkte Einflussnahme des Staates auf kulturelle Institutionen hinaus und stellen damit die Freiheit von Kunst und Kultur in Frage. (S. 29)

2. BILDUNG

2.1 Die Eigenart unseres Bildungswesens erhalten!

Bildung ist unser höchstes Gut. In ihr spiegelt sich unsere Kultur, sie gibt uns Identität und ist die Quelle unseres wirtschaftlichen Erfolgs wie auch des Ansehens, das unsere Wissenschaft in der Welt genießt. Darauf können wir stolz sein, dürfen uns auf dem Erreichten aber nicht ausruhen, denn unser Bildungssystem ist akut bedroht.

Das Leistungsniveau sinkt schon seit Jahrzehnten auf allen Ebenen, ideologische Experimente zehren an der Substanz, und im Namen der Internationalisierung wird unser einst von Freiheit geprägtes Bildungswesen in ein bürokratisches Korsett gezwungen. Hinzu kommt, dass sich föderale Strukturen gegenseitig blockieren. Bildung ist Sache der Länder, der Föderalismus darf aber nicht dazu führen, dass Schulabschlüsse nicht mehr vergleichbar sind. Viel zu oft spielt auch der Geldbeutel der Eltern für den Bildungserfolg eine größere Rolle als die Begabung des Kindes.

Unsere Bildungspolitik will all diesen Missständen durch einen Kraftakt abhelfen und dem deutschen Bildungswesen wieder zu alter Stärke verhelfen. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip, zum Humboldtschen Bildungsideal und zum unverwechselbaren Charakter unserer Universitäten. Das Bildungssystem darf nicht nur technisches Wissen vermitteln, es muss auch Sinn stiften, zu Tugenden wie Fleiß und Disziplin erziehen und dafür sorgen, dass junge Menschen wieder bereit sind, hart an sich zu arbeiten. **14**

14

Die AfD zeigt mit den Worten »Leistung«, »Disziplin«, »Fleiß« und »wirtschaftlicher Erfolg« deutlich an, dass sie Bildung nicht als Grundlage eines mündigen und guten Lebens versteht, sondern Bildung untrennbar mit der Verwertung von Menschen für wirtschaftliche Interessen verknüpft. Gegen dieses überkommene Modell stellen sich Pädagoginnen und Pädagogen nicht ohne Grund seit vielen Jahre entgegen. Sie beziehen sich darauf, mündige Menschen zu erziehen, die eigene Handlungen aufgrund von vernünftigen Entscheidungen vollziehen und so in der Lage sind, ein respektvolles und faires Miteinander zu gestalten, das nicht auf Gewinn und Wirtschaftlichkeit, sondern auf Menschlichkeit basiert.

Chancengleichheit an »die notwendige Begabung« zu knüpfen, heißt im Konkreten, den Zugang zu Bildung und zu entsprechenden Berufsqualifikationen nur denjenigen zu ermöglichen, die aus Sicht der AfD die nötigen Eigenschaften aufweisen. Das heißt allerdings, alle Kinder und Jugendlichen aus dem Bildungssystem auszuschließen, die dem hier formulierten Leistungsanspruch nicht entsprechen.

Es ist jedoch eine der relevantesten Entwicklungen unseres Bildungssystems, allen Menschen, mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen, den Zugang zu Bildung und zu berufsqualifizierenden Abschlüssen zu ermöglichen. Denn es kann nicht Grundlage einer demokratischen und humanistischen Gesellschaft sein, nur diejenigen in ihrer beruflichen Qualifikation und Freiheit zu fördern, die einem willkürlich festgesetzten Leistungsniveau entsprechen.

Viel zu oft spielt auch der Geldbeutel der Eltern für den Bildungserfolg eine größere Rolle als die Begabung des Kindes, das schreibt die AfD mit kritischem Unterton im vorherigen Abschnitt. Die Forderung nach mehr Privatschulen steht dieser Kritik allerdings widersprüchlich entgegen. Denn der Zugang zu Privatschulen ist nicht selten an ein hohes Schulgeld gekoppelt und trägt dazu bei, noch vor weiterführender Berufsqualifikation ein Ungleichgewicht im Bildungsniveau herzustellen. An dieser Stelle sollte daher nicht die Forderung nach mehr Privatschulen und einem Ungleichgewicht von Bildung im Vordergrund stehen, sondern konkrete Vorschläge zur qualitativen Verbesserung des staatlichen Schulsystems, mit gleichberechtigtem Zugang für alle Kinder, unabhängig vom wirtschaftlichen Status der Eltern.

15 Chancengleichheit, wie wir sie verstehen, heißt nicht, dass möglichst viele mit möglichst hohen Bildungsabschlüssen auszustatten sind; Chancengleichheit heißt, dass jeder, der über die notwendige Begabung verfügt, die gleiche Chance hat, einen Bildungsabschluss zu erwerben. **15**

Wir brauchen nicht generell mehr Hochschulabsolventen. Was wir brauchen, ist eine bessere, zielgenauere und stärker am tatsächlichen Bedarf wie auch den individuellen Begabungsvoraussetzungen orientierte Vorbereitung junger Menschen auf ihren Beruf.

2.2 Schulische Bildung allgemein

2.2.1 Privatschulfreiheit stärken!

Schulen in freier Trägerschaft tragen zur Vielfalt unserer Bildungslandschaft bei. Wir wollen die Privatschulfreiheit stärken und setzen uns daher für die weitgehende personelle und finanzielle Gleichstellung ihrer Ausstattung mit der Ausstattung staatlicher Bildungseinrichtungen ein. **16**

2.2.2 Freie Schulwahl herstellen!

Kinder in Sachsen-Anhalt sind im Moment an feste Schuleinzugsbezirke gebunden. Lediglich Kinder, die eine Schule in freier Trägerschaft besuchen, sind davon ausgenommen. Wir wollen die Bindung an die

Schuleinzugsbezirke aufheben. Eltern sollen ihre Kinder auf die Schule schicken können, die ihnen am besten geeignet erscheint.

17

Lesen, Schreiben und Rechnen sind faktisch grundlegender Bestandteil der Lehrpläne für Grundschulen in Sachsen-Anhalt und werden mit den Angeboten in den Fachbereichen Deutsch und Mathe umfassend vermittelt. Es bleibt demnach völlig unklar, worauf die AfD mit der hier formulierten Forderung hinaus will.

2.3 Grundschule

2.3.1 Mehr Wert auf grundlegende Kulturtechniken legen!

Die Hauptaufgabe der Grundschule besteht darin, den Kindern die elementaren Fertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens zu vermitteln. **17** Wir fordern, darauf wieder mehr Gewicht zu legen und die Grundschullehrpläne entsprechend zu überarbeiten.

18

Wer hörige Untertanen will, sollte die Schule genau so organisieren. Die Gründe es nicht zu tun, liegen auf der Hand: Nur kritische und mündige Menschen können dazu beitragen, dass eine Gesellschaft in der Lage ist sich selbst im humanistischen Ideal zu bestimmen und nicht Gefahr läuft in einer faschistischen Diktatur zu enden. Deshalb scheint es notwendig dem Untertanengeist entgegenzuwirken und andere Tugenden zu benennen: Courage, Solidarität und die Fähigkeit zum kritischen Denken und zur Selbstbestimmung wären einige davon.

2.3.2 Tugenden vermitteln!

Schule ist auch eine Sozialisationsinstanz. Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. **18** Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist.

2.3.3 Schulentwicklungsplanung überarbeiten!

Die Schließung von Grundschulen im ländlichen Raum nach Maßgabe von Schlüsselzahlen muss ein Ende nehmen. Schulverbände mit zentraler Schulleitung bieten die Möglichkeit, auch kleinere Grundschulen zu erhalten. Der Erhalt von Grundschulen darf in keinem Fall unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

Zahlreiche Studien belegen, dass das mehrgliedrige Schulsystem nicht besser auf den Beruf vorbereitet, sondern soziale Ungerechtigkeit befördert. Besonders aus pädagogischer Sicht erscheint es immer weniger sinnvoll Kinder früh in verschiedene Schulsysteme einzuteilen und so den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Berufsqualifikation einzuschränken. Denn beispielsweise Kindern aus sozial benachteiligten Familien bleiben die Türen von Gymnasien meist verschlossen. Dabei werden Bewerberinnen und Bewerber mit Abitur bevorzugt auf Ausbildungsplätze eingestellt. Es ist für die Gesellschaft also nicht förderlich, an dem veralteten Modell-mehrteiliger Schulen festzuhalten.

Es ist schlicht eine falsche Behauptung, dass eine gute Staatsbürgerin oder ein guter Staatsbürger eine gefestigte Nationalidentität bräuchte. Bei Ausschreitungen gegen Migrantinnen und Migranten kann abgelesen werden, wohin ein übersteigertes Nationalgefühl führen kann. Vor allem dann, wenn diesem kein Bewusstsein für eine eigenständige Identität außerhalb der Nation entgegengestellt werden kann. Leider bietet die deutsche Geschichte genug Ansatzpunkte um das zu belegen und in der Schule zu thematisieren.

19 2.4 Sekundarstufe I und II

2.4.1 Mehrgliedriges Schulsystem beibehalten!

Aufgabe der weiterführenden Schulen ist die Qualifikation der Jugend zur Aufnahme eines akademischen Studiums oder einer beruflichen Ausbildung. Die Herausforderungen einer beruflichen Ausbildung und eines Studiums sind so unterschiedlich, dass dem die Gliederung des Sekundarschulwesens in Gymnasien einerseits und Sekundarschulen bzw. Gesamtschulen andererseits am besten gerecht wird. **19**

2.4.2 Kleinere Klassenverbände schaffen!

In Großklassen von über 30 Schülern sind weder konzentriertes Arbeiten noch die individuelle Förderung einzelner Schüler möglich. Wir fordern daher, den Klassenteiler auf 20 Schüler abzusinken. **20**

2.4.3 Positiven Bezug zu Deutschland fördern!

Die weiterführenden Schulen sollen nicht nur für die fachliche Qualifikation der Schüler sorgen, sondern auch Staatsbürger heranbilden. Dazu gehören ein grundsätzlich positiver Bezug zum eigenen Land und eine gefestigte Nationalidentität. **20** Zu diesem Zweck müssen die Lehrpläne überarbeitet werden. Die deutsche Geschichte und die Geschichte Sachsen-Anhalts bieten genügend Anknüpfungspunkte, auf die wir uns mit Stolz berufen können.

2.4.4 Sportunterricht besonders fördern!

Unsere Jugend leidet in zunehmendem Maß unter Übergewicht und Bewegungsarmut, was eine Reihe von gesundheitlichen Folgeschäden nach sich zieht. Sport wirkt dem entgegen, stärkt das Selbstbewusstsein, vermittelt soziale Kompetenzen und fördert auch die geistige Leistungsfähigkeit. Wir fordern deshalb, die Anzahl der Sportunterrichtsstunden pro Woche von zwei auf vier zu verdoppeln, wobei darauf zu achten ist, dass diese Zeit effizient genutzt und jeder Schüler einer gewissen körperlichen Belastung ausgesetzt wird. Für Individualsport ist der Teiler für Sportgruppen gegenüber dem Klassenteiler auf 10 zu halbieren. Sportunterricht besteht leider noch zu oft aus Teilnahmslosigkeit. **21**

2.4.5 Lehrer von Verwaltungsaufgaben entlasten!

Die Aufgabe des Lehrers besteht darin, die Entwicklung der Schüler zu fördern und anzuleiten. Verwaltungstätigkeiten gehören nicht zum Aufgabenbereich des Lehrers. Wir wollen Lehrkräfte von allen nicht- pädagogischen Aufgaben entlasten, damit sie sich umso besser auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Insbesondere die überhand nehmenden Dokumentationspflichten sind entschieden zu reduzieren. Die erhobenen Daten dienen lediglich einem überzogenen Kontrollbedürfnis der Ministerialbürokratie und sind je nach Bedarf in aller Regel beliebig interpretierbar.

21

Sport soll Spaß machen – am fairen Spiel miteinander und an der Bewegung und nicht zur körperlichen Belastung werden. Hier wird nicht nur von der AfD geschlussfolgert, dass dick sein etwas mit krank sein zu tun habe, sondern es wird dicken Menschen auch grundsätzlich abgesprochen, selbst über ihren Körper entscheiden zu können. Wer solche Behauptungen aufstellt, macht es dicken Menschen schwer einen positiven Bezug zum eigenen Körper herzustellen. Dickenfeindliche Sprüche sind zwar gesellschaftlich recht akzeptiert, aber nicht weniger menschenverachtend, als andere Diskriminierungen und haben daher nichts in einem Wahlprogramm verloren.

Es ist wahr, dass auf dem Weg zur Inklusion an Schulen noch einiges zu tun ist und die strukturellen Bedingungen verbesserungswürdig sind. So ist das (aus)sortieren von Menschen leider immer noch zentraler Bestandteil von Schule. Es ist allerdings falsch Inklusion als ideologisches Konzept abzustempeln und es somit von vornherein unmöglich zu machen. Das Teilhaben können und Mitgestalten aller Menschen an Gesellschaft als ideologisches Projekt zu bezeichnen, verdeutlicht einmal mehr die ideologische Ausrichtung der AfD: Eine Ideologie, die Gesellschaft in Teile spalten möchte und die Trennung in gesund und krank, in gebildet und ungebildet und damit in wirtschaftlich verwertbar und nicht verwertbar befördern will.

22 2.5 Förderschule / Inklusion

2.5.1 Förderschulen erhalten!

Kinder mit Lernschwierigkeiten und sonstigem Förderbedarf benötigen eine besondere Betreuung, um sich optimal entwickeln zu können. Dies ist nur in einer speziellen Fördereinrichtung möglich.

Wollte man Inklusion, also die Unterrichtung von Kindern mit Förderbedarf in einer gewöhnlichen Schule, betreiben, müsste man die Schülerzahlen je Lehrkraft stark senken, die Fachlehrerzahl stark erhöhen und die Weiterbildung von Nichtfachlehrern deutlich ausbauen. Dies erscheint unter den gegebenen finanziellen Voraussetzungen des Landes Sachsen-Anhalt zur Zeit nicht finanzierbar.

Wir treten deshalb für den Erhalt der bewährten Förderschulen ein und lehnen das ideologisch motivierte Großexperiment „Inklusion“ ab. **22**

2.6 Berufliche Bildung und Weiterbildung

2.6.1 Duales Berufsbildungssystem beibehalten!

Unser duales Berufsbildungssystem verbindet in einmaliger Weise berufliche Praxis mit theoretischer Schulung und genießt dafür zu Recht hohe internationale Anerkennung. Die duale Ausbildung leistet einen Beitrag zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und sorgt für den Bestand an gut ausgebildeten Facharbeitern, Meistern und Technikern, den eine dynamische Volkswirtschaft braucht.

Wir dürfen diesen Schatz nicht auf dem Altar des EU-Regulierungswahns opfern! **23** Wenn wir uns den niedrigen europäischen Standards anpassen, wäre damit niemandem gedient. Eher sollten sich unsere europäischen Nachbarländer, die an hoher Jugendarbeitslosigkeit leiden, an uns orientieren. Wir fordern deshalb, das duale Berufsbildungssystem auf jeden Fall beizubehalten und weiterzuentwickeln.

2.6.2 Berufsorientierung verbessern!

Die steigenden Abbrecherquoten in der Ausbildung sind unter anderem auf eine unzureichende oder nicht zielgerichtete Information der Interessenten zurückzuführen. Deshalb fordern wir einen deutlichen Ausbau von Berufsorientierungsmaßnahmen, die der dualen Ausbildung vorgeschaltet sind, wie etwa Schnupperpraktika, Betriebsvisiten und individuelle Beratung durch die Arbeitsagentur. Die Maßnahmen dürfen nicht den Charakter einer Beschäftigungstherapie haben.

2.7 Hochschule und Wissenschaft

2.7.1 Deutsche Studiengänge wiedereinführen – Bologna abwickeln!

Der sog. Bologna-Prozess, also die Einführung modularisierter Bachelor- und Master-Studiengänge, hat der deutschen Universität schweren Schaden zugefügt und seine erklärten Ziele, wie etwa die Erhöhung der Mobilität im Studium, nicht erreicht.

23

Es ist bekannt, dass die AfD eine überaus kritische Haltung hinsichtlich der EU einnimmt. Diese findet sich auch in der Formulierung »EU-Regulierungswahn-Altar« wieder. Was genau das heißen soll, wird allerdings nicht ausgeführt - zumal ein einheitliches EU-weites Bildungssystem nicht als wahnhaftes Projekt sondern als zukunftsweisende Bildungspolitik verstanden werden sollte.

Abgesehen davon versucht die AfD an dieser Stelle eine logische Verbindung von vermeintlich schlechter Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit zu ziehen. Wäre das der Fall, könnte diese durch Bildungsreformen behoben werden. Allerdings liegen die Ursachen von Problemen wie Arbeitslosigkeit nicht allein im Bildungssystem eines Landes und können auch nicht einzig auf dieser Ebene behoben werden. Da die AfD jedoch die Verantwortlichkeit für globale Probleme allein auf die jeweiligen Länder abwälzen möchten anstatt globale Ursachen und damit auch den Anteil der BRD in den Blick zu nehmen, ist es naheliegend, dass sie sich an jeder möglichen Stelle auf vereinfachende Problemdarstellungen zurückzieht und die Zusammenhänge zwischen staatlichen Missständen und globalen Ursachen verschweigt.

Den Reifegrad von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hinsichtlich ihrer Lehrkompetenz an die Habilitation und damit an das Veröffentlichen einer zweiten großen Arbeit zu knüpfen, war lange Zeit akademischer Standard. In vielen Fachbereichen wird heute allerdings mehr Wert auf Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften gelegt als auf »das zweite Buch«. Es ist bereits möglich, sich kumulativ – also durch die Veröffentlichung mehrerer Artikel – zu habilitieren. Der Unterschied zwischen einer kumulativen Habilitation und einer Qualifikation durch Veröffentlichungen von Artikeln im Rahmen einer Juniorprofessur liegt hauptsächlich in der formalen Bestätigung der Forschungsleistung durch den Fachbereich und hat mit Lehrkompetenzen erst mal nichts zu tun. Darüber hinaus kommt es zu einer deutlichen Verbesserung des lehrbezogenen Qualifikationsnachweises in Form von praktischer Bewährung als Lehrkraft statt theoretischer Prüfung im Assistenzbereich.

Dass die AfD hier nichts als uninformierte und inhaltslose Kritik vorzubringen hat, zeigt einmal mehr, wie sehr dieser Partei daran gelegen ist tradierte Institutionen und althergebrachte Machtmechanismen aufrecht zu erhalten, unabhängig von ihrem tatsächlichen, gesamtgesellschaftlichen Nutzen.

24 Abschlüsse sind schlechter vergleichbar als zuvor und der Wechsel des Studienorts für ein oder zwei Semester ist mit hohen bürokratischen Hürden verbunden und oft nur noch im Rahmen vorgegebener Angebote und Kooperationen möglich. Die Studiengänge sind verschult und hemmen die Entwicklung wissenschaftlicher Kompetenzen. Der Bachelor ist entgegen offizieller Verlautbarung auch kein berufsqualifizierender Abschluss. Ohne Master haben Absolventen in aller Regel keine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Wir fordern daher, dass das Land Sachsen-Anhalt aus der Kultusministerkonferenz ausscheidet und die deutschen Studiengänge Magister, Diplom und Staatsexamen im Alleingang wieder einführt.

2.7.2 Habilitation erhalten – Juniorprofessur abschaffen!

Die Einführung der sog. Juniorprofessur kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Wissenschaftler erst dann den Reifegrad erreicht, der für die Lehrerlaubnis (venia legendi) notwendig ist, wenn er nach der Promotion eine zweite große Arbeit – die sog. Habilitation - vorgelegt hat. Wir fordern daher, die Habilitation zu erhalten und die Juniorprofessur abzuschaffen. Anstelle der Juniorprofessur sind in ausreichendem Umfang Assistentenstellen als Qualifikationsstellen zu schaffen. **24**

2.7.3 Dem akademischen Mittelbau eine Perspektive geben – Lebenszeitstellen unterhalb der Professur wieder einführen!

Wer heute eine akademische Laufbahn in Angriff nimmt, braucht vor allem eines: Risikofreude. Für Doktoranden und Habilitanden stehen ausschließlich befristete Stellen zur Verfügung, und das in einem Umfang, der die Zahl der zu besetzenden Professorenstellen um ein Vielfaches übersteigt. Der akademische Nachwuchs wird so zu einem Alles-oder-Nichts-Spiel gezwungen, was gerade die am besten qualifizierten Kandidaten abschreckt, zumal bei der Vergabe einer Professur immer weniger die wissenschaftliche Leistung und stattdessen politische Gesinnung und Geschlecht den Ausschlag geben. **25**

Das sinkende Niveau an unseren Universitäten geht nicht zuletzt auf diese prekäre Situation des akademischen Mittelbaus zurück. Es ist nicht einzusehen, weshalb Lehrer an Schulen unbefristet eingestellt werden, Lehrpersonal an Hochschulen dagegen nur befristet auf wenige Jahre. Wir wollen deshalb das vorwiegend mit Unterricht bzw. Lehre befasste Personal an Schulen und Universitäten gleich behandeln.

Das sog. „Tenure-Track“-Verfahren muss für alle Mittelbaustellen zur Regel werden: Wenn ein Dozent sich drei Jahre auf einer Stelle bewährt hat, ist sein Arbeitsvertrag zu entfristen. Mittelbaustellen an den Universitäten in Sachsen-Anhalt dürfen nur

25 *Dass ein Leben im akademischen Mittelbau kein Zuckerschlecken ist, ist leider wahr. Ideologisch wird es dort, wo die AfD behauptet, dass aktuell weniger die wissenschaftliche Leistung zählt, als politische Gesinnung und Geschlecht. Erhebungen zeigen, dass Frauen an den Hochschulen unterrepräsentiert sind. Auch wenn es gleich viele männliche und weibliche Studierende gibt und fast so viele Frauen wie Männer Doktorandinnen sind, finden sich massiv mehr Männer auf Lehrstühlen wieder. Wenn gegen solche Ungleichheit nur eine Quote hilft, dann muss es diese geben, damit Frauen die gleichen Chancen auf Lehrstühle haben wie Männer. Eine solche geschlechterbezogene Regelung oder Quote gibt es allerdings nicht, einen politischen Gesinnungstest für Professorinnen und Professoren ebenfalls nicht. Auch hier zeigt sich deutlich, dass die AfD vor allem eins kann: Stimmung machen und falsche Tatsachen verbreiten. Zudem wird an dieser Stelle einer der vielen Widersprüche innerhalb des AfD Wahlprogramms deutlich: Wurde noch im Abschnitt zuvor Position gegen Juniorprofessuren bezogen, heißt es nun, es müssten mehr Stellen an Universitäten her. Gerade Juniorprofessuren tragen jedoch zum Stellenausbau an Fakultäten bei und sind daher mehr als begrüßenswert.*

Das Promotionsrecht wird durch den Staat nur an Universitäten – und gleichgestellte Hochschulen – verliehen. Daher kommt den gleichgestellten Hochschulen eine besondere Verantwortung für die Ausgestaltung des Promotionswesens zu. Die praktische Umsetzung der landesgesetzlichen Bestimmungen seitens der Hochschulen geschieht durch Promotionsordnungen, die das Promotionsverfahren (inkl. Zulassungsvoraussetzungen) regeln. Insofern gelten sowohl für Universitäten als auch Hochschulen die gleichen Bestimmungen hinsichtlich des Promotionsverfahrens sowie der Vermittlung der entsprechenden Qualifikationen. Da Hochschulen eine weiterführende Bildungsoption für viele Menschen darstellen, die ihr Abitur nicht auf dem ersten Bildungsweg erhalten haben, würde das Absprechen des Promotionsrechtes für Hochschulen jenen Menschen die Chance auf Forschung und Lehre absprechen.

So zeigt sich hier erneut der elitäre und chauvinistische Standpunkt der AfD: Promotion, universitäre Forschung und Lehre nur für diejenigen, die den direkten, leistungsorientierten Weg wählen. Ausnahmen darf es nicht geben. Wer sich in der 8. oder 10. Klasse »falsch« entschieden hat, der hat eben Pech gehabt.

Wenn die Frage nach der historischen und kulturellen Wandlung von Geschlechterrollen auch aus Sicht der AfD eine legitime Forschungsfrage ist, warum soll dann nicht mithilfe von Instituten und Lehrstühlen daran geforscht werden? Die Antwort liegt in dem Problem, das die traditionalistische AfD mit der Moderne hat. Die Naturwissenschaften sind nicht in der Lage, komplexe gesellschaftliche Phänomene, wie z.B. Geschlecht, vollständig zu erklären. Das

26 noch nach diesem Modell ausgeschrieben werden. Für promovierte Lehrkräfte ist eine eigene Laufbahngruppe unterhalb der Professur zu schaffen. Die Professur muss wieder zu einer Option für besonders qualifizierte Mittelbaudozenten werden, sie darf nicht die letzte Chance sein.

2.7.4 Kein Promotionsrecht für Fachhochschulen!

Mit der Promotion wird der Nachweis erbracht, selbständig auf hohem theoretischem Niveau forschen zu können. Die Promotion dient der Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Fachhochschulen dagegen zielen auf eine praxisbezogene Ausbildung, die Berufsperspektiven in der Wirtschaft eröffnen soll. Fachhochschulen brauchen daher kein Promotionsrecht. **26** Lehrkräfte, die eine entsprechende Qualifikation aufweisen müssen, können von den Hochschulen rekrutiert werden.

2.7.5 Genderstudien streichen!

Die Frage nach der historischen und kulturellen Wandlung von Geschlechterrollen ist eine legitime Forschungsfrage der Geisteswissenschaften. Allerdings bedarf es dafür keiner eigenen Lehrstühle und Disziplinen. Wir wehren uns gegen eine schleichende Relativierung des klassischen Fächerkanons durch Einführung von so genannten Genderstudien. „Geschlecht“ ist keine geisteswissenschaftliche Disziplin. **27** Wir fordern deshalb, alle auf die Kategorie „Geschlecht“ bezogenen Lehrstühle zu streichen und wieder jenen ordentlichen Universitätsfächern zurückzugeben, denen sie zuvor weggenommen wurden.

27

2.8 Kulturpolitik

2.8.1 Pflege der deutschen Leitkultur **28**

Die Internationalisierung aller Lebensbereiche, die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf deutschem Boden und der fehlende Mut zu unserer deutschen Leitkultur schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden auf lange Sicht die Demokratie selbst. Dem wollen wir mit einer Kulturpolitik gegensteuern, die in der Pflege einer deutschen Leitkultur eine sehr wichtige Aufgabe begreift und so dafür Sorge trägt, dass auch und gerade die integrationswilligen Einwanderer sich verstärkt mit unserem Land identifizieren.

2.8.2 Identitätsstiftende Kulturpflege statt nichtssagender Unterhaltung!

Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern. Die Bühnen des Landes Sachsen-Anhalt sollen neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen. **29**

2.8.3 Mehr Geld für Kultur!

Kulturpflege gibt es nicht zum Nulltarif. Das Land muss seinen Beitrag leisten, um zentrale Kulturstätten wie Theater und Konzerteinrichtungen, Muse-

kann man akzeptieren oder man stampft wutentbrannt mit dem Fuß auf und hofft, die Welt möge sich darüber verändern. Doch was in der Kindheit nicht funktioniert hat, wird auch in der Wissenschaft nicht funktionieren: Solange noch der Zwang des besseren Arguments in der Wissenschaft zählt, muss der Versuch der AfD, die Freiheit der Forschung einzuschränken, glücklicherweise scheitern.

28

Da ist sie wieder: Die »deutsche Leitkultur«. Diesmal soll sie über die Kulturpolitik erreicht werden. So »Richtig Deutsch« wird man also, wenn man regelmäßig ins Theater geht. Dabei ist an dem Konzept grundsätzlich etwas faul: Zunächst setzt es voraus, dass es eine einheitliche deutsche Kultur gäbe. Fragt sich also nun, was der plattschnackende Biobauer mit der Mainzer Karnevalistin an Kulturmomenten teilt. Der zweite Schritt sieht dann so aus, dass sich Menschen, die nicht zu diesem Konstrukt gehören, daran anpassen müssen. Das alles ist allerdings nur nötig, wenn man Deutschland als Kulturnation begreift: Also eine Vereinigung von Menschen, die durch Geburt und Herkunft, ob sie das nun wollen oder nicht, eine Kultur teilen. Ein exklusiver Kulturclub und Anpassungszwang ist also der Wunsch der AfD. Wer diesem nicht gerecht wird, gefährdet angeblich die Demokratie, oder zumindest das, was die AfD darunter versteht. An dieser Stelle bleibt völlig unklar wie die Demokratie, die ihre Ursprünge in der griechischen Antike hat und vielen Ländern als politische Ordnung zugrunde liegt,

ausgerechnet nur dann funktionieren sollte, wenn sie auf der »deutschen Leitkultur« fußt – was auch immer diese sein soll. Denn wäre das so, dann müssten ja auch alle anderen, demokratischen Staaten, die sich nicht der »deutschen Leitkultur« verschrieben haben, niemals in einem demokratischen System leben können – und so was kann niemand ernsthaft behaupten, der tatsächlich Ahnung von Politik und Staatssystemen hat.

Glücklicherweise beschützt uns das Grundgesetz, Artikel 5 vor dieser kruden Idee. Die Freiheit der Künste ist ein hohes Gut und widerspricht dem Plan einer deutschen oder sonstwie gearteten Quote auf den Bühnen. Abgesehen davon, ist es unwahrscheinlich, dass allgegenwärtige Klassiker Schiller und Goethe ohne Quote nicht mehr aufgeführt würden.

29

en und Denkmäler zu erhalten. Die in den letzten Jahren zusammengestrichenen Zuschüsse etwa zur Landesbühne Sachsen-Anhalt sind in voller Höhe wieder zu gewähren.

2.8.4 Kleine Einrichtungen fördern!

Kulturpolitik darf sich nicht auf die medienwirksame Eröffnung von Großprojekten oder die Übergabe von Förderbescheiden beschränken, sondern sollte ebenso für den Erhalt der vielen hundert kleinen Kultureinrichtungen sorgen. Auch beschränkte Mittel entfalten so eine breite Wirkung, während sie in Großprojekten oft verpuffen. Wir wollen viel stärker als bislang darauf achten, dass förderungswürdige kleinere Projekte nicht abgehängt und die Mittel künftig in diesem Sinne effizienter eingesetzt werden.

Kapitel 3

Zuwanderung, Asyl und Integration

Eine Spekulation vorweg: Vor kaum mehr als 24 Monaten wäre ein Kapitel wie das vorliegende zu »Zuwanderung, Asyl und Integration« in dieser Form in keinem der AfD Programme denkbar gewesen. In der Zeit ihrer Gründung im Jahr 2013 war die AfD eine Ein-Themen-Partei, die es vor allem auf scharfe EU- und damit verbundene Währungspolitik absah. Mit der Spaltung der Partei im Juli 2015 hat sich dann ein völkisch-nationalistischer Flügel in der Partei durchgesetzt, der seither sehr erfolgreich die ostdeutschen Landesverbände sowie die bundesdeutschen Medien ideologisch und rhetorisch dominiert. Sicherlich hilfreich sind dabei die guten Kontakte, die nicht nur der sachsen-anhaltische Landesverband zu revolutionär-rechten Strategen um Götz Kubitschek und das sogenannte »Institut für Staatspolitik« pflegt.

Kapitel 3 ist wohl das konsequenteste Kapitel dieses Wahlprogramms und zwar deshalb, weil es sowohl taktisch, rhetorisch wie auch ideologisch am besten die Linie wiedergibt, die an vielen anderen Stellen zunächst nur durchscheint oder sprachlich getarnt ist: Ein Denken, in dem das Wohl des »Volkes« vor der Freiheit und das der eigenen Nation vor allen anderen steht. Rhetorisch begegnen wir der gesamten Breitseite rechtspopulistischer Strategie: Lustvolle Katastrophenfantasien (S. 33), das Schüren von Sozialneid (S. 37), Konkurrenzkampf (S. 39) und der Angst vor einem vermeintlichen Identitätsverlust (S. 44). Das alles wird gepaart mit einem rechts-konservativen Verständnis von Heimat und Kultur, wie es auch schon in früheren Kapiteln zum Tragen kam, nach dem O-Ton: »Das Fremde kann niemals das Eigene werden und darum ist es gefährlich«.

3. ZUWANDERUNG, ASYL UND INTEGRATION

3.1 Zuwanderung

Die Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik der etablierten Parteien führt geradewegs in eine soziale Katastrophe. **30** Durch den ungebremsten Zustrom von Millionen von Einwanderern, die unsere Sprache nicht sprechen, die aus Kulturen stammen, die uns zutiefst fremd sind, und die zumeist über keine besondere Qualifikation verfügen, werden Parallelgesellschaften zementiert. **31** Integration wird unmöglich. Soziale Spannungen in einem bislang ungekannten Ausmaß kommen auf uns zu. Angesichts dieser Situation brauchen wir dringend eine demokratische Alternative, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen unseres eigenen Volkes orientiert.

Gezielte Familienförderung, geeignete Qualifizierungsmaßnahmen und die Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Anreize für junge Familien haben in jedem Fall Vorrang vor Einwanderung. Immigration kann keine Allzwecklösung für gesellschaftliche Fehlentwicklungen und Versäumnisse der etablierten Wirtschafts- und Sozialpolitik sein, denn sie schafft mehr Probleme als sie löst!

Daher fordert die AfD: So viel Zuwanderung wie nötig, aber so viel Familien- und Nachwuchsförderung sowie Qualifikation eigener Bevölkerung **32** wie möglich!

Unter dieser Maxime ist eine qualifizierte Zuwanderung nach strengen Regeln anzustreben. Sie darf weder dazu führen, dass unser geschichtliches Bewusstsein, unsere Kultur und unsere Lebensweise verdrängt werden, noch, dass die Reallöhne sinken

30

Kritik an politischen Opponenten ist selbstverständlich nicht unüblich und bis zu einem gewissen Grad auch legitim. In ihrer Anklage der Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik der »etablierten Parteien« beschreitet die AfD allerdings den schmalen Grad zwischen Kritik und Aufwiegelung und übersieht dabei wichtige Abstufungen, Grenzziehungen und Unterschiede. Zumindest in Sachsen-Anhalt kann nicht die Rede davon sein, dass alle etablierten Parteien die selben Konzepte und Einstellungen zu Einwanderung, Asyl und Flucht. Z.B. ist die CDU in diesen Fragen sicherlich näher an der AfD als die SPD. Darüber hinaus wird die reale Politik stärker von den regierenden Parteien bestimmt als von der die Opposition, weshalb eine Gleichmachung »der etablierten Parteien« völlig unangebracht ist. Das dient nur dazu, die AfD als »alternative Alternative« dastehen zu lassen.

Und noch eine andere Taktik der AfD kommt zum Tragen: Die offensichtliche Lust an Konflikt und Katastrophe stellt ein wiederkehrendes Motiv ihrer Rhetorik dar. Die Botschaft ist die gleiche: »Es gibt keine Alternative, du hast gar keine Wahl, denn wählst du nicht AfD, geht Deutschland unter.« Das ist falsch, gefährlich und undemokratisch.

31

Fünfmal daneben, 0 Punkte für den Kandidaten.

- 1. Einwanderung die BRD und Sachsen-Anhalt ist alles andere als einfach und daher nicht ungebremst.*
- 2. Die Zahl neu angekommener Menschen in Sachsen-Anhalt betrug im ersten Halbjahr 2015 gerade einmal 25.763, wobei diese Zahl sogar den bundesdeutschen Zuzug enthält – keine Spur von »Millionen von Einwanderern«.*

3. Der Kulturkampf kann noch so oft beschworen werden, aber in der Realität ist keine Kultur einer anderen Kultur »zutiefst« fremd. Kulturen dienen immer Menschen und Menschen brauchen auf der ganzen Welt die gleichen Dinge wie z.B. Liebe, Hoffnung und Erkenntnis.

4. Damit etwas »besonders« ist, braucht es immer nur den nötigen Kontrast. In Sachsen-Anhalt, dem »Altersheim der BRD«, reicht es daher schon aus, jünger als 44 zu sein, um als etwas Besonderes zu gelten. Und das erfüllt der Großteil der neuen Nachbarn.

5. Sogenannte Parallelgesellschaften bilden sich dort, wo Menschen ausgegrenzt werden und keine Redebereitschaft besteht. Eine Partei, die ständig den Konflikt predigt und alle außer sich der Lüge bezichtigt, ist damit ein weitaus größeres Risiko für parallele Gesellschaften als Menschen, die innerhalb von 12 Monaten die schwierige deutsche Sprache erlernen und währenddessen noch Betriebe, Nachbarschaftstreffen und Kunstprojekte gründen.

Im Kleide schöner Wörter, finden wir hier die klare Parole, mir der schon Parteien wie DVU, NPD und DIE RECHTE punkten konnten: »Deutsche zuerst!« Das ist völkisches Denken und läuft auf eine Politik hinaus, die von Egoismus und fehlender Solidarität geprägt ist.

Hier versucht sich die AfD an einem rhetorischen Kniff: Sie kann sich einerseits ohne Probleme auf das deutsche Grundgesetz berufen, in welchem das Grundrecht auf Asyl seit den 1990er Jahren sowieso faktisch nicht mehr enthalten ist und sich damit als demokratische Partei stilisieren. Im gleichen Moment ist es natürlich einfach, sich gegen

oder den Entwicklungs- und Schwellenländern die dort dringend benötigten Fachkräfte dauerhaft entzogen werden. Erst recht ist eine weitere Belastung unserer Sozialsysteme zu unterbinden.

Wir wollen daher ein Einwanderungsgesetz, das auf qualifizierte Fachkräfte und Unternehmer abstellt, um Zuwanderung genau in den Branchen zu ermöglichen, in denen der Mangel am größten ist. Zu häufig stehen gut ausgebildeten und integrationswilligen Einwanderern bürokratische Hürden im Weg, während andererseits die ungesteuerte Einwanderung über Familiennachzug, Duldungsmechanismen und unzulässige Ausnutzung des Asylrechts vielfach noch unterstützt wird. Auch hier muss ein Umdenken einsetzen: Integrationswille ist zu belohnen, Integrationsverweigerung entschieden zu sanktionieren.

3.1.1 Ja zum Asylrecht — Nein zum Missbrauch! **33**

Die AfD bejaht uneingeschränkt das im Grundgesetz verankerte Asylrecht, fordert aber nachdrücklich die konsequente Durchsetzung unseres Asylgesetzes, auch hinsichtlich der Rückführung abgelehnter und ausreiseunwilliger Asylantragsteller!

Asylrecht und Asylgesetz dienen nicht der Zuwanderung. Es sollen ausschließlich in ihrer Heimat politisch Verfolgte zeitweise Schutz in unserem Land erhalten. Fallen die Verfolgungsgründe weg, so kann ein Bleiberecht nach unseren Vorstellungen nur durch einen gesonderten Antrag auf Einwanderung erlangt werden. Scheitert ein solcher Einwanderungsantrag, ist unser Land umgehend zu verlassen.

32

33

Wir fordern eine maximale Aufnahmequote **34** für tatsächlich politisch Verfolgte und Flüchtlinge festzulegen, die sich am Willen der Bevölkerung orientiert und die daraus resultierenden Kosten nicht außer Acht lässt. Dies soll solange gelten, wie es kein klares und effektives Einwanderungsgesetz für Deutschland gibt, das die Zuwanderung von EU- und Nicht-EU- Einwanderern streng regelt und für die Bevölkerung wahrnehmbar durchgesetzt wird.

Asylanträge sollen grundsätzlich außerhalb der EU gestellt und dort bearbeitet und entschieden werden, um unkontrollierte Zuwanderung zu verhindern. Dafür sind entsprechende Einrichtungen zu schaffen. **35**

Zuwanderungs- und Asylpolitik müssen getrennt werden. Das Asylrecht wird im Grundgesetz Art 16 a klar definiert. Asylberechtigte sind im entsprechenden Verfahren anerkannte, individuell politisch Verfolgte, die nicht über sichere Drittstaaten eingereist sind. Fälschlicherweise werden in der Asyldebatte häufig unscharfe und irreführende Begriffe verwendet, teils aus offensichtlich ideologischen Motiven.

Der häufigste Grund, warum deutsche Behörden abgelehnte Asylbewerber nicht abschieben liegt darin, dass diese Asylbewerber die Kooperation bei der Feststellung ihrer Identität verweigern, teils durch Entsorgung ihres Ausweises. Hierzu sind sie jedoch nach §§ 48, 49 und 82 AufenthG gesetzlich verpflichtet und begehen im genannten Falle sogar bereits eine Straftat. Sanktionen verhängen die Behörden derzeit nicht, so dass im Ergebnis ein von den Behörden tolerierter, illegaler Weg besteht, massenhaft in unser Land einzuwandern. Das lehnt die AfD entschieden ab!

Missbrauch auszusprechen. Denn: Niemand ist für Missbrauch, egal worum es geht. Hier wird aber ein flächendeckendes Problem namens »Asylmissbrauch« erst herbeigeredet.

34

Die Definition des Asylrechtes, die die AfD hier anlegt, erkennt nur sehr limitierte Fluchtgründe an und fordert obendrauf noch eine Obergrenze, angeblich ganz im Sinne des Großteiles der Bevölkerung, als dessen Sprachrohr sie sich hier ausgeben.

Das Gewähren von Schutz ist eine menschenrechtliche Pflicht. Menschenrechte können nicht bloß bis zu einer bestimmten Zahl oder Uhrzeit eingelöst werden. Das ist u.a. auch der Grund, warum Polizei und Krankenhäuser rund um die Uhr geöffnet sind: Menschen haben ein Recht auf Sicherheit und ärztliche Behandlung. Wer Quoten für die Aufnahme verfolgter Menschen fordert, ist daher nicht sehr weit davon entfernt, Schließzeiten für die ärztliche Ambulanz und kostenpflichtige Notrufnummern zu fordern.

35

Eine Forderung, die nicht anders zu erfüllen ist, als Außenstellen der Bundesämter u.a. nach Syrien, Eritrea und Mali zu verlegen.

Die AfD fordert hier also die wissentliche und aktive Gefährdung deutscher Beamter durch Versetzung in Kriegs- und andere Krisengebiete.

Die Zahlen die hier angeführt werden, sollen als Beweis für die zuvor schon heraufbeschworene »Krise« dienen. Statt individuelle Fluchtgründe und tatsächliche menschliche Schicksale einzubeziehen, werden Geflüchtete als Gesamtmasse entindividualisiert. Bei den durchaus geringen Bargeldleistungen von »Fehlanreizen« zu reden, bedient die irrige Vorstellung, dass Menschen ihr Leben und Vermögen auf's Spiel setzen, um dann von 143 Euro im Monat leben zu müssen.

Hier wird versucht, eine Zahl von Illegalen herbeizureden, die schlicht falsch ist. Die Schutzquote für 2015 liegt tatsächlich bei nahezu 65% aller Anträge. Und die restlichen 35% halten sich keineswegs illegal in Deutschland auf, denn in den meisten Fällen werden Menschen aus guten Gründen wie z.B. Krankheit oder menschenunwürdige Behandlung im Zielland, nicht abgeschoben.

Aus der älteren und jüngeren Vergangenheit haben wir lernen können, dass Spekulation um Zahlen von Asylanträgen zum Großteil ins Leere geht und eine ständige Korrektur nach oben und unten die Folge ist. Wenn solche Spekulation, wie hier, nicht einmal mit konkreten Konsequenzen verbunden wird, grenzt das an bewusste Panikmache.

- 36** Im Jahr 2014 stellten 202.834 Menschen einen Asylantrag in Deutschland. Als politisch Verfolgte und somit asylberechtigt wurden nur ca. 2% Prozent der Antragsteller als anerkannt. Weitere 28% sind als Schutzbedürftige eingestuft worden. Es hätten also ca. 70% der Antragsteller unser Land wieder verlassen müssen. **36** Abgeschoben wurden jedoch nur ca. 5%. Somit sind allein in 2014 ca. 141.983 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland geblieben. **37** In Sachsen-Anhalt hat es im ersten Halbjahr 2015 sogar weniger Abschiebungen gegeben als noch in 2014, und das, obwohl über 40% der Antragsteller aus sicheren Balkanstaaten stammten.

Für 2015 werden offiziell über 1 Million Asylantragsteller erwartet, dies stellt eine Verfünffachung gegenüber 2014 dar, dabei erscheint es allerdings realistisch, bereits von über 1.5 Millionen auszugehen. Eine Trendumkehr für 2016 ist nicht abzusehen.

Die AfD fordert, dass die Asylverfahren generell beschleunigt werden. Die Ausländerbehörden der Landkreise müssen von der Landesverwaltung unterstützt werden. Angesichts ständig zunehmender Zahlen von Ankömmlingen ist es nicht länger hinnehmbar, dass Entscheidungen in klar geregelten Fällen oft monatelang verschleppt werden. Dies ist weder für die Antragsteller noch für den deutschen Steuerzahler zumutbar. Durch verschleppte Antragsverfahren wird in hohem Maße Steuergeld vergeudet. Inzwischen betragen die Aufwendungen für einen Asylbewerber im Land Sachsen-Anhalt durchschnittlich über 9.300 Euro, in Halle (Saale) sogar über 12.000 Euro pro Asylbewerber und Jahr. Die von der Landesregierung vorgeschlagene Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 8.600 Euro deckt

die Kosten der Landkreise und kreisfreien Städte daher nicht, sodass die kommunalen Haushalte zusätzlich belastet werden.

In den Aufwendungen für Asylbewerber ist bislang ein monatliches Taschengeld von 143 € enthalten, was eine Sogwirkung erzeugt. Um Fehlanreize **38** zur Einreise abzustellen, ist die Barauszahlung des Taschengeldes für Menschen aus sicheren Herkunftstaaten sofort einzustellen. Weiterhin fallen bei der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern enorme Kosten für die Schaffung neuer Unterkünfte, Krankenversorgung, Sprachkurse und Integrationsbeauftragte an. Wenn man erreichen will, dass berechnigte Asylbewerber vernünftig unterstützt werden, muss verhindert werden, dass dafür notwendige Mittel durch Verschleppung der Antragsverfahren für im Ergebnis unberechtigte Asylbewerber verbraucht werden.

An der Residenzpflicht und zentralen Unterbringung für Asylbewerber ist so lange festzuhalten, bis geklärt ist, ob der jeweilige Asylbewerber anerkannt wird. **39** Menschen aus sicheren Herkunftsländern die keine Bleibeperspektive haben, dürfen gar nicht erst auf die Landkreise verteilt werden, da sie dort häufig dezentral untergebracht werden. Dies führt, insbesondere in Verbindung mit Bargeldauszahlungen, zu falschen Anreizen.

Des Weiteren sind genügend Kapazitäten in den Erstaufnahme- einrichtungen vorzuhalten. Dort muss zügig über die Anträge entschieden werden, um falsche Hoffnungen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die AfD fordert eine separate Erstaufnahmestelle für Antragsteller aus den Balkanstaaten,

38

Die Rede von »Fehlanreizen« ignoriert auf gekonnt weltfremde Weise, dass es sowohl Pull- als auch Push-Faktoren gibt: also Ursachen, die Menschen von einem bestimmten Ort wegtreiben (Push) und Ursachen, die Menschen zu einem bestimmten Ort hinziehen (Pull). Die Bedingungen im Zielland sind also nur ein Teil der Gleichung und sie zu verändern, hat vergleichsweise wenig Wirkung.

39

Wenn im vorherigen Abschnitt über die hohen Kosten der Unterbringung lamentiert wird, müsste in der Konsequenz eigentlich eine dezentrale Unterbringung gefordert werden, welche die Kommunen viel weniger kostet als die zentrale Unterbringung. Stattdessen setzt die AfD weiter auf rassistische Ungleichbehandlung und Einschränkung der Freiheit von Menschen. Darüber hinaus beweist die AfD, dass sie nicht mehr als eine völkische-nationalistische CDU ist: Ihre Forderungen zur zentralen Unterbringung von Menschen aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern hat die Bundesregierung aus CDU und SPD bereits im Oktober 2015 umgesetzt.

Es gibt keinen Fremdenbonus in der Strafverfolgung. Dass die AfD das hier noch betont, bedient den rassistischen Mythos der Benachteiligung von Deutschen.

Das stimmt nicht: Im Februar 2016 haben alle Aufnahmestellen in Sachsen-Anhalt noch Kapazitäten und sind alles andere als überfordert. Und die Recherchen des Magazins »Monitor« ergaben Ende Februar 2016, dass auf die Landkreise vielmehr mit Bevölkerungsschwund zu kämpfen haben als mit der Aufnahme neuer Menschen. Explosionen deuten exponentielles Wachstum an, Menschen fliehen aber linear. Solche Rhetorik ist erneut nur leere Panikmache und unterstreicht die Lust an Konflikt und Katastrophe innerhalb der AfD. Eine stabile, politische »Alternative« sieht anders aus.

40 sodass diese nicht weiter auf Landkreise verteilt werden und für tatsächlich Verfolgte Kapazitäten wegnehmen.

41 Wir wollen die zügige Rückführung von Erstantragstellern aus sicheren Herkunftsländern. Alle Beitrittskandidaten der EU sind dabei als sichere Herkunftsländer zu behandeln. Das Land Sachsen-Anhalt muss im Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreifen.

Wir fordern: straffällig gewordene Asylbewerber sind unverzüglich auszuweisen und ggf. abzuschieben. Strafverfolgung und Ordnungsverfahren sind selbstverständlich ohne einen Fremdenbonus **40** mit gleicher Intensität durchzuführen wie bei einheimischer Bevölkerung. Hier muss selbstverständlich der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz gelten.

Schon jetzt sind die zentralen Aufnahmestellen und ihre Außenstellen völlig überlastet. **41** Auch die Asylbewerberheime in den Landkreisen sind überbelegt, Kommunen völlig überfordert. Teilweise werden Asylbewerber schon kostenintensiv in Hotels, Jugendherbergen und Pensionen untergebracht. Sogar das Institut für Brand- und Katastrophenschutz wird als Flüchtlingsunterkunft zweckentfremdet, was dazu führt, dass dringend erforderliche Lehrgänge für Führungskräfte der Feuerwehr gestrichen werden.

Private Geschäftemacher nutzen die Notlage der Kommunen und erhalten Wucherpreise für die Unterbringung. Insgesamt schätzt man derzeit die Kosten für Lebensunterhalt und Unterbringung der Asylbewerber angesichts explodierender Zahlen in ganz Deutschland auf über 10 Milliarden Euro, die vom Bund, aber nicht für die Länder, Städte und

Gemeinden, bereitgestellt werden. Die AfD fordert deshalb nachdrücklich die vollständige Finanzierung aller Aufwendungen für Asylbewerber durch den Bund.

Landkreise und Kommunen sind finanziell überfordert. Es ist inakzeptabel, wenn kommunale Leistungen im Bildungs-, Sport- und Kulturbereich gestrichen werden, um konsolidierte Haushalte vorlegen zu können. Selbst die Grundversorgung und damit die Pflichtaufgaben der Kommunen können nur noch teilweise sichergestellt werden, weil die finanziellen Mittel auf Grund der massenhaften Aufnahme von Asylbewerbern fehlen. **42**

Ganz besonders geht es darum, den zunehmenden Missbrauch des Asylrechts zu unterbinden. Die meisten Asylanträge werden gestellt, obwohl von vornherein feststeht, dass die Antragssteller keinen positiven Bescheid erwirken können. Im Einklang mit den gesetzlichen Regelungen ist die Aufnahme von Armutsflüchtlingen als Asylbewerber strikt abzulehnen, Armut ist kein Asylgrund. **43**

Die AfD fordert eine bessere Personalausstattung der entsprechenden Behörden, um berechnigte Asylanträge schneller zu genehmigen und eine raschere Rückführung unberechtigter Bewerber durchzusetzen.

Bürger aus sicheren Herkunftsstaaten müssen sich um einen legalen Aufenthalt im Rahmen des bestehenden Aufenthaltsgesetzes bemühen. Etwaige Anträge sind in den entsprechen Herkunftsländern zu stellen.

42

Die Behauptung, dass die Kommunen die »Grundversorgung« nicht gewährleisten können, ist nicht belegbar. Die AfD setzt hier auf die beliebte populistische Taktik, einen Konkurrenzkampf zu beschwören, wo gar keiner ist. Den Großteil der Kosten, die durch die kommunale Aufnahme Schutz suchender Menschen entstehen, übernimmt der Bund.

Die Erhöhung der Bevölkerung gerade in den ländlichen Gebieten wirkt dabei erwiesenermaßen wie ein Konjunkturpaket und verbessert den Haushalt der Kommunen. Schließlich ist es leider viel zu häufig genau anders herum, dass nämlich geflüchtete Menschen bei der Versorgung und Zugang zu kommunalen Ressourcen benachteiligt werden.

43

Nach geltendem Recht ist Armut in der Tat kein Asylgrund. Das ist deutschen Beamten gleichermaßen klar wie es Zuwanderern klar ist, weshalb auch niemand aus wirtschaftlichen Erwägungen einen Antrag auf Asyl stellt. Den von der AfD bemurmelten »Missbrauch« gibt es in der Realität daher nicht.

Die Parole, Armut sei kein Asylgrund, verdeckt zudem die Sicht auf einen wichtigen Punkt: Schlechte wirtschaftliche Bedingungen sind sehr wohl ein Fluchtgrund und zwar ein guter. Das gilt heute wie es 1990 galt, als mehrere hunderttausend Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR in die alten Bundesländer flohen und dort, wenn auch widerwillig, aufgenommen wurden.“

Um den sozialen Frieden der BRD steht es in den ersten Monaten 2016 tatsächlich schlecht. Brandstifter und »Bürgerwehr« genannte Schlägertruppen, (volksver)hetzende Parteien, rassistische Mobilisierungen, enthemmte Gewaltäterinnen und Gewalttäter – sie alle stören den sozialen Frieden in einer Weise, die so flächendeckend seit vielen Jahren nicht mehr auftrat. Die Argumentation der AfD, die Schuld an diesen Verbrechen trügen die Familien und Einzelpersonen, die in der BRD Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, ist absurd, falsch, gefährlich und nicht zuletzt ist sie Teil des Problems.

Hier arbeitet die AfD erneut mit dem Vorurteil, dass Menschen aus anderen Ländern das deutsche Sozialsystem ausnutzen würden. Dies leugnet den Fakt, dass der Wohlstand der meisten Industrieländer ohne die offene oder verdeckte Ausbeutung anderer Regionen nicht denkbar wäre. Insbesondere die Forderung Sozialleistungen an eine vorherige Beschäftigung zu koppeln, widerspricht nicht nur EU-Recht, sondern dem noch grundlegenden, rechtsstaatlichen Prinzip der Gleichbehandlung.

44 Des Weiteren stellt sich immer dringlicher die Frage nach einer wirksamen und gerechten Lastenverteilung in der EU. Hierzu bedarf es verbindlicher Absprachen mit europäischen Nachbarstaaten, die auch eingehalten werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich viele EU-Länder der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen vollständig entziehen, sodass selbst die UN eine Unverhältnismäßigkeit zu Lasten Deutschlands anmahnt. Darüber hinaus ist es notwendig, von vornherein personelle und finanzielle Obergrenzen für die Aufnahme von Asylbewerbern festzulegen und einzuhalten, um den sozialen Frieden **44** und die finanzielle Stabilität unseres Landes nicht zu gefährden.

45 Prinzipiell gilt, dass illegale Grenzübertritte unterbunden werden müssen. Dazu ist das Schengener Abkommen auszusetzen und es sind Grenzkontrollen vorzunehmen, so wie es bereits im Rahmen des G7-Gipfels Anfang 2015 in Bayern erfolgreich praktiziert wurde.

3.1.2 Kein Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Ausländer

Im Rahmen der EU gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit, diese darf aber nicht zu einem Sozialtourismus verkommen. **45** Sie soll Arbeitsaufenthalte erleichtern und die Mobilität in der EU erhöhen, kann jedoch aus unserer Sicht keinen Anspruch auf Sozialleistungen begründen. Die AfD fordert daher, dass beitragsunabhängige Sozialleistungen wie Kindergeld und ALG II grundsätzlich nur dann an EU-Bürger ausgezahlt werden, wenn sie ihren tatsächlichen Wohnsitz in Deutschland haben und mindestens 5 Jahre einer

sozialversicherungspflichtigen bzw. selbstständigen Beschäftigung in Deutschland nachgegangen sind. Sozialleistungen für Kinder setzen voraus, dass diese auch in unserem Land leben. Der oft genannte Trick, über eine Scheinselbstständigkeit den Bezug von Kindergeld zu ermöglichen, muss von den Behörden sofort unterbunden werden.

3.2 Integration

Die Einwanderungspolitik der etablierten Parteien der letzten Jahrzehnte weist zahlreiche Fehler und Versäumnisse auf:

Sie hat nicht auf die Qualifikation der Einwanderer geachtet; sie hat nicht darauf geachtet, ob die Einwanderer zu Deutschland passen und hat Einwanderung in einem Umfang zugelassen, der die Integrationskräfte unserer Gesellschaft überfordert. In zahlreichen Städten, vor allem in westlichen Bundesländern, sind Parallelgesellschaften **46** entstanden. Hier schotten sich schlecht qualifizierte und integrationsunwillige Menschen ab **47** und schaffen mit sozialstaatlicher Unterstützung rechtsfreie Räume. Sie entziehen sich dabei selbst, wie auch andere Betroffene, unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die AfD will verhindern, dass solche Verhältnisse auch in Sachsen-Anhalt Einzug halten. Das erfordert ein entschlossenes Gegensteuern durch eine aktivierende Integrationspolitik. Diese sieht Integration in erster Linie als Aufgabe und Pflicht derer die einwandern **48** und setzt auf die Integrationskräfte der gesamten Gesellschaft. Ihre Hauptfaktoren sind Arbeit, Familie und Freundeskreis. Eine erfolgreiche

46

Die Idee von »Parallelgesellschaften« ist weitestgehend zur inhaltsleeren Floskel und politischen Kampfbegriff verkommen und wird hier stark ethnisiert. In den Städten und Kommunen, in denen es einen hohen Anteil an Menschen gibt, die selbst oder deren Eltern eine Migration vollzogen haben, gibt es nicht die hier gezeichneten Probleme. Die Menschen in diesen Kommunen sind Teil der deutschen Gesellschaft und haben im Großen und Ganzen die gleichen Probleme und Sorgen wie Menschen an anderen Orten und mit anderen Biographien. Nicht mehr und nicht weniger.

47

Es gibt in der deutschen Gesellschaft tatsächlich Phänomene der Abschottung. Die Ursachen dafür können vielfältig sein, so z.B. die kollektive Deprivation, die Menschen in den 1990ern in den neuen Bundesländern zu erleben hatten, die nun dazu führt, dass sich viele Ostdeutsche abschotten. Genau so kann die Erfahrung von Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung eine Ursache sein: Schwarzen Menschen oder solche, die nicht akzentfrei Hochdeutsch oder einen der hundert Dialekte des Deutschen sprechen sowie vielen anderen Deutschen wird ihr Leben lang gesagt »Du gehörst hier nicht hin, die Traditionen deiner Eltern, deiner Großeltern sind hier nichts wert« usw. usf.

48

Aus den in Kommentar 43 genannten Gründen ist es in verheerender Weise falsch, wenn die AfD im folgenden Paragraphen »Integration in der ersten Linie als Aufgabe und Pflicht derer die einwandern« verortet.

Die AfD geht von einem einheitlichen Interesse des deutschen Volkes aus, das es in dieser Form nicht gibt. Wenn überhaupt, dann spiegelt sich dieses Interesse im Wunsch nach einer demokratischen, freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft wieder. Diesen Grundprinzipien steht allerdings die Idee entgegen, dass irgendjemand in der Schuld sei, sich über die Prinzipien hinaus irgendwie zu assimilieren und anzugleichen.

Wie die AfD auf die Idee kommt, eine Rechtsordnung sei an geographische Geschichte geknüpft, ist den Autorinnen und Autoren schleierhaft. Müssen nach dieser Argumentation die Kultur- und Wertvorstellungen des Nationalsozialismus oder monarchisch strukturierte Entscheidungsprozesse, wie es sie vor 1848 auf deutschem »Boden« gab, auch heute noch getragen werden? Eine gute Rechtsphilosophin wird über die bloße Frage schon den Kopf schütteln. Natürlich orientiert sich jede Rechtsordnung zunächst an den Bedürfnissen der Menschen, deren Rechte sie sichern wollen. Und diese Rechte sind nun einmal universell.

Integration ist das Zusammenfügen von Teilen zu einem neuen Ganzen. Dafür müssen alle Teile bereit sein, dieses neue Ganze zu akzeptieren. Die AfD scheint Integration allerdings als Einbahnstraße zu verstehen – für sie ist Integration Zwang zur Anpassung.

Studien zur Einstellung der deutschen Bevölkerung zeigen seit vielen Jahren, dass Rassismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen weit verbreitet sind und sich in alltäglicher Diskriminierung belegbar niederschlagen. Es zeugt daher von einiger Realitätsferne, die Auseinandersetzung mit Diskriminierung als unnötig anzusehen.

49 Integrationspolitik ist umso erfolgreicher, je weniger sie eingreifen muss. Sie sorgt lediglich für Rahmenbedingungen, die es erlauben, dass die natürlichen Integrations- und Assimilationskräfte der Gesellschaft ungehindert wirken können.

Wer als Ziel erfolgreicher Integration die maximale Bewahrung der kulturellen und moralischen Herkunftsprägung versteht und dies mit sozialstaatlicher Umsorgung zu erreichen versucht, erweckt bei Einwanderungswilligen völlig unrealistische Erwartungen und handelt zudem entschieden gegen die Interessen des eigenen deutschen Volkes! **49**

Unsere Rechtsordnung lebt wie jede andere davon, dass die Kultur- und Wertevorstellung, auf deren Boden sie einst gewachsen ist, sie auch weiterhin unterfüttert und trägt. **50** Eine Vorstellung, wir müssten unsere Kultur und Werte zurücknehmen, um Integration zu ermöglichen, wäre grundverkehrt. Richtig ist vielmehr: Integration kann nur gelingen, wenn wir den Einwanderern eine attraktive und feste Identität bieten, in die sie sich auch integrieren können.

Das bisherige Konzept der Landesregierung zur Vorbeugung gegen Parallelgesellschaften ist untauglich. **51** Gebraucht werden keine an die Bevölkerung gerichteten Kampagnen für Weltoffenheit, eine staatlich verordnete „Willkommenskultur“, „Aufnahmebereitschaft“ **51** oder Antidiskriminierungsschulungen, **52** sondern eine an die Einwanderer gerichtete aktivierende Integrationspolitik und Förderung der Integrationswilligkeit. Die sichere Beherrschung der Landessprache ist die wichtigste Voraussetzung gelungener Integration. Die Sprache erlernt sich am besten beim Arbeiten und im Kontakt mit der Be-

völkerung. Um zu verhindern, dass arbeitslose Einwanderer sich in Parallelgesellschaften abkapseln, fordern wir deshalb für diese Gruppe eine gesetzliche Verpflichtung zu Besuch und erfolgreichem Abschluss von Sprachkursen. Unentschuldigtes Fehlen, Stören oder verweigerte Mitarbeit müssen durch entsprechende Kürzung der Sozialleistungen sanktioniert werden.

In diesem Sinn fordern wir auch, dass Predigten religiöser Gemeinschaften grundsätzlich in Deutsch stattzufinden haben. Dies gilt selbstverständlich nicht für die Rezitation heiliger Texte. **53**

Für arbeitslose Einwanderer fordern wir integrierende, gemeinnützige Bürgerarbeit. **54** Wer Leistungen nach Sozialgesetzbuch II bezieht, soll spezielle Integrationsarbeitsplätze erhalten, die ähnlich den sog. 1-€-Jobs in Kommunen und Vereinen angesiedelt sind. Sie sollen den Einwanderern nicht nur das Gefühl geben, Teil der Gesellschaft zu sein, sondern auch die Gelegenheit schaffen, das in Sprachkursen erworbene Wissen anzuwenden und zu festigen.

Eine Besserstellung von Asylbewerbern gegenüber einheimischen Hartz-IV-Empfängern ist grundsätzlich auszuschließen. **55**

3.3 Identität

Unsere kulturelle Identität ist die Antwort auf die Frage, wer wir sind. Identität ist nichts Nebensächliches, kein Mantel, den man an und wieder ablegen kann, wie es einem beliebt, sondern der Kern unserer Existenz.

53 *Die deutsche Verfassung sichert die Kulturfreiheit zu. Folgt man der AfD und schreibt religiösen Gemeinschaften vor, in welcher Sprache sie ihre kulturellen Praktiken ausüben haben, verletzt man diese Freiheit und damit ein verfassungsmäßiges Recht. Dass die AfD ihre Forderung mit dem Hinweis auf heilige Texte einschränkt, ist folglich auch nicht als Zugeständnis, sondern als schmallippige, juristische Absicherung zu verstehen.*

54 *Unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit stellt die AfD hier die Forderung nach Zwangsarbeit. Das allein ist schon schlimm. Die Auswahl der Personen, die solche Zwangsarbeit zu verrichten haben, ist zudem diskriminierend. Dazu kommt, dass die AfD die große Menge der arbeitsmarktpolitischen Argumente gegen solche Maßnahmen schlichtweg außer Acht lässt. Ein-Euro-Jobs schaffen in der Regel nicht die gewünschten Zugänge zum Arbeitsmarkt, sie erzeugen einen künstlichen Billiglohnsektor und damit Marktverzerrung. Besonders ironisch ist, dass die AfD gegen exakt diese Effekte im weiteren Verlauf Stellung bezieht.*

55 *Das deutsche Sozialrecht ist weit davon entfernt, Menschen ohne deutschen Pass zu bevorzugen, wie u.a. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012 deutlich macht. Dass die AfD hier dennoch eine solche Bevorzugung befürchtet und eine vermeintliche Konkurrenz zwischen »Fremden« und »Einheimischen« beschwört, kann wohl nur mit ihrer Lust an Kampf und Konflikt begründet werden.*

Dass eine Gesellschaft die Grenzziehung zwischen »dem Eigenen und dem Fremden« vornehmen muss, um nicht auseinanderzufallen, ist ein Gedanke, der der Soziologie und Politologie eher fremd sein dürfte: Die plausibelsten Theorien zum Zusammenhalt von Gesellschaften gründen auf die Idee, dass es für Gemeinschaftssinn oder das Teilen universeller Werte keine Abgrenzung gegen den Rest der Welt nötig ist. Die AfD nimmt hier stattdessen deutliche Anleihen beim neurechten Historiker Karlheinz Weißmann, welcher Mitbegründer des ebenso neurechten, kulturpessimistischen »Institut für Staatspolitik« ist.

Wie unverfälschte Betrachtung der Geschichte bei der AfD aussieht, konnten wir schon in der Präambel lesen: Die barbarische, deutsche Gesellschaft der Nationalsozialisten, die den größten Völkermord der jüngeren Geschichte vollzog wird zu »zwölf Unglückjahren« bagatellisiert.

56 Was heißt es, Deutscher zu sein? Welches Verhalten, welche Sitten und Gebräuche gehören hier her und welche nicht? Wo verläuft die Grenze zwischen dem Eigenen und dem Fremden? **56** Wir brauchen einen breiten Konsens darüber, wie diese Fragen zu beantworten sind, damit unsere Gesellschaft nicht auseinander fällt. Eine gefestigte Landesidentität garantiert Leistungs- und Opferbereitschaft, Gesetzestreue und Solidarität. Eine instabile Identität höhlt die Fundamente unseres Gemeinwesens aus und gefährdet auf lange Sicht die Demokratie selbst.

Kulturelle Identität ist nichts Statisches, sondern wird von jeder Generation verändert und fortentwickelt. Sie entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern baut auf Traditionellem auf: der Kulturlandschaft, der Sprache mit ihren eigenen Denk- und Wertungsmustern, den musischen Ausdrucksformen, den historischen Erfahrungen, der Vermittlung von Werten und Moralvorstellungen durch Eltern, Großeltern und Gesellschaft.

Die AfD will daher Projekte und Initiativen fördern, die lokale und regionale Traditionen sichtbar machen und pflegen, die Heimatgeschichte dokumentieren und in Erinnerung rufen. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass im Geschichtsunterricht die Auswirkungen historischer Entwicklungen auf die Geschichte der Regionen in Sachsen-Anhalt angemessen und unverfälscht behandelt und wiedergegeben werden. **57**

Unsere Identität hat sich im Laufe vieler Jahrhunderte besonders aus den Traditionen des christlichen Abendlandes entwickelt. Wichtige Grundlagen unseres Staates wurden im 19. Jahrhundert gelegt.

Unsere nationalen Traditionen, Symbole und Vorstellungen müssen im Unterricht erklärt und von Einwanderern akzeptiert werden. Das Singen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen sollte bei uns, wie in anderen Ländern, selbstverständlich sein. Zu unserer Identität gehören auch bestimmte Vorstellungen von Freiheit, Menschenwürde, Gleichberechtigung, ein säkulares Staatsverständnis, Demokratie und Aufklärung. Der Islam gehört hingegen nicht zu unserer Identität. Er hat unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt. **58**

Wir verlangen von Menschen die dauerhaft in unserem Land leben wollen, dass sie unsere Kultur akzeptieren **59** und nicht versuchen, diese zu verdrängen. Wir erwarten zudem, dass sie sich an die Gesetze und die Verfassung unseres Landes halten.

Die AfD bekennt sich zur Freiheit des Glaubens und zur ungestörten gewaltfreien Religionsausübung, wie dies in Art. 4 GG Abs. 1 und 2 festgeschrieben ist und sofern diese mit unseren Gesetzen in Einklang steht. Die private Religionsausübung muslimischer Mitbürger ist in Sachsen-Anhalt auch ohne Großmoscheen mit Minaretten möglich. Derartige Bauprojekte, insbesondere wenn sie tief in historisch gewachsene Stadtbilder eingreifen, müssen erst von der ansässigen deutschen Bevölkerung akzeptiert und dürfen nicht gegen deren Willen errichtet werden.

58

Die Gegenüberstellung der identitären Werte zum Islam suggeriert, dass diese mit dem Islam unverträglich sind. Das ist doppelt falsch. Genau wie es verschiedene Ausprägungen christlichen Glaubens gibt, gibt es viele Arten und Weisen, auf die Muslime ihr Leben leben. Von »dem Islam« zu sprechen, ist daher erstens eine unangemessene Gleichmachung. Und zweitens hat natürlich auch der Islam das deutsche und europäische Denken in positiver Weise mitgeprägt: Christliche, jüdische und muslimische Traditionen sind miteinander stark verflochten und auch politisch-gesellschaftlich wäre unsere Welt heute eine völlig andere, wenn es auch nur eine dieser Religionen nicht gegeben hätte.

59

Erneut macht die AfD hier Pferde scheu, wo es keinen Anlass gibt. Der Bau neuer Gebäude – Krankenhäuser, Einkaufszentren, kultureller Einrichtungen – ist immer von diversen Akten in Verwaltung und Politik begleitet, über die Bürgerinnen und Bürger informiert werden und zu denen auch jetzt schon Bürgerentscheide möglich sind.

Hier stellt die AfD Gewalt in eine Reihe mit Politikverdrossenheit und Extremismus und adelt sie damit als politisches Ausdrucksmittel. Das allein ist schon verkehrt und gefährlich, vor dem Hintergrund der massiven Welle rassistischer Gewalt, die die BRD seit Ende 2014 überrollt, ist es zudem noch geschmacklos.

Politikverdrossenheit lässt sich leider nicht dadurch eindämmen, dass man Bürgerinnen und Bürgern eine oder zwei weitere Möglichkeiten gibt, ein Kreuz auf einem Zettel zu machen. Dafür bedarf es kluger Bildungspolitik und -arbeit sowie gegenseitigen Angeboten aus Bürgerschaft und Parteien, um gemeinsam die Gesellschaft zu gestalten. Vor allem bedarf es aber einer Öffentlichkeit, die auf Solidarität, Vertrauen und der Möglichkeit zu Veränderung setzt. Die AfD macht nur das Gegenteil und fördert Konkurrenz, Misstrauen und erklärt, dass wir politisch und kulturell zu unveränderlichen Traditionen zurückzukehren haben.

Sprache ist das, was gesprochen wird und ist damit immer neu, immer ein bisschen anders. Auch neue Gedanken sind nur dann möglich, wenn Sprache veränderlich ist. Nicht nur verkennt die AfD, dass Sprache flexibel gehalten werden muss – und das heißt auch, mal Neues auszuprobieren –, sondern sie bedient hier auch das verschwörungstheoretische Motiv, fremde Ideologen würden die Gesellschaft nach ihrem Willen lenken und fremdbestimmen.

60 Wir fordern, dass Bürger künftig in solche Planungen frühzeitig einbezogen werden und ggf. über Bürgerentscheide ihrem Willen Ausdruck verleihen können. Entscheidungen ohne ausreichende Bürgerbeteiligungen sind abzulehnen, sie drohen den Nährboden für Gewalt **60**, Politikverdrossenheit **61** und Extremismus zu bereiten.

61 Die im Kindesalter erworbene Muttersprache ist die Grundlage des Denkens und der Kommunikation, auch des Verstehens und richtigen Gebrauchs von Fremdsprachen. Durch Sprachregelungen, Euphemismen und Sprechverbote wird derzeit in Deutschland versucht, eine in der Gender- und Gleichstellungsideologie fundierte Weltanschauung durchzusetzen und kritisches Denken einzuschränken. **62** Die AfD wendet sich entschieden gegen derartige Sprachvorgaben in Ministerien, öffentlichen Einrichtungen, Medien und Schulen. **63**

62 Wir wollen weniger Anglizismen und Englisch im öffentlichen Sprachgebrauch und fordern stattdessen die Pflege der deutschen Sprache. Unser Deutsch ist eine der großen Kultursprachen des Abendlandes, die meistgesprochene Sprache in der EU und nach Englisch und Spanisch die meistgelernte Fremdsprache der Welt. Wir fordern, dass das Land Sachsen-Anhalt Richtlinien erlässt mit dem Ziel, unnötige Anglizismen im amtlichen Sprachgebrauch zu vermeiden. Die von Amts wegen verwendete Sprache muss für alle Generationen verständlich sein. Ferner gilt es, die deutsche Sprache zu schützen und zu erhalten. **64**

63

Sprachregelungen gibt es im Alltag, in Beruf, in Institutionen und sind dort nichts Ungewöhnliches. Sie können technische Abläufe klarer machen oder sicher stellen, dass bestimmte Vereinbarungen eindeutig sind. Ist man in sprachliche Vereinbarungen nicht eingeweiht, kann das zwar auch verwirrend werden – »Beamtendeutsch« ist wohl eines der bekanntesten Beispiele dafür –, in der Fülle der Fälle steht hinter diesen Regelungen aber eine gute Idee. Im Zusammenhang mit Gleichstellung gibt es vereinzelte Vorschläge, Vereinbarungen und Empfehlungen, einen ideologisch motivierten Zwang o.ä. gibt es allerdings nicht.

64

Noch im vorherigen Abschnitt wird gezetert: »Keine ideologisch motivierten Sprachvorgaben!«. In diesem Abschnitt wird gefordert: »Sprachvorgaben auf volksdeutsch-ideologischer Basis«. Ob das nun die bitterste Ironie oder nur plumpe Selbstvergessenheit ist, bleibt an dieser Stelle leider offen.

Kapitel 4

Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik, Energie- und Verkehrspolitik / Politik für den ländlichen Raum

Eine Studie der Otto Brenner Stiftung zur AfD in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt kommt mit Blick auf letztere zu dem folgenden Schluss:

»Die Themen Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik sowie Energie- und Verkehrspolitik bleiben im Wahlprogramm deutlich fragmentarischer und eklektischer.«*

Diesen Eindruck können die Autorinnen einerseits teilen. Darüber hinaus hat sich bei genauerem Hinsehen ein Kapitel präsentiert, welches von teilweise sinnvollen Gedanken, viel häufiger jedoch von gravierendem Unverstand in der Sache zeugt. So wird nach Förderprogrammen gerufen, wo es sie längst gibt (S. 51) und soll Ehrenamt und lokales Engagement gestärkt werden, wo es sich seit Monaten unermüdlich für eine bessere Gesellschaft einsetzt (S. 63). Der höchste Ausdruck solch zahnloser Rhetorik wird erreicht, wenn mit der Geste der empörten Forderung einfach nur bestätigt wird, was die derzeitige Politik und Verwaltung ohnehin schon tun (S. 62).

Schließlich aber wäre die AfD im Jahre 2016 nicht was sie ist, wenn sie dem Ganzen nicht auch eine ordentliche Prise Patriotismus und Emotionsvorschriften (S. 64) hinzuzufügen hätte.

*Hensel, Geiges, Pausch und Förster: »Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 Programme, Profile und Potenziale.« Hrsg.: Otto Brenner Stiftung 2016

4. Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik, Energie- und Verkehrspolitik / Politik für den ländlichen Raum

4.1 Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die erfolgreiche Entwicklung unserer Wirtschaft ist die Grundlage für die Entwicklung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche. Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind der Schlüssel für die Zukunft unserer Familien und Kinder. **65**

Durch die Sanktionspolitik der Bundesregierung gegenüber Russland ist der Osthandel dramatisch eingebrochen. **66** Experten gehen davon aus, dass in Deutschland ca. 500.000 Arbeitsplätze gefährdet sind und sich die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland nachhaltig verschlechtern. In Sachsen-Anhalt sind die ersten Firmenpleiten zu verzeichnen. Wir fordern daher die sofortige Aufhebung der Anti-Russland-Wirtschaftssanktionen, die politisch falsch sowie ineffektiv sind und in erster Linie unsere heimische Wirtschaft schädigen. **67**

Wir setzen auf die Stärkung der vorhandenen Wirtschaft, des Handwerks und des Gewerbes sowie deren Verzahnung mit den wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes. Dazu wollen wir:

- die Landesmittel zur Wirtschaftsförderung verstärkt für solche Industriezweige, Handwerke und Gewerbe einsetzen, die am meisten zur Sicherung vorhandener bzw. Schaffung neuer Vollzeitarbeitsplätze beitragen;

65

Eine Randnotiz: Der Umstand, dass die AfD hier zuerst die »Keimzelle der Gesellschaft«, nicht aber die Gesellschaft selbst oder gar die Menschen nach uns, ganz gleich, in welchem Verwandtschaftsverhältnis sie zu uns stehen mögen, bedenkt, ist vor dem Hintergrund von Kapitel 1 und 3 nicht weiter überraschend.

66

Die AfD erzeugt hier den Eindruck, dass der Einbruch des Osthandels einzig auf die Politik der BRD zurückzuführen ist – das ist schon allein deswegen falsch, weil es für einen Streit immer zwei Seiten braucht. Der Ukraine-Konflikt, der hier im Hintergrund steht, ist leider ein komplexes Problem und erfordert komplexe Antworten. Da genügt es nicht, einfach nur »Nein zu Sanktionen!« zu rufen.

67

Wirtschaftssanktionen sind tatsächlich ein umstrittenes Thema und ihre Effektivität wird immer wieder hinterfragt. Im konkreten Fall trifft es aber zu, dass vor allem das Verbot des Waffenhandels mit der Russischen Föderation sowie der versperrte Zugang zum europäischen Kapitalmarkt die Russische Föderation empfindlich treffen. Außerdem: Sieht man von der Frage nach der Effektivität einmal ab, ist es natürlich wichtig zu erwähnen, dass politische Entscheidungen auch symbolische Kraft besitzen oder moralische Zeichen setzen können. Die aktuellen Sanktionen stehen nämlich unter dem Stern völkerrechtswidriger Handlungen seitens der Russischen Föderation und verdienen es daher, nicht allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet zu werden.

Es solle nur das Geld ausgegeben werden, das irgendwo anders eingenommen wurde. Dieser Grundsatz klingt vernünftig und für bestimmte Kontexte mag er auch stimmen. Für Betriebs- und Volkswirtschaften liegen die Dinge aber deutlich komplizierter und es ist nicht selten ratsam oder sogar überlebensnotwendig, behutsam Schulden aufzunehmen. Das ist auch weniger abwegig als es scheint: Indem der Staat Schulden aufnimmt, wird ein Teil der Kosten für neue Investitionen auf zukünftige Steuerzahler ausgelagert – und genau die profitieren ja von den Investitionen.

68

- den Verwaltungsaufwand, der durch überzogene staatliche Regularien in den Unternehmen entsteht, minimieren;
- die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere unter Einbeziehung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen unseres Landes, durch praxisnahe Forschung und Entwicklung neuer Technologien stärken;
- die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze durch Ansiedlung von Unternehmen sicherstellen, die an der Entwicklung und Vermarktung neuer Technologien arbeiten;
- das schnelle Internet als wichtiges Arbeitsmittel für Industrie, Handwerk und Gewerbe ausbauen.

Die Finanzierung von Landesaufgaben durch Aufnahme immer weiterer Schulden an Kapitalmärkten lehnen wir ab. Auch der Abbau der Staatsschulden, die von allen bisherigen Landesregierungen aufgenommen wurden und allein durch ihren Schuldendienst einen Großteil der Landeseinnahmen verschlingen, steht in unserem Fokus. Wie in jedem gesunden Haushalt muss der Grundsatz gelten, dass nur das wieder ausgegeben werden kann, was vorher eingenommen wurde. **68** Der Haushalt des Landes muss tragfähig sein und die Mittel dürfen nur für Projekte verwendet werden, die einen messbaren Nutzen für das Gemeinwohl erzielen. Zur Kostensenkung wollen wir deshalb:

- den Eigenbedarf des Landes für die Verwaltung und das Parlament auf das kleinstmögliche Maß reduzieren;
- die einzelnen Förderprogramme des Landes auf ihre Effektivität prüfen

- die nachweisliche Verschwendung von Steuermitteln des Landeshaushaltes durch Sanktionen gegenüber den jeweils Verantwortlichen ahnden. Dazu soll der Landesrechnungshof weitgehende Rechte erhalten.

4.2 Mittelstandspolitik

Die AfD Sachsen-Anhalt sieht in einem gesunden Mittelstand die Grundlage einer leistungsfähigen und erfolgreichen Wirtschaft und lehnt die alleinige Subventionierung von Leuchtturmprojekten ab. Wirtschaftspolitik ist in erster Linie eine gute Mittelstandspolitik. **69** In diesem Sinne fordern wir:

4.2.1 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Sachsen-Anhalts Mittelstand ist mit geeigneten Instrumenten in die Lage zu versetzen, sowohl konkurrenzfähig zu arbeiten als auch konkurrenzfähige Produkte zu liefern. Dazu gehören Finanzinstrumente wie Bürgschaften oder Wagniskapital ebenso wie erleichterte Kooperationen.

4.2.2 Stärkung des Handwerksmeisters

Mit der ständigen negativen Nivellierung von Bildungs- und Erfahrungsvoraussetzungen wie etwa der Abschaffung des Diploms oder dem Verzicht auf den Handwerksmeister als Voraussetzung zum Führen von Handwerksbetrieben verlieren die deutsche Berufsbildung und die Produktqualität ihren guten Ruf in der Welt. **70** Das gefährdet unseren wirtschaftlichen Vorsprung vor anderen Industrienationen. **71**

69 *Sachsen-Anhalt ist nach der GRW-Fördergebietskarte als prädefiniertes C-Fördergebiet eingestuft. Das heißt einerseits, dass es aus Sicht der Strukturförderung Verbesserungsbedarfe in Sachsen-Anhalt gibt. Das heißt aber auch, dass bereits Mittel fließen und die Lage keineswegs so furchtbar ist, wie die AfD es zu beschören einfach nicht müde wird.*

70 *Es gibt Handwerksberufe mit Meisterpflicht, zulassungsfreie Handwerksberufe und handwerksähnliche Betriebe. Man kann aber auch für Handwerksberufe ohne Meisterpflicht eine Meisterprüfung ablegen. Fundamentalere Wandel oder Aushöhlung bestimmter Abschlüsse, wie die AfD sie hier zeichnet, lässt sich nicht feststellen.*

71 *Der wirtschaftliche Stand eines Staates im internationalen Vergleich hängt an einer Vielzahl von Faktoren. So spielt z.B. die tarifrechtliche Gestaltung von Arbeitsbedingungen eine herausragende Rolle. Die Wörter, die man braucht, um das zu erklären, sind aber langweilig und unsexy – ganz anders als ein »guter Ruf«.*

Zum Zwecke der Transparenz und zur Korruptionsbekämpfung werden Bauprojekte offen ausgeschrieben. Die Auftragsvolumen für viele Bauprojekte verlangen in der Regel europaweite Ausschreibungen – dadurch verlieren Unternehmen in Sachsen-Anhalt nicht automatisch gegen Baukonzerne von außerhalb, denn: Das wirtschaftlichste Angebot ist in der Regel zu bevorzugen! Die Nähe zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber ist dabei eigentlich immer von Vorteil und der sachsen-anhaltische Mittelstand ist alles andere als gefährdet.

Wenn die AfD über diese sehr grundlegenden Regeln hinaus die Vergabe steuern möchte, könnte man fast schon Wettbewerbsverzerrung wittern.

Sicher ist nicht jede Regelung toll, aber genauso sicher ist nicht jede Regelung schlecht. Und Detailregelungen entstehen zum Beispiel wenn Länder erfolgreich Vorschläge für die Umsetzung von Reformen einreichen. Wirtschaft und Politik haben hier die Verantwortung sich aktiv an Aushandlungsprozessen zu beteiligen. Das ist Demokratie.

72 4.2.3 Die heimische Bauwirtschaft stärken

Bei großen öffentlichen Bauvorhaben setzen wir uns für mittelstandsfreundliche Vergaben und für eine transparente Finanzierung ein. Die sogenannten Public-Private-Partnership (PPP) -Modelle verschleiern die Kosten für den Bau sowie den Betrieb und sind teurer als konventionell umgesetzte Bauvorhaben. Sie begünstigen zudem ausschließlich große, nicht in Sachsen-Anhalt ansässige, Baukonzerne. **72**

4.2.4 Kompetenz der Fachämter kommunaler Bauauftraggeber stärken

Die seit Jahren durch Strukturänderungen und Landesvorgaben betriebene fachliche Ausdünnung zu Gunsten von Verwaltungsfachleuten und Juristen schmälert die Reputation der Fachämter. Sie zeigen sich immer weniger in der Lage, gleichrangige Partner für Auftragnehmer wie Architekten, Ingenieure und Baufirmen zu sein. Dies ist aber notwendig, um Bauvorhaben hinsichtlich Kosten, Terminen und Qualität leiten zu können.

73

4.2.5 Überregulierung abbauen

Nahezu alle Unternehmen leiden beträchtlich unter einer Vielzahl nationaler und zunehmend europäischer Vorschriften und Gesetze, die ihre Tätigkeiten regulieren. Diese Gesetzesflut belastet insbesondere kleinere Unternehmen. Der Staat soll generelle Richtlinien erlassen und auf etwaige Detailregelungen verzichten. Den Unternehmen und Bürgern muss hier mehr Eigenverantwortung zugestanden werden. **73**

4.2.6 Bürokratie abbauen und den Fördermitteldschungel lichten

Angestellte kommunaler Fachämter verbrauchen einen zu großen Teil ihrer Arbeitszeit für Antragstellung, Nachweisführung und Abrechnung. Geplant und entwickelt wird nicht immer was für die Stadt notwendig ist, sondern was gerade in laufende Förderprogramme passt. Daher wollen wir auch die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen für städtebauliche Entwicklungsziele erhöhen.

4.2.7 Reduzierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente

Nahezu alle Programme zur Erleichterung des Einstiegs oder Wiedereinstiegs in das Berufsleben führen zu Mitnahmeeffekten und Wettbewerbsverzerrungen, nicht aber zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Wirtschaftsverbände haben ein natürliches Interesse an einem großen Arbeitskräfteangebot. Jede Arbeitsmarktpolitik dagegen kann nur das Ziel verfolgen, die Arbeitslosenquote zu verringern, was aber die Auswahl für personalsuchende Unternehmen schmälert. Aufgabe einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ist es, beide Interessen zu beachten.

In der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen vor allem die persönliche Qualifikation, nicht aber das Geschlecht, den Ausschlag geben. **74**

4.2.8 Stärkung innovativer Ansätze der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik

Der Missbrauch von Zeitarbeit und "Werkverträgen" muss enden. Zeitverträge dürfen nicht unbegrenzt verlängert werden. Dazu muss die Differenz zwi-

74 *Man mag es mögen oder hassen, aber wie in der Privatwirtschaft Stellen besetzt werden, ist Angelegenheit der privaten Betriebe und daran wird auch die AfD nichts ändern können, ohne freiheitliche Grundprinzipien zu opfern.*

Im Allgemeinen ist bei der Stellenbesetzung selbstverständlich auf Fairness und Gerechtigkeit zu achten und niemand sollte aufgrund des Geschlechts bei der Stellenbesetzung diskriminiert werden. Dass die AfD solche Selbstverständlichkeiten fordern muss, zeugt entweder von ihrer fortwährenden Lust an Spaltung und Konflikt – oder davon, dass sie sonst nichts zu sagen hätte.

Auch wenn sie nicht ausführt, welche Prognosen »zweifelhaft« erscheinen, scheint die AfD hier an die zu erwartende und wissenschaftlich nachgewiesene Erwärmung der Erde anzuspielen. Die Folgen der menschengemachten (anthropogenen) Erwärmung sind jetzt schon in Form immer verheerender Wettererscheinungen und -katastrophen spürbar. Darunter fallen nicht bloß die offensichtlichen, wie Hurricanes und Fluten, sondern auch weniger sichtbare Effekte wie die ständige Ausbreitung der Wüsten.

Zweifel an diesen Zusammenhängen sind nicht daher nicht bloß falsch – sie sind gefährlich, da sie unser menschliches Handeln aus der Verantwortung nehmen.

Das Volk leidet, Investoren sahen ab – eine beliebte Formel rechtspopulistischer Stimmungsmachte. In der Realität sind die Dinge meistens etwas schwieriger, denn in Sachsen-Anhalt stehen allein aufgrund von Windkraft mehr als 12.000 Menschen in Lohn und Brot. Sicher könnte man auch die Lohnungerechtigkeit in kapitalistisch organisierten Märkten kritisieren, aber dafür braucht es deutlich mehr Sicht auf das System als die Formel »Volk gegen Investoren« hergibt.

Die Autorinnen sind ernstlich überrascht, dass eine Partei, zu deren Lieblingsthemen die »nationale Lösung« und »nationale Souveränität« gehören, eine »europäische Harmonie« in der Energiepolitik fordert.

75 schen der Gesamtleistung „Hartz IV“ und dem Einkommen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen deutlicher ausgeprägt sein.

4.2.9 Verwaltungsaufwand

Berufsgenossenschaften, Sozialkassen und ähnliche Einrichtungen, die mit Zwangsbeiträgen finanziert werden, sollen im Hinblick auf Ihren Nutzen und ihre Daseinsberechtigung sowie auf Ihr Betätigungsfeld überprüft werden.

4.3 Energiepolitik

Die aktuelle Energiepolitik in Deutschland ist in vielerlei Hinsicht verfehlt. Sie orientiert sich an zweifelhaften Klimaprognosen. **75** Die so genannte „Energiewende“ wurde überstürzt und unausgereift auf den Weg gebracht. Sie ist unsozial und fügt Bürgern und Wirtschaft beträchtlichen finanziellen Schaden zu. Gleichzeitig garantiert sie aber den Investoren in erneuerbare Energien satte Gewinne. **76**

Die Energiewende harmoniert als deutscher Sonderweg nicht mit der Energiepolitik der europäischen Nachbarländer. **77** Eine vollständige Deckung des Energiebedarfs Deutschlands aus erneuerbaren Energien wäre technisch nur unter höchstem Aufwand möglich, derzeit aber noch viel zu teuer. Die vorhandenen Speichermöglichkeiten für Wind- und Solarstrom reichen nicht aus. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass die regenerative Stromerzeugung Versorgungssicherheit leisten kann und müssen deshalb weiterentwickelt und gebaut werden. **78**

Die öffentliche Förderung der alternativen Energieerzeugung muss sich auf eine Anschubförderung zur Entwicklung innovativer und zukunftsträchtiger

Technologien beschränken. Eine Dauersubvention lehnen wir ab. Die Energieproduktion muss sich am Markt bewähren und Versorgungssicherheit gewährleisten. Sie muss zudem umweltverträglich sowie bezahlbar sein und darf die ökonomische Entwicklung Deutschlands nicht behindern.

Wir setzen uns dafür ein, die Energiepolitik wieder stärker zu einem sachorientierten, stimmigen Gesamtkonzept zu entwickeln und von ideologischen Maßgaben **79** zu trennen. Dabei sind jegliche Arten der Energieerzeugung einzubeziehen. Die Interessen der Stromverbraucher an kostengünstigem Strom müssen dabei stärker berücksichtigt werden.

Wir treten für eine verantwortungsbewusste Weiternutzung der Braunkohle mit modernsten Filtertechniken ein, sofern dem nicht ein ökologisch und ökonomisch wertvolleres Konzept entgegensteht. Braunkohle ist ein heimischer Bodenschatz, der Unabhängigkeit von Importen schafft. **80** Sie sichert im Land eine nicht unbedeutende Zahl von Arbeitsplätzen. Wir fordern eine stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung von Tagebauen sowie eine angemessene Entschädigung betroffener Bürger.

Die Gasförderung mittels Fracking (dem Lösen von Gas aus dem Gestein mittels Chemikalien und hohem Druck) lehnen wir wegen möglicher Gefahren für Umwelt und Bevölkerung ab.

Sachsen-Anhalt ist in Deutschland bereits führend bei der Nutzung von Windenergie. Einen Bau weiterer Windkraftwerke in landschaftlich sensiblen Gegenden lehnen wir daher ab und wenden uns gegen die zunehmende Verschandelung der Landschaft durch neue Großanlagen der Windkraft- und Solartechnik oder zusätzliche Hochspannungsleitungen.

78

Innovation geschieht häufig nicht im Studierzimmer oder am Reißbrett, sondern aus der realen Anwendung einer Technologie heraus. Für eine Partei, die ihren Gegnern allzu gerne Weltfremdheit vorwirft und sich ansonsten vorrangig mit dem eigenen Pragmatismus brüstet, ist es also schon ein unerwarteter Zug, hier nun auf die Innovationskraft der Theorie zu setzen.

79

Wie auch in den früheren Kapiteln setzt sich die AfD nicht mit den Gründen für eine anderen Meinung auseinander, sondern markiert den Gegner einfach als »ideologisch«. Respekt für den politischen Gegener und seine Position sind allerdings die Grundbedingung einer demokratischen Auseinandersetzung. So wirksam der »Ideologie«-Vorwurf also sein mag, er ist auf jeden Fall zutiefst undemokratisch.

80

So viel Spaß muss sein: Zumindest an der Oberfläche scheint die AfD hier für die Nutzung von Braunkohle zu argumentieren, weil sie ein heimischer Rohstoff ist. Müssen wir uns daher die Frage stellen, ob Sonne und Wind einfach zu international und kosmopolitisch für die Welt der AfD sind?

*Mit Blick auf die schweren Havarien von 1986 und 2011, aber auch auf die vielen kleinen und mittleren Zwischenfälle im Zusammenhang mit Atomreaktoren sowie die enormen Schwierigkeiten um Umgang mit den radioaktiven Reststoffen, sollte schnell klar sein, dass **Energiegewinnung mittels Kernspaltung keine Alternative** ist. Die Alternative für Deutschland sieht das alles nicht so eng und würde entsprechende Kraftwerke gerne weiter laufen lassen – wenn es sie in Sachsen-Anhalt denn gäbe, wäre die Bevölkerung somit einer akuten Bedrohung ausgesetzt. Wir strahlen vor Glück, dass dem nicht so ist.*

81 Stattdessen setzen wir auf das sogenannte “Repowering”, also auf die Modernisierung und Effektivitätssteigerung der vorhandenen Wind- und Solarparks durch neue Technologien, sowie auf Technologien zur Senkung des Energieverbrauchs ohne Einschränkung der Verbrauchieranforderungen und auf eine Dezentralisierung der Stromerzeugung.

Die subventionierte Erzeugung von Energie aus Biomasse lehnen wir ab, wenn sie mit der Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln konkurriert. Dies treibt die Ackerpreise in ungeahnte Höhen und gefährdet die Existenz kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe.

In Sachsen-Anhalt gibt es keine Atomkraftwerke. Bei der Frage der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken ist zu berücksichtigen, dass beim letztlich unvermeidlichen Abriss der Kraftwerke so viel Atommüll anfällt, dass eine Verlängerung der Restlaufzeit in Bezug auf die Gesamtmenge des Atommülls nicht negativ ins Gewicht fällt. Daher setzen wir uns für eine Verlängerung der Restlaufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke entsprechend den vormals verfolgten Planungen ein. **81**

Kommunale Stadtwerke zeichnen sich durch ihre Nähe zum Verbraucher aus. Sie stehen unter lokaler Kontrolle und dienen der Wertschöpfung vor Ort. Wir setzen uns dafür ein, regionale Initiativen zu stärken. Dies gilt auch in Bezug auf die Kraft-Wärme-Kopplung und die Nutzung von Fernwärme.

4.3.1 Energieeinsparung vorantreiben

Zu einer zukunftsorientierten Energiepolitik gehört auch und vor allem das Bestreben, durch die Entwicklung neuer Technologien Energie einzusparen

und die Energieversorgung zu dezentralisieren. Dem entspricht zum Beispiel der Grundgedanke eines autarken Familienhauses, welches durch die Kombination der verschiedensten Techniken realisiert werden kann. Hier stellt sich auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Die persönliche Bereitschaft zur Einsparung von Energie und Ressourcen muss durch Aufklärung in das Bewusstsein unserer Bürger getragen werden. Hier hat der Staat durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit aufklärend und motivierend zu wirken.

4.3.2 Keine thematische Beschränkung der Forschung nach politischen Vorgaben

Deutschland darf sein energietechnisches Kreativpotential nicht durch einseitige Forschung verschwenden. Wir wollen daher Schwerpunkte auf die Erforschung neuer Speichertechnologien, intelligenter Netzwerke zur Verbrauchssteuerung und bedarfsgerechter Bereitstellung von Strom setzen. Dazu gehört auch Forschung zur Anwendung kleiner, lokaler Blockheizkraftwerke, zur Geothermie (Erd- und Abwärmenutzung) sowie zum Weiterbetrieb und Neubau von Pumpspeicherkraftwerken. Auch die Forschung zur Sicherheit von Kernkraftwerken und zur Nutzung von Restbrennstäben sowie zur Atom-müll-Endlagerung ist wieder zuzulassen. Nur wenn ein Problemfeld intensiv beforscht wird, kann man auch Lösungen erwarten.

Um den Investitionsstau zu bekämpfen, möchte die AfD mehr Geld in Forschung und Entwicklung geben. Das geht jedoch an den realen Problemen vorbei: Der Investitionsstau liegt vor allem bei den mangelnden Mitteln für Investitionen in die Infrastruktur. Über solche Details werden wir hier leider nicht aufgeklärt.

Nationales Investitionsprogramm?

Das sind entweder separatistische Bestrebungen oder ein Copy-and-Paste-Fehler.

Liebe AfD: Es ist Landtagswahl!

Nun, im Ernst: Hier wird offensichtlich landespolitische Verantwortung weggeschoben. Zudem besteht nicht nur Bedarf in der Modernisierung, sondern mehr noch dem Ausbau der Infrastruktur. Erst dann können mehr Güter und Personen befördert werden. Auch die Bahnknoten Magdeburg und Leipzig/Halle sind bei Auslastungsgraden von über 100 Prozent, sodass kaum noch Verkehr verlagert werden kann.

82 4.4 Verkehrspolitik

Die AfD Sachsen-Anhalt will eine Verkehrspolitik, die im Spannungsfeld zwischen freiem Wettbewerb und sozialer Marktwirtschaft den ökologischen, ökonomischen sowie sozialen Anforderungen der Gegenwart gerecht wird. Um Investitionsstaus abzubauen, wollen wir die Forschung und Entwicklung in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur inkl. Lärmschutz und Barrierefreiheit, Antriebstechnologie, Kraftstoffe, intelligente Verkehrssysteme und modulare Verkehrstypenverbindung fördern. **82**

Im Bereich Schienen- und Bahnverkehr fordern wir:

- *Beseitigung des Investitionsstaus beim Schienennetz*
Seit vielen Jahren werden wichtige Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen in die Bahninfrastruktur fahrlässig hinausgezögert oder unterlassen. Das gefährdet die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Verkehrsträgers Bahn. Dieses Zehren von der Substanz setzt die Zukunft aufs Spiel und muss durch ein nationales Investitionsprogramm beendet werden. **83**
- *Keine weitere Privatisierung von Schienennetz und Bahnhöfen*
Unser Schienennetz ist ein Gemeingut. Es leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Mobilität der Bevölkerung und zum Güterverkehr. Durch die fortschreitende Privatisierung der Infrastruktur wird dies zunehmend gefährdet. Dagegen sprechen wir uns aus.
- *Zentrale Fahrplanerstellung und Ticketverwaltung unter staatlicher Obhut*
Um den Verkehrsträger Schiene für den Personenverkehr attraktiver zu gestalten, müssen alle Fahrpläne gemeinsam recherchiert und abge-

stimmt werden können. Auch bei der gewünschten Anbieterkonkurrenz muss es möglich sein, mit einer Fahrkarte jedes Ziel zu erreichen. **84**

- *Bahntickets mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz*
Der Staat soll dem Anliegen einer umweltverträglichen und kostengünstigen Mobilität per Bahn durch Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Bahntickets Rechnung tragen. Hiermit wird die private Bahnnutzung durch finanziellen Anreiz gefördert. **85**
- *Bessere Verzahnung mit anderen Verkehrsträgern*
Die Attraktivität der Bahn wird erst durch die Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern gesteigert. Gerade auf dem Land sind bei weniger dichter Verkehrsinfrastruktur leistungsfähigere Knotenpunkte zu schaffen, z. B. durch zusätzliche Parkplätze in der Nähe von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel.
- *Ausbau der Güterverkehrsinfrastruktur zur Verlagerung der Verkehrsströme*
Um unser Straßennetz zu entlasten, sind die Voraussetzungen für einen effizienten und wirtschaftlich konkurrenzfähigen Güterverkehr zu schaffen. Dazu sind vorhandene Umschlagplätze auszubauen und besser mit dem Straßennetz zu verzahnen. Die AfD spricht sich grundsätzlich dafür aus, Güternah- und Fernverkehr weitestgehend auf die Schiene zu verlegen. **86**

84

Die Möglichkeit, Fahrpläne gemeinsam zu recherchieren, gibt es bereits, heißt INSA und wird bereitgestellt von der Nasa, der Nahverkehrsagentur des Landes Sachsen-Anhalt. Auch zu finden unter www.insa.de, sowie als App für das Smartphone kostenfrei verfügbar.

85

Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes ist Bundesangelegenheit und wird nicht bei einer Landtagswahl entschieden.

86

Wenn der AfD lediglich mehr Parkplätze vor Bahnhöfen einfallen, um den Schienenverkehr attraktiver zu machen, können wir froh sein, alle anderen Errungenschaften schon vor ihrer ersten Landtagsperiode erlangt zu haben: Sichere Fahrradabsteller, Busse, die im abgestimmten Takt zu den Zügen fahren, CarSharing, Ruf-Busse, Taxis...



Die Stimme der Bürger lässt grüßen: Sprachlich ist der »Straßenverkehrsträger« nämlich keineswegs bürgernah und daher bestens geeignet, die Tatsachen ein bisschen verdreht darzustellen: Sicherlich lässt die Autobahn den schnellsten straßenbasierten Verkehr zu, das sicherste Verkehrsmittel ist und bleibt jedoch die Bahn – und das schnellste das Flugzeug.

87 4.5 Straßenwesen

4.5.1 Bestandsoptimierung vor Neubauprojekten

Eine Sanierung des bestehenden dichten Straßennetzes soll grundsätzlich Vorrang vor teuren und umweltbelastenden Neubaulösungen haben. Diese sollen nur noch bei dringend notwendigen Ortsumgehungen zur Entlastung verkehrsüberlasteter Ortskerne oder notwendigen Sonderfällen erfolgen.

4.5.2 Kein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Autobahn weiterhin der schnellste und sicherste Straßenverkehrsträger **87** bleibt und unsere Städte und Dörfer vom Durchgangsverkehr entlastet. Daher befürworten wir eine situations- angepasste Festlegung von Tempolimits auf Autobahnen.

4.6 Kommunale Verkehrsstrukturen

4.6.1 Kommunales Radwegenetz flächendeckend ausbauen

Radfahren ist umweltfreundlich, kostengünstig und gut für die Gesundheit. Um den Radverkehr in deutschen Kommunen noch attraktiver und sicherer zu machen, wollen wir das Radwegenetz zwischen den einzelnen Kommunen flächendeckend ausbauen und verbessern. Neben der Einrichtung neuer Radfahrstreifen und Radwege gehört dazu auch die bessere Kennzeichnung von Radwegen und die Schaffung radfahrer- freundlicher Kreuzungsbereiche und Ampelregelungen.

Bisher besteht nur zwischen wenigen Ortschaften im ländlichen Raum eine Radwegeverbindung. Die Fahrradfahrer sind gezwungen die Bundes- Land- oder Kreisstraßen zu benutzen, was in der Vergangenheit regelmäßig zu schweren Verkehrsunfällen führte.

4.6.2 Expansion des öffentlichen Nahverkehrs

Der öffentliche Personennahverkehr hat in Stadtzentren Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr mit all seinen Problemen wie Luftbelastung, Parkplatzmangel und Stadtbildverschandelung. Dies muss beim Ausbau und bei der Sanierung des innerörtlichen Verkehrsnetzes beachtet werden. Auf dem Lande muss der weiteren Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs entschieden entgegen gewirkt werden.

4.6.3 Förderung innovativer Verkehrskonzepte

Jede Entlastung unserer Innenstädte vom motorisierten Individualverkehr soll unterstützt werden. Dazu gehören auch neue Formen gemeinschaftlich organisierter Mobilität wie z.B. Fahrgemeinschaften und Mietfahrräder.

Die Rahmenbedingungen zur Nutzung solcher Mobilitätskonzepte sollen verbessert werden.

4.7 Politik für den ländlichen Raum

4.7.1 Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande

Die Landes- und Regionalplanung Sachsen-Anhalts muss künftig auf eine deutlich verbesserte Infra-

Eine der schwächeren Passagen im Agitationsprogramm der AfD: Zur fordern, dass bisher laufende Maßnahmen noch ein bisschen schneller und konsequenter umgesetzt sind, ist fast schon ein Schmücken mit fremden Federn, auf jeden Fall aber ein für die AfD sehr untypisches Zugeständnis an die Regierung. Mit solch einer Haltung wird das aber nichts mit der »fundamentaloppositionellen Bewegungspartei« (Björn Höcke am 21.11.2015).

88 struktur auf dem Lande abzielen. Die Planungshoheit der Gemeinden ist zu stärken. Private Investitionen sind zu erleichtern, bürokratische Hürden abzubauen. Dies sind wichtige Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung des ländlichen Raumes, um die weitere Abwanderung zu stoppen und eine nachhaltige Bevölkerungsstruktur aufzubauen. Weiterhin ist der öffentliche Personennahverkehr wieder besser zu vernetzen. Die ärztliche Versorgung auf dem Lande ist quantitativ und qualitativ sicher zu stellen. Eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandtechnologie zur Gewährleistung stabiler, schneller Internetverbindungen ist als Voraussetzung für moderne Heimarbeitsplätze auf dem Lande kurzfristig herzustellen. Dezentrale und eigenverantwortliche Lösungen der Energieversorgung, der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung sind zu begünstigen. Dazu zählen zum Beispiel Möglichkeiten der Einrichtung und Nutzung privater Brunnen für die lokale Trinkwasserversorgung und die Lockerung des Anschluss- und Benutzungszwangs.

Wir sprechen uns gegen den Zwangseinbau von vollbiologischen Kläranlagen und für Elementarpflichtversicherungen bei Hochwassergefahr aus und befürworten eine Innenstadtsanierungsgewinnbeteiligung nach Naturkatastrophen. In diesem Zusammenhang fordern wir für künftige Hochwasser mehr Überflutungsflächen und weniger Versiegelungen oder Einengungen entlang der Flussläufe in Sachsen- Anhalt und den Nachbarländern. Die in Planung befindlichen bzw. bereits begonnenen Hochwasserschutzmaßnahmen sind zügig fortzuführen und zu vollenden. **88**

4.7.2 Zuzug in den ländlichen Raum fördern

Im ländlichen Raum finden wegen des Bevölkerungsrückgangs viele Immobilien keine Käufer mehr. Dadurch verlieren die Orte immer schneller an Attraktivität. Andererseits interessiert sich aber eine wachsende Zahl von Städtern in den letzten Jahren für den ländlichen Lebensstil abseits von Enge und Hektik. Die Motive sind dabei vielschichtig und die AfD will Wege aufzeigen, wie die Ansiedlung von Städtern im ländlichen Raum gefördert werden kann. Dafür müssen die Verfügbarkeit von Immobilien im ländlichen Raum sichtbarer gemacht, Siedlungsinteressenten über verschiedenste Foren vernetzt und informiert sowie die Selbstorganisation der Siedlungsinteressenten in Baugemeinschaften und -genossenschaften gefördert werden.

4.7.3 Lokale Gemeinschaft stärken

Hohe Mobilität, Internet sowie allseits verfügbare Telekommunikation begünstigen die Bildung von Gruppen und Netzwerken, die keinen lokalen Bezug mehr haben. **89** Die Bindungen und Verbindungen zu Menschen im eigenen Umfeld verlieren damit an Bedeutung mit der Folge, dass sich die städtische Anonymität immer mehr auch in den Vororten und im ländlichen Raum ausbreitet. Wenn sich die lokalen Gemeinschaften aufzulösen beginnen, schwächt dies die Gesellschaft. Sie wird zunehmend von staatlich-politischen sowie wirtschaftlichen Akteuren dominiert, da sie ihre Interessen nicht mehr ausreichend zu artikulieren vermag. **90**

89

Die immer stärker ausgeprägte Telekommunikation schafft es, dass Menschen auch über große Entfernungen hinweg miteinander kommunizieren und voneinander lernen können. Das ist schon allein deswegen eine wunderbare Sache, da sie die Gemeinsamkeiten mit dem vermeintlich Fremden aufdecken kann. Solches Lernen und Überwinden der Grenzen im Kopf führt nicht zur Aufhebung der gegenseitigen Solidarität, wie die AfD hier wohl meint. Im Gegenteil sind es gerade die geistigen Weltbürgerinnen, die sich lokal am meisten, stärksten und nachhaltigsten engagieren.

90

Vor Ort auf dem Lande gibt es viele Menschen, die nicht von Konflikt, Katastrophe und Niedergang schwafeln, sondern stattdessen etwas verändern wollen. In jedem Landkreis, jeder Kommune und Gemeinde in Sachsen-Anhalt gibt es Initiativen und Vereine, die sich für lokale und regionale Belange engagieren. Unter verschiedenen landesweiten Dachverbänden zählt allein der Landesheimatbund mehr als 200 Mitgliedsvereine.

Insbesondere das karitative, integrative und politische Engagement mit und für geflüchtete Menschen hat in den letzten Monaten gezeigt, wie wichtig es den Menschen in Sachsen-Anhalt ist, Willkommenskultur vor Ort zu leben und Solidarität zu zeigen. Das kommt nicht zuletzt den Regionen zu Gute!

So begrüßenswert es also scheint, dass die AfD lokales Engagement fördern möchte, ist es beschämend, dass ihre Kritik auf Kosten tausender engagierter Menschen geht. Nicht zuletzt ist es aber scheinheilig, genau diese Menschen auf AfD-Kungebungen als »naive Gutmenschen« und »Volksverräter« beschimpft und bedroht werden.

Die AfD fordert mehr Heimatgefühl, da diese ein wichtiger Faktor für Lebensqualität sei. Darin liegt sicher ein gutes Stück Wahrheit, denn an einem Ort, den man nicht mag, kann man nicht gut leben. Allerdings ist die Frage, was sie, er und es mögen und bevorzugen, eine sehr persönliche Frage, die eine Partei nicht über die Köpfe der Menschen hinweg beantworten darf, geschweige denn kann. **Überhaupt: Was würden wir von einer Partei denken, die uns mitteilt, der Genuss von Mozart trage zur Lebensqualität bei, Chopin sei dagegen eher abträglich? Wir würden sie vermutlich auslachen.**

Die AfD wartet hier stattdessen mit einem statischen Bild von Heimat auf, worin die Ziegel der Dorfkirche mehr Wert besitzen als die Menschen, die in ihr zusammenkommen. Dass Heimat aber auch freiheitlich und pluralistisch verstanden werden kann, zeigt der Bund Heimat und Umwelt in Deutschland: »Heimat bedeutet Verortung, die materiell und räumlich, virtuell oder in anderen Formen ausgebildet ist. Ankerpunkte für Heimat können die Landschaft, die Stadt, das Dorf oder die Nachbarschaft sein, das Natur- und Kulturerbe, aber auch Arbeit und Gemeinschaft, geteilte Überzeugungen, gemeinsame Interessen und vielfältige Weisen des realen und virtuellen Austausches von Menschen. **Heimat ist dynamisch, weil es im Leben der Menschen viele Ankerpunkte geben kann.**«

91 Deshalb benötigt eine freiheitlich verfasste Gesellschaft eine starke Bürgerschaft. Nur eine Gesellschaft mit Zusammenhalt ist auch eine humane Gesellschaft. Die Lebensqualität hängt hier nicht zuletzt vom emotionalen Bezug zum Wohnort, zu den Menschen im eigenen Lebensumfeld, vom Heimatgefühl ab. **91** Fehlt solch ein Bezug, ist der Weg zu Isolierung und Vereinsamung nicht weit. Es gilt, die lokalen Gemeinschaften und deren Zusammenhalt zu fördern und zu stärken.

Die AfD Sachsen-Anhalt fordert daher:

- mehr Plätze der Begegnungen zu schaffen um der Anonymität im öffentlichen Raum entgegen zu wirken und
- das ehrenamtliche Engagement der Bürger in Feuerwehren, Kirchengemeinden, Sportvereinen und anderen Gemeinschaften zu fördern

4.7.4 Wiederbelebung des grundgesetzlich verankerten Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden

Wir fordern, das in Artikel 28 des Grundgesetzes verankerte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht länger zu beschneiden und die Verlagerung von Kompetenzen an übergeordnete Instanzen zu beenden. Die Entscheidungsbefugnisse der Ortsvertretungen für lokale Belange sind zu stärken. Weitere Gebietszusammenschlüsse und Eingemeindungen sollen nur noch freiwillig möglich sein. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollen Entscheidungen auf der Ebene getroffen werden, die diese betreffen. Dies stärkt die demokratischen Mitwirkungsrechte und die Akzeptanz von Entscheidungen in der Bevölkerung. Durch Bürgerbegehren sollen bereits erfolgte Gebietszusammenschlüsse und Eingemeindungen rückgängig gemacht werden können.

4.7.5 Aufgabengerechte Finanzausstattung der Landkreise und Kommunen

Die Förderpolitik darf keine Anreize für Fehlinvestitionen setzen. Entsprechend der Neuausrichtung von öffentlichen Aufgaben und Entscheidungskompetenzen muss auch die Finanzausstattung der Akteure verbessert werden.

Zu diesem Zweck sollen Ortschaften 5 € pro Einwohner und Jahr als ungebundene Schlüsselzuweisung vom Land erhalten. Wofür diese Zuweisung verwendet wird, hat der Ortschaftsrat per Abstimmung zu beschließen. Die Einwohner sollen bei der Entscheidungsfindung eingebunden werden.

4.7.6 Stärkung des ehrenamtlichen Engagements bzw. der gemeinnützigen Vereine

Freiwillige Feuerwehren, Vereine und Initiativen sollen als maßgebliche Säulen einer intakten Gemeinschaft vor allem im ländlichen Raum über das bisherige Maß hinaus gestärkt werden. Sie sind ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Entwicklung der Gemeinden. Dabei geht es nicht allein um direkte Finanzausweisungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern um die Einführung von abgestuften Belohnungssystemen für ehrenamtliches Engagement. Soweit dieses Engagement durch bürokratische Hürden behindert wird, sind Vereinfachungen zu prüfen.

Die AfD Sachsen-Anhalt erkennt auch ehrenamtliche politische Tätigkeit in besonderem Maße an und stellt sich voll hinter die Forderung des Städte- und Gemeindebundes, dass für Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger keine Sozialabgaben zu entrichten sind.

4.8 Förderung der Landwirtschaft

4.8.1 Ablehnung gentechnischer Veränderung der Pflanzen

Die Landwirtschaft ist seit über 1000 Jahren prägend für die Kultur- und Naturlandschaften des jetzigen Sachsen-Anhalts. Sie wird wie in allen EU-Staaten maßgeblich mitgeprägt durch Subventionen der EU, die zum einen der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dienen und zum anderen zusätzliche gesellschaftliche Leistungen wie Arten- und Biotopschutz honorieren sollen. Grund und Boden, das Hauptproduktionsmittel unserer Bauern und Agrarbetriebe, darf nicht zum Spekulationsobjekt werden.

Agrarsubventionen sind der größte Einzelposten des EU-Haushalts. Aktuell erlebt unsere Landwirtschaft im Zuge der sog. „Energiewende“ eine starke Intensivierung durch den Anbau von Energiepflanzen wie Mais und Raps. Durch die subventionierten Vergütungen für Bioenergie besteht zunehmend das Risiko, dass die dazu notwendige Flächennutzung mehr und mehr die Nahrungsmittelproduktion verdrängt. Die Pachtpreise für neu verpachtete Flächen werden durch den lukrativen Anbau von Energiepflanzen wie auch durch zunehmende Bodenspekulationen in die Höhe getrieben.

Die AfD Sachsen-Anhalt will geeignete Rahmenbedingungen im Interesse der Landwirte schaffen, um dieser Praxis entgegen zu wirken. Kleine landwirtschaftliche Hauptidebetriebe sind unter den heutigen Bedingungen kaum überlebensfähig. Deshalb muss eine zukunftsgerechte Landwirtschaft auf konkurrenzfähige Betriebsgrößen und den richtigen Produktmix abstellen.

Es gibt begründete Vorbehalte gegenüber Lebensmitteln aus gentechnisch veränderten Pflanzen. Für die Ernährung werden gentechnisch veränderte Pflanzen nicht benötigt. Wir lehnen daher Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen ab und fordern eine Kennzeichnungspflicht, um den Verbrauchern die Wahl zu lassen, ob sie derartige Produkte kaufen und verzehren wollen oder nicht. Wir wollen uns allerdings dafür einsetzen, dass auf diesem Gebiet weiter geforscht wird.

4.8.2 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Umbau der Agrarsubventionen

Die Arbeit der Behörden und der Einsatz von Fördermitteln müssen darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauern, Gärtner und Forstwirte zu erhalten bzw. weiter zu verbessern. Das Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und den verschiedenen Formen ökologischen Landbaus ist für uns kein Widerspruch, sondern wesentliches Merkmal eines fruchtbaren Wettbewerbs der konkurrierenden Produktionsweisen.

Wir fordern eine umfassende Reform der Agrarpolitik der EU, damit kleine Landwirtschaftsbetriebe mit EU-Beihilfen wirtschaftlich arbeiten können. Perspektivisch sind die Beihilfen weniger zur pauschalen Förderung pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zu zahlen, sondern verstärkt an zusätzlichen Leistungen der Landwirte für die Gesellschaft wie Biotop- und Artenschutz, Hochwasserschutz, Gewässerqualität, Bodenschutz oder Landschaftsbild zu orientieren. Für Flächen mit Energiepflanzen sollen keine Flächenbeihilfen mehr gezahlt werden.

Kritik an wirtschaftlichen Verhältnissen und Praktiken, die den Menschen nicht mehr helfen, sondern ihnen eher schaden, ist wichtig und berechtigt. Die AfD pickt dafür einen einzelnen Akteur in einem schadhaf-ten System heraus und stellt diesen an den Pranger. Die Autorinnen zweifeln an der Sinnhaftigkeit dieser Methode, denn sie ver-stellt den Blick auf systematische Probleme und personifiziert diese. Das schafft un-nötige und gefährliche Anknüpfungspunkte für verschwörungstheoretisches und antisemi-tisches Denken und Hetzen. Da ist es wenig überraschend, dass die AfD Sachsen-Anhalt ihre Veranstaltung zum Wahlkampfab-schluss am 10. März 2016 mit der Teilnahme von Jürgen Elsässer zu schmücken versucht.

92 Die Vermarktung regionaler Agrarprodukte der Tier- und Pflanzenproduktion ist zu fördern. Massentier-haltung und Import von Agrarprodukten ist weitest-gehend entgegen zu wirken, regionale Alternativen sind die bessere Lösung.

4.8.3 Ausverkauf von Ackerland an Spekulanten stoppen!

Die Preise für Ackerland haben sich in Sachsen-An-halt seit dem Jahr 2000 verdreifacht. Insbesondere seit 2008 ist ein stetiger Anstieg festzustellen, der jährlich bei ca. 10 % liegt. In der Folge sind auch die Pachtpreise stark gestiegen. Diese Preissteigerun- gen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Land- wirte Sachsen-Anhalts. Viele Betriebe können die Preissteigerungen nicht mehr schultern.

Als einer der Hauptpreistreiber **92** ist die BWVG zu nennen, da insbesondere hier die Verkaufspreise über dem Durchschnitt liegen. Schon jetzt sind 20 % der neuen Erwerber Nichtlandwirte. Diese Ent- wicklung ist sehr bedenklich, da den einheimischen Landwirten zunehmend die Produktionsgrundlage entzogen wird. Der Landwirtschaftsminister ver- spricht seit Jahren ein Gesetz um diesen Entwicklun- gen entgegen zu wirken, bisher leider ohne Erfolg.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass durch das Land Sachsen-Anhalt entsprechende Regularien einge- führt werden, um die Verkäufe der BWVG besser zu steuern. Insbesondere brauchen wir mehr Flexibili- tät zwischen Verpachtung und Verkauf. Kurzfristige Pachtverträge müssen auf Verlangen des Pächters verlängert werden können. Die Ausschreibungen

müssen auf maximal 5 ha je Los bei Verkäufen der BVVG begrenzt werden. Zudem braucht es eine vorrangige und uneingeschränkte Erwerbsmöglichkeit durch regionale Landwirtschaftsbetriebe.

4.8.4 Sofortiges Verbot von Glyphosat in der Vorerntzeit!

Die AfD ist nicht grundsätzlich für ein Verbot aller Pflanzenschutzmittel. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Glyphosat nicht mehr auf Pflanzenbestände ausgebracht werden dürfen, um deren Abreife zu beschleunigen. Diese Art der direkten Ausbringung auf eigentlich reife Nahrungsmittel lehnen wir ab. Schon jetzt sind Menschen mit Glyphosat oder dessen Abbauprodukten belastet. Glyphosat steht in dem Verdacht gesundheitsschädlich und krebserregend zu sein und wird von verschiedenen Organisationen als bedenklich eingestuft. Aus diesem Grund muss der Einsatz von Glyphosat direkt vor der Ernte sofort verboten werden, bis das Bundesamt für Risikobewertung anhand von unabhängigen Studien die Auswirkungen auf Mensch, Tier und Flora umfassend bewertet hat.

Kapitel 5

Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht

Die AfD behauptet eine »Erosion des Rechtsstaates« (S. 75) in Sachsen-Anhalt. Um diesem angeblichen Zustand zu begegnen, fordert sie eine unerbittliche Justiz- und Sicherheitspolitik. So zeigt sich die Idee eines autoritären Maßnahme-Staates deutlich in den Forderungen nach staatlicher Medienkontrolle (S. 71/72), Bürgerwehren (S. 78/79) und der besonderen Kontrolle sowie Abschiebung straffällig gewordener Menschen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (S. 73/74/76/80).

5. Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht

Die Alternative für Deutschland steht für Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt sich entschieden hinter die Forderung der Verfassung, wonach alles staatliche Handeln an Recht und Gesetz gebunden ist.

5.1 Verwaltung

Das Handeln der öffentlichen Verwaltung darf sich nicht vorrangig an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren.

Die Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte ist durch die Sicherung ausreichender Steuereinnahmen bei Schuldenfreiheit, schlankem Staat und effizientem Verwaltungshandeln sicherzustellen. **93**

Die Tätigkeit der öffentlichen Hand soll sich auf die Erledigung der klassischen Kernaufgaben des Staates konzentrieren. Dazu gehört die Sicherung der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus gehende Aufgaben sollen nur dann von staatlichen Stellen übernommen werden, sofern diese von privaten Dienstleistern nicht wirtschaftlicher erledigt werden können. In Bereichen, in denen die Privatwirtschaft tätig ist, soll der Staat nicht durch sein Handeln eine steuerfinanzierte Wettbewerbssituation aufbauen. **94**

Ebenso gehört es nicht zu den Aufgaben des Staates, einen mithilfe von horrenden Zwangsabgaben künstlich aufgeblähten Staatsfunk zu unterhalten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss drastisch verschlankt werden. Wir fordern deshalb, dass Sachsen-Anhalt den Rundfunkstaatsvertrag einseitig aufkündigt und so das GEZ-System zur Neuordnung zwingt. Ziel soll die Abschaffung der GEZ sein. Der staatliche Rundfunk soll künftig aus ein bis zwei

93

An diesem Punkt zeigt sich beispielhaft, wie widersprüchlich und realitätsfern die Forderungen und Versprechungen der AfD tatsächlich sind: Sie möchte, dass sich der Staat nicht »vorrangig an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert«. Gleichzeitig fordert sie einen »schlanken Staat« und »Schuldenfreiheit«. Der Staat soll also einerseits Aufgaben an die freie Wirtschaft abgeben und den Wettbewerb nicht verzerren (Stärkung marktwirtschaftlicher Prinzipien), er soll sich aber gleichzeitig auch nicht »vorrangig an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren«.

94

Die Aufgaben, die über die »Daseinsvorsorge hinausgehen«, sollen nicht mehr vom Staat wahrgenommen werden. Das bedeutet, dass der Staat nur noch die physische Existenz seiner Bürgerinnen und Bürgern sichert und alle anderen Bereiche wie Bildung, Kunst und Kulturelles an private Dienstleister abgeben soll. Konkret heißt das: Kein Recht auf Bildung, kein Recht auf soziale Teilhabe. Museen, Theater und Konzerte werden nicht staatlich unterstützt. Zugleich sollen allerdings, wie im Absatz 2.8.2 des Wahlprogramms dargestellt, Theater vom Staat in der Auswahl ihrer Bühnenstücke beeinflusst werden können.

Die Forderung nach »einem strengen Neutralitätsgebot« enthält in den Augen der Autorinnen eine deutliche Kritik an der medialen Berichterstattung. Es legt sich die boshafte Vermutung nahe, dass die AfD mit differenzierten Beiträgen der öffentlich-rechtlichen wie auch privaten Medien unzufrieden ist und die Lösung nun darin sucht, die Vielfalt der Medien einzuschränken.

Der öffentliche Rundfunk besteht aber nicht nur aus ARD und ZDF sondern umfasst auch viele weitere Radio- und Fernsehprogramme. Fallen sie weg, würden private Medienunternehmen diese Lücke füllen, beispielsweise die Bertelsmanngroup, zu der u.a. RTL gehört und die einen der größten europäischen Medienkonzernen darstellt. Solche Unternehmen unterliegen nur geringer Kontrolle. Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk kann hingegen demokratisch beeinflusst werden.

Eine demokratische Kontrolle bedeutet auch, dass ein ungenügendes Gebührenmodell verändert werden kann. Die Abschaffung des öffentlichen Rundfunks würde dies allerdings zu weiten Teilen verhindern.

Schließlich ist eine völlig neutrale Berichterstattung gar nicht möglich und das soll sie auch gar nicht. Es gibt stets verschiedene Perspektiven und Meinungen für ein Ereignis. Journalisten sind Menschen, die eine eigene Perspektive und Meinung haben dürfen und müssen. Sie spiegelt sich in den Beiträgen wieder und das soll sie auch.

Um weiterhin möglichst viele, unterschiedliche und kritische Perspektiven zuzulassen, muss der Rundfunk breit aufgestellt sein, anstatt, wie von der AfD gefordert, von einigen wenigen Akteurinnen dominiert zu werden.

95 Kanälen bestehen, die der Grundversorgung der Staatsbürger mit Informationen dienen und dabei ein strenges Neutralitätsgebot **95** zu beachten haben.

Die AfD fordert: Die Leistungen der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes für das Gemeinwohl müssen angemessen honoriert werden. Das umfasst eine ideelle und materielle Würdigung der Arbeit, wobei die Arbeitsplatzsicherheit im Öffentlichen Dienst zusammen mit der Höhe der Vergütung und Qualität der Alterssicherung im geeigneten Verhältnis stehen muss.

Das Landesverwaltungsamt als politikferne Mittelbehörde verhindert den direkten Zugriff der politischen Führung auf den Vollzug von Gesetzen und ist daher ein verlässliches Element der Rechtsstaatlichkeit. Es nimmt außerdem unterhalb der Ministerien eine unerlässliche Bündelungsfunktion wahr. Die AfD fordert daher, das Landesverwaltungsamt in seiner Funktion zu stärken.

Die kommunale Selbstverwaltung gewährleistet die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Elektrizität und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser, Restmüll etc. Diese Aufgaben werden häufig durch jeweils nur einen Betrieb erfüllt. Ein konkurrierender Markt existiert nicht und dies eröffnet die Gefahr von Monopolstellungen, die bei sicheren Einnahmen zu überhöhten Gewinnen auf Kosten der Allgemeinheit führen können. Ver- und Entsorgungsaufgaben mit Monopolcharakter müssen auf kommunaler Ebene grundsätzlich durch die öffentliche Hand übernommen werden.

Wir wollen, dass Netzleitungen, die im Eigentum der Allgemeinheit stehen und von dieser finanziert wurden, grundsätzlich nicht veräußert oder verpachtet werden dürfen. Bereits erfolgte derartige Privatisierungen sind rückabzuwickeln.

5.2 Innere Sicherheit

5.2.1 Polizei und Verfassungsschutz

Die innere Sicherheit und das Sicherheitsempfinden unserer Bürger sind Grundlagen für das Funktionieren unseres demokratischen Gemeinwesens. Kein Bürger soll um seine Freiheit, sein Leben, seine Gesundheit oder sein Hab und Gut durch Kriminalität fürchten müssen. Staatliche Stellen müssen die öffentliche Sicherheit und Ordnung stets gewährleisten können. Ebenso muss das gesamte öffentliche Leben in allen Bereichen unserer demokratischen Gesellschaft nach den von ihr gesetzten Regeln ablaufen.

Deshalb wollen wir:

- die Polizei personell stärken, effektiv ausrüsten und ihre Methoden zur Strafvereitelung, Strafaufklärung und Verbrechensbekämpfung weiter entwickeln,
- die Polizeipräsenz im gesamten Land gewährleisten und eine effektivere Zusammenarbeit mit der Bevölkerung organisieren,
- den Einsatz von Polizeibeamten auf rein polizeiliche Maßnahmen beschränken und diese von Verwaltungstätigkeiten entlasten,
- die Rasterfahndung nach Straftätern auf richterlichen Beschluss zulassen, [96](#)
- die Prävention gegen Gewalt und Kriminalität vor allem im Erziehungsprozess der Kinder und Jugendlichen verstärken,
- die Justiz und den Strafvollzug stärker auf den Opferschutz ausrichten,
- Herkunft und Nationalität von Straftätern veröffentlichen, [97](#)

96

In den Augen der AfD scheint der Rechtsstaat schon längst kollabiert zu sein. Der Realitätsabgleich sagt aber wie so oft: Es ist nicht alles gut, bei Weitem aber auch nicht alles schlecht. Anstelle von Katastrophenromantik und Empörung à la AfD brauchen wir jedoch besonnene Antworten auf schwierige Fragen.

Belege für die Behauptungen rund um steigende Kriminalität und die angeblich mangelhaft arbeitende Justiz bleibt sie den Wählerinnen und Wählern schuldig.

Eine solche Darstellung kann einzig als populistisch Kalkül gewertet werden, welches der Forderung nach einem autoritären Maßnahme-Staat ein Fundament bescheren soll.

Dies zeigt sich auch deutlich an der Behandlung der Thematik der Rasterfahndung. Zunächst ist die Rasterfahndung auf richterlichen Beschluss schon jetzt möglich. Verdachtsunabhängig ist sie dagegen nicht möglich, da sonst Personengruppen unter Generalverdacht stehen würden und dies dem Gleichheitsprinzip der Verfassung widerspricht. Die explizite Forderung der AfD nach vermehrtem Einsatz der Rasterfahndung, zeigt den deutlichen Hang der Partei zu autoritären, die Freiheit der Einzelnen beschränkenden Maßnahmen.

97

In der Forderung, die »Herkunft und Nationalität von Straftätern [zu] veröffentlichen«, bedient sich die AfD eines klassisch rechtspopulistischen Schachzuges: Indem sie die Herkunft und Nationalität von straffällig gewordenen Menschen explizit zum Thema macht, stellt sie einen indirekten Zusammenhang zwischen Zuwanderung und angeblich ansteigender Kriminalität her. Damit verstärkt sie eines der klassischen rassistischen Vorurteile innerhalb der aktuellen politischen Debatte um geflüchtete

Menschen. Solche Vorurteile spielen sich jedoch nicht bloß im Denken ab, sondern werden zu Taten: Im Jahr 2015 kam es allein in Sachsen-Anhalt zu 79 registrierten Übergriffen und Anschlägen auf Geflüchtete und Unterkünfte. Bis Ende Februar 2016 wurden bereits 26 Übergriffe und Anschläge für 2016 registriert.

Auch spricht sich die AfD hier gegen »jegliche Form des Extremismus« aus und bedient damit die Rhetorik des Extremismus-Modells, dem zufolge »extreme«, die FdGO (die freiheitlich demokratische Grundordnung) gefährdende Einstellungen nicht in der »Mitte der Gesellschaft«, sondern nur an den »radikalen und extremen Rändern« zu finden seien. Dass eine solche Rhetorik im Sinne der AfD ist, liegt nahe: Schließlich stilisiert sich die AfD als Bürger_innen-nahe Partei, als Stimme der Mitte, die sich zwar impliziter rassistischer wie menschenverachtender Forderungen bedient, ihre »extreme« Position allerdings als anschlussfähige und die FdGO nicht gefährdende Mitte-Position zu verschleiern versucht.

Da liegt es folglich auch nahe, die »Finanzierung von radikalen Strömungen mit öffentlichen Geldern« in Frage zu stellen und eine »Neuordnung der Beziehung zwischen Bürger und Staat« zu fordern. Konkret formuliert, fordert die AfD an dieser Stelle jegliche Mittel für rassismuskritische und antineonazistische Bildungsarbeit auszusetzen und die öffentliche Meinungsbildung einzig dem Staat zu überlassen, anstatt nicht staatliche Bildungsorganisationen, die sich kritisch humanistischen Grundsätzen verschrieben haben, wie bisher mit staatlichen Mitteln zu unterstützen.

98

- die Resozialisierung von Straftätern wirkungsvoller gestalten sowie
- die Wirksamkeit von Feuerwehren, Notdiensten und des Katastrophenschutzes sowohl materiell als auch personell verstärken.

Es darf nicht Aufgabe der staatlichen Verwaltung und des Verfassungsschutzes sein, das politische Tun der Bürger zu bewerten. Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Organisation ist laut Verfassung dem Verfassungsgericht zugewiesen. Dagegen ist es Pflicht des Verfassungsschutzes, verfassungsfeindliche Strukturen und Spionage durch Einsatz geheimdienstlicher Mittel aufzuklären und so die Voraussetzung für ihre Bekämpfung zu schaffen. Die AfD fordert daher, den Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt auf genau diese Aufgaben zu konzentrieren. Schnittstellen zwischen Verfassungsschutz und Polizei sind zu benennen und doppelte Zuständigkeiten zu vermeiden.

Die unter der Bezeichnung „Organisationsfortentwicklung“ von Innenminister Stahlknecht veranlasste Strukturreform führte zu bislang ungeahnten chaotischen Zuständen in der Polizei. Es entstand der Eindruck, das Personal der Polizei werde hektisch und unüberlegt hin- und her geschoben, so dass die Aufgaben der Polizei, dauerhaft Präsenz zu zeigen und Verbrechen zu bekämpfen, zu kurz kommen mussten. Wir setzen uns dafür ein, dieses Experiment sofort zu beenden und eine realistische Personalbedarfsanalyse durchzuführen.

Die AfD fordert daher: Der Personalabbau bei der Polizei ist zu stoppen, denn innere Sicherheit erträgt kein Handeln nach Kassenlage. Gerade vor dem Hintergrund von Massenzuwanderung und exponentiell steigender Kriminalität verdient der Bereich Innere Sicherheit besondere Beachtung und Förderung.

Wir haben uns dem entschiedenen Kampf gegen Kriminalität und Erosion des Rechtsstaats verschrieben. Alle Bürger des Landes Sachsen-Anhalt haben ein Recht auf Sicherheit und die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Dies setzt eine handlungsfähige Polizei sowie die rasche und konsequente Sanktionierung von Straftätern durch die Justiz voraus.

Der Staat darf rechtsstaatswidrige Verhältnisse niemals dulden. Bei der Förderung politischer Verbände ist sicherzustellen, dass sich die Empfänger öffentlicher Mittel vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

Zur Wahrung der inneren Sicherheit ist es unverzichtbar, jegliche Form von Extremismus durch die entsprechenden Behörden zu verfolgen und auch zu bekämpfen. Die Finanzierung von radikalen Strömungen mit öffentlichen Geldern ist zu unterlassen. **98**

Die Polizeivollzugsbeamten Sachsen-Anhalts sind derzeit mit einer hohen Anzahl von Überstunden belastet. Der volkswirtschaftliche Schaden, der insbesondere durch Einbruchskriminalität und organisierte Kriminalität verursacht wird, überwiegt die Personalkosten, die im Zuge der Aufstockung anfallen, bei weitem.

Die AfD unterstützt deshalb die Forderungen nach einer Aufstockung der Landespolizei mittelfristig auf mindestens 7.000 Stellen. **99**

Die in Regie des amtierenden Innenministers initiierten organisatorischen Veränderungen konnten weder die Polizeiarbeit verbessern noch die Aufklärungsquote erhöhen. Die Zusammenführung der Polizeidirektionen in eine Behörde wird von der AfD unterstützt, sofern das Ergebnis einer Verwaltungsuntersuchung Kosteneinsparungen ohne gleichzei-

99 *Die Aufstockung der Polizei auf 7.000 Stellen wird in dieser Passage erneut mit einem behaupteten, jedoch nicht belegten Zusammenhang von Zuwanderung und steigender Kriminalität begründet: »Gerade vor dem Hintergrund von Massenzuwanderung und exponentiell steigender Kriminalität verdient der Bereich Innere Sicherheit besondere Beachtung«. Wieder bedient sich die AfD des rechtspopulistischen Instruments, bestehende rassistische Ressentiments aufzugreifen und zu befördern, um ihrer Forderung nach einem autoritären Staat überhaupt eine Grundlage geben zu können.*

Und noch ein Stück aus der rechtspopulistischen Mottenkiste: Die Forderung nach besonders intensiver Strafverfolgung, die vor allem eines will, nämlich eine mögliche Nachlässigkeit gegenüber oder gar Bevorzugung bestimmter Gruppen von vermeintlichen Kriminellen suggerieren.

Indem sie diese Forderung äußert, verfolgt die AfD gleich zwei Ziele: Ein erneutes Herausstreichen des angeblichen Versagens und der »Erosion des Rechtsstaats« zum einen. Und zum anderen ein gezieltes Diffamieren der hier benannten Gruppen der »Linksautonomen und Zuwanderer«, die angeblich ein besonderes staatliches Wohlwollen genießen. Eine solche Darstellung ist mit Blick auf die gesellschaftliche Position der genannten Gruppen besonders skurril, gibt es doch extra eingerichtete Repressalien wie »Racial Profiling« (die Methode, das physische Erscheinungsbild, etwa Hautfarbe oder Gesichtszüge, einer Person als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen, Ermittlungen und Überwachungen heranzuziehen) und die explizite Betätigung des Verfassungsschutzes im Themenbereich »Linksextremismus«.

So wird auch hier erneut deutlich, dass sich die AfD jeglicher rechtspopulistischer Mittel bedient, um zum einen ihre Vorstellung eines autoritären Maßnahme-Staates durchzusetzen und zugleich all jene Menschen abzuwerten, die sich gegen Menschenverachtung und Rassismus einsetzen oder schlicht nicht in das Gesellschaftsbild der AfD passen.

100 tigen Verlust an Arbeitseffizienz und -qualität nachvollziehbar bescheinigt. An den jetzigen Standorten sollten jedoch weiterhin Dienstbereiche für besondere Aufgaben belassen werden.

Eine Zentralisierung der Polizeiverwaltung lehnen wir ab, da sich dadurch weder finanzielle noch personelle Einsparungen erzielen lassen. Vielmehr würde die Effizienz der Polizeiarbeit auf Grund des höheren Verwaltungsaufwandes sinken.

Um die Zufriedenheit und damit Leistungsfähigkeit der Polizeibeamten zu steigern, fordert die AfD die Einführung eines nachhaltigen, zukunftsfähigen Beförderungsmodells für die Polizei. Der vorhandene Beförderungsstau ist aufzulösen.

Gewalt gegen Polizeibeamte wird von der AfD ausdrücklich verurteilt. Die entsprechenden Straftatbestände sind zu verschärfen und konsequent gegen jeden, auch gegen Straftäter aus den Reihen der Linksautonomen und Zuwanderer, durchzusetzen. Hier deutete sich in der Vergangenheit eine Ungleichbehandlung vor dem Gesetz an. **100** Dem widerspricht die AfD entschieden!

Die Flutkatastrophen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass dem Katastrophenschutz des Landes Sachsen-Anhalt eine kompetente zentrale Koordinierung mit entsprechendem Weisungsrecht fehlt. Die AfD fordert, eine zentrale staatliche Leitstelle für den Katastrophenfall einzurichten. Die Leitstelle ist nach Klärung der finanziellen und technischen Fragen, insbesondere der Wirtschaftlichkeit, bei der Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt, der Sachsen-Anhalter Landes-, Feuerwehr- oder Katastrophenschutzschule anzusiedeln. Sie soll die Aus- und Fortbildung des Leitstellenpersonals sicherstellen und die Einsatzunterlagen pflegen. Die Leitstelle

ist im Katastrophenfall von einem staatlichen Beauftragten zu führen. Die Kosten dafür sind vom Land zu tragen.

5.2.2 Die Polizeireform rückgängig machen!

2014 hat die Landesregierung eine Polizeireform beschlossen, die u. a. die Streichung von rund 2500 Stellen, die Schließung von Revierstationen und eine weitere Zentralisierung der Polizeikräfte vorsieht. Wir halten diese Reform angesichts der angespannten Sicherheitslage für unverantwortlich und setzen uns für die Stärkung der personellen und materiell-technischen Ausstattung der Reviere auf Kreisebenen ein. Die Reviere tragen die Hauptlast bei der polizeilichen Aufgabenbewältigung. Sie sind nahe am Bürger und brauchen unsere Unterstützung.

Das Zentralisierungsprogramm der Landesregierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es die bestehenden Sicherheitsdefizite nur verwaltet, anstatt sie zu beseitigen. Eine weitere Zentralisierung polizeilicher Kräfte und Mittel auf die Polizeidirektionssitze in Halle und Magdeburg lehnen wir deshalb strikt ab. Die Polizeireform ist komplett rückgängig zu machen!

5.2.3 Bundeswehr

Landesverteidigung ist primär eine Bundesaufgabe. Die Bundeswehr ist in Sachsen-Anhalt in mehreren Standorten mit insgesamt über 6.500 Soldaten und Zivilbeschäftigten vertreten. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Sachsen-Anhalt zur Bedeutung der Bundeswehr als Arbeitgeber und als regionaler Wirtschaftsfaktor steht und sich gleichzeitig im Bundesrat gegen eine weitere Verkleinerung der Bun-

»Deutsche Streitkräfte müssen unter deutschem Befehl stehen.« Mit dieser Forderung beschließt die AfD ihre Ausführungen zum Thema Bundeswehr. Damit spricht sie sich deutlich gegen Einsätze der Bundeswehr innerhalb von NATO Missionen aus, was zur Folge hätte, dass eine Vielzahl von Auslandseinsätzen abgebrochen werden müssten. Einsätze, bei denen es in erster Linie um die Durchsetzung deutscher sowie europäischer Interessen geht. Auch wenn es begrüßenswert ist, die Einsätze der Bundeswehr v.a. im Hinblick auf den »Schutz« der EU-Außengrenze abzurechnen, fordert die AfD hier etwas ganz anderes: Nämlich den alleinigen Einsatz der Bundeswehr für deutsche Interessen, womit sie Bündnisse wie NATO und EU in Frage stellt. Darüber hinaus spricht sich die AfD gegen eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr aus und ist damit höchst anschlussfähig für die Forderungen der baden-württembergischen AfD. Diese fordert nämlich in ihrem Landes-Wahlprogramm: »Die Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht für männliche Deutsche«.

Vermutlich denkt die AfD hierbei nicht an die Zunahme rassistischer Gewalt. Viel eher spielt sie auf die Behauptung an, dass von Einwanderern in hohem Maße Kriminalität ausgeht. Das ist falsch. Und es wurde in früheren Kommentaren auch schon besprochen. Da Wiederholung die Mutter der Pädagogik ist, wiederholen die Autorinnen die wichtigen Wahrheiten trotzdem noch einmal: Es gibt derzeit keine Massenzuwanderung. Es gibt keine Verschlechterung der landesweiten Sicherheitslage. Es gibt keinen belegbaren Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Sicherheitslage.

101 deswehr einsetzt. Die AfD wendet sich entschieden gegen Beleidigungen oder Verunglimpfungen deutscher Soldaten. Wir verurteilen jegliche Sachbeschädigungen oder Zerstörungen an militärischen Geräten und Liegenschaften. Die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes muss uneingeschränkt aufrecht erhalten werden. Deutsche Streitkräfte müssen unter deutschem Befehl stehen. **101**

5.2.4 An besonderen Brennpunkten kommunale freiwillige Bürgerwehr einführen – Sicherheitslage verbessern!

Seit Jahren weist die Kriminalstatistik in Sachsen-Anhalt steigende Werte für Diebstahl und Einbruch aus. Im Bundesvergleich hält Sachsen-Anhalt mittlerweile einen traurigen Spitzenplatz als das unsicherste Flächenland Deutschlands. Es ist abzusehen, dass die aktuelle Massenzuwanderung die Sicherheitslage noch weiter verschlechtern wird. **102**

Angesichts dieser Situation fordern wir, dass Kommunen mit besonderen Kriminalitätsbrennpunkten das Recht erhalten, eine freiwillige Bürgerwehr auf kommunaler Ebene einzuführen. Die freiwillige Bürgerwehr soll dem Ordnungsamt unterstehen. Sie bildet eine Hilfspolizei, die der Landespolizei zuarbeitet und sie von Aufgaben entlastet, die nicht zwingend von Polizeibeamten durchgeführt werden müssen. **103**

Angehörige der freiwilligen Bürgerwehr sollen eine geringe, im Rahmen der Übungsleiterpauschale, steuerfreie Aufwandsentschädigung erhalten.

102

Die freiwillige Bürgerwehr dient ausdrücklich nicht der Entlastung des Haushaltes, sondern der Verbesserung der Sicherheitslage bei gleichbleibenden Mitteln. Sie darf keine regulären Polizeistellen ersetzen.

Eine solche kommunale Bürgerwehr an Brennpunkten der Kriminalität wird Straftäter abschrecken, Straftaten vereiteln und dazu beitragen, dass die Aufklärungsquote steigt. Sicherheit darf zu keinem Luxusgut werden; sie ist ein Grundrecht des Bürgers!

5.3 Recht

5.3.1 Allgemein

Die Rechtspflege ist, wenn sie ihre zentrale Aufgabe, den Rechtsfrieden zu gewährleisten, erfüllen soll, auf Unabhängigkeit in jeder Verfahrensstufe und bei jedem Verfahrensschritt angewiesen. Schwindet das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz, ist die Gesetzestreue der Bürger gefährdet. Die AfD hält daher eine Rücknahme von politischen Einflussmöglichkeiten auf die Justiz für erforderlich.

Justizminister haben, anders als bei Richtern, gegenüber Staatsanwälten ein Weisungsrecht. Damit ist eine Einflussnahme auf das rechtsstaatliche Verfahren gegeben und dem politischen Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Die AfD fordert daher, Entscheidungen des Staatsanwalts im Rahmen des Strafrechts von der Weisungsgebundenheit auszunehmen. Bei der Einstellung von Richtern muss zweifelsfrei allein die fachliche Eignung Einstellungs voraussetzung sein. Die derzeitige Form der Einstellungsverfahren von Richtern

103

Neben der Aufstockung der Polizei fordert die AfD die Einführung von Bürgerwehren.

Diese Forderung, die sonst vornehmlich von klassischen rechten Parteien geäußert wird, hat eine besonders aktuelle Brisanz: Im November 2015 wurde in Magdeburg zur Gründung von Bürgerwehren gegen »kriminelle Ausländer« aufgerufen. Diese Initiative ging von rechten Hooligans und Neonazis aus, die maßgeblich den Ton angaben und sich um die Umsetzung der Bürgerwehren im rechten Sinne bemühten.

Hinzu kommt, dass sich die AfD an anderer Stelle ausdrücklich zu der bestehenden »demokratischen Gesellschaft« und »den von ihr gesetzten Regeln« bekennt. Die wichtigsten Elemente sind dabei die Gewaltenteilung und das staatliche Gewaltmonopol. Die ausführende Gewalt wurde per Verfassung an eine professionelle, neutrale Instanz abgegeben. Sie soll das Recht unabhängig vom Ansehen der Person durchsetzen. Sie setzt es auch gegenüber den anderen Gewalten (Gesetzgeber, Gerichte) durch. Dafür wird sie wiederum von den anderen Gewalten kontrolliert.

Eine Bürgerwehr ist weder für exekutive Aufgaben ausgebildet, noch entspricht das Einsetzen von Bürgerwehren dem Grundsatz der Gewaltenteilung. Sollte der Forderung nach Bürgerwehren nachgekommen werden und der Staat exekutive Aufgaben an Bürgerwehren oder eine Hilfspolizei abgeben, dann entziehen sich diese Gruppen der demokratischen Kontrolle (auch das Ordnungsamt kann diese Kontroll-Aufgabe nicht übernehmen).

Die Forderung nach einer Bürgerwehr widerspricht somit dem Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols und dementsprechend auch den eigenen Aussagen der AfD.

Laut AfD ist die »Rechtspflege [...] auf Unabhängigkeit in jeder Verfahrensstufe und bei jedem Verfahrensschritt angewiesen.« Beginnend bei der Ermittlung von Straftaten. Genau das kann eine »effektive« Zusammenarbeit mit dem Format Bürgerwehr nicht leisten. Eine unabhängige Justiz kann nicht subjektive Gefühle der Bürgerinnen und Bürger (wie Ängste, Rache oder Ressentiments gegenüber Minderheiten) in die Rechtsprechung einbeziehen. Sie muss sich an objektiven, vorher festgelegten Kriterien orientieren. Auf diese Weise soll sicher gestellt werden, dass alle Menschen in der BRD gleichbehandelt werden.

Seit dem 1. Januar 2016 gelten mit Blick auf strafrechtlich verurteilte Ausländer schärfere Bundesgesetze. In dieser Hinsicht ist die CDU/SPD-Regierung also eine sehr geeignete Alternative zur Alternative für Deutschland.

Zudem gilt: Gegenüber Zugewanderten ist das Gebot der Gleichheit bei Weitem nicht gegeben – und zwar zu deren Nachteil! So gibt es eine Reihe von Straftatbeständen, die zwar in die Kriminalstatistik einfließen und unter dem Punkt »nichtdeutsche Tatverdächtige« aufgezählt werden, die aber von Deutschen gar nicht begangen werden können, weil es sich z.B. um Tatbestände nach dem Aufenthaltsrecht handelt. Auch in der öffentlichen Debatte wird die Kriminalität von Deutschen mit anderem Maß gemessen als die von Nicht-Deutschen und wenn auf Demonstrationen der PEGIDA oder AfD »Straffällige Asylbewerber abschieben!« gerufen wird, dann ist das eine Forderung

104

über das Justizministerium ermöglicht die Wahl nach Parteibuch. Wir fordern, dass die Auswahl und die Einstellungsentscheidung von Richtern durch ein Gremium erfolgt, in dem ausschließlich Richter vertreten sind. Außerdem fordern wir die Überprüfung der Justizstrukturreform.

Wir setzen uns dafür ein, dass zugewanderte Straftäter ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei einer Verurteilung wegen Verstoß gegen das Waffengesetz, wegen Mord, Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge oder Vergewaltigung zwingend ausgewiesen werden. Unabhängig von diesen Tatbeständen fordern wir, dass Ausländer bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr generell ausgewiesen werden. Bislang ist hier eine zwingende Ausweisung erst ab einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren unabhängig vom Straftatbestand vorgesehen. **104**

5.3.2 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln

Die Alternative für Deutschland fordert eine umfassende Modernisierung des Verwaltungshandelns, in welchem der Bürger im Mittelpunkt des Veränderungsprozesses steht. Wir verfolgen damit das Ziel, Bürokratie abzubauen, Bürgern einen möglichst einfachen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen anzubieten, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu stärken, die Formen demokratischer Beteiligung zu fördern und durch Transparenz das Vertrauen in Politik und Verwaltung wieder herzustellen. Die Modernisierung der Verwaltung ist für eine Neuordnung der Beziehung zwischen Bürger und Staat unumgänglich. Ein Übermaß an behördlicher Re-

gulation schadet der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, hemmt Modernisierungsprozesse in der Verwaltung, verhindert Bürgerbeteiligung und begünstigt einen verschwenderischen Umgang mit Steuermitteln.

5.4 Direkte Demokratie

5.4.1 Allgemeine Forderungen

Wir fordern, bestehende und geplante Gesetzesvorhaben der Landesregierung hinsichtlich ihrer Erfüllungskosten für Bürger, Unternehmen und Verwaltungen zu überprüfen.

Wir wollen, dass die Ziele eines Offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns mit einer hohen Kosteneffizienz sowie einer generationsgerechten Finanzpolitik in allen Gebietskörperschaften Sachsen-Anhalts verwirklicht werden. In diesem Zusammenhang ist die verpflichtende Einführung einer Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung für alle Städte, Gemeinden, Landkreise und Ämter des Landes Sachsen-Anhalt zu prüfen. Steuergeldverschwendung muss ebenso wie Steuerhinterziehung, konsequent strafrechtlich geahndet werden. **105**

Verwaltungsdienstleistungen sollen mit Hilfe moderner, leistungsfähiger und wirtschaftlicher Informationstechnologie angeboten werden.

Wir fordern eine umfassende Modernisierung der Personalwirtschaft, welche objektive Kriterien bei Stellenbesetzungen fördert, die Karriereplanung der Bediensteten verbessert, eine zeitgemäße und

nach doppelter Bestrafung, die nicht vereinbar mit Menschenrechten und Rechtsstaat ist.

Einen kritischen Umgang mit solcher Öffentlichkeit oder wenigstens der Kriminalstatistik legt die AfD allerdings nicht vor. Warum sollte sie auch, spielt doch eine möglichst hohe Anzahl an Delikten, egal worum es sich handelt, bestens in die rechtspopulistische Rhetorik der Abwertung und Kriminalisierung von Asylsuchenden.

105

Wie viele andere rechte Parteien stößt auch die AfD kräftig ins Horn der Regierungskritik. Zu finden sind zumeist eine deutliche Skepsis gegenüber den Institutionen und der Verwaltung der repräsentativen Demokratie. In diesem Abschnitt unterstellt die AfD sehr gezielt die staatliche Verschwendung von Steuergeldern. Regierungshandeln geschieht in der Regel in der Absicht, eine bestimmte Wirkung zu erzielen. Die tatsächliche Auswirkung und die beabsichtigte müssen dabei aber nicht zwingend übereinstimmen. Insbesondere Kosten für geplante Gesetzesvorhaben können nicht exakt vorherbestimmt werden. Ein Straftatbestand der »Steuergeldverschwendung« würde jedoch jedes Regierungshandeln lähmen. Es könnte immer zu einer Strafverfolgung kommen wenn sich herausstellt, dass ein Gesetz doch ineffektiv ist. Der Straftatbestand der Verschwendung müsste dann allerdings erst noch erfunden werden.

Die Ablehnung sogenannter »PPP-Modelle« widerspricht Punkt 5.1. Entweder bekennt sich die AfD zu mehr Marktwirtschaft, einer schlanken Bürokratie, einem schlanken Staat und der Vermeidung von Schulden oder sie setzt auf eine Beibehaltung bzw. Ausweitung der Aufgaben des Staates, wie sie es an anderen Stellen auch tut: Punkt 5.2 – zusätzliche Mittel für Polizei und Feuerwehr, 5.4.1 – Kofinanzierung von Bundes- und EU Programmen, 5.4.4 freie Unterrichtsmaterialien. Beides gleichzeitig ist nicht möglich, zumindest nicht innerhalb des Kapitalismus.

106 fachspezifische Weiterbildung ermöglicht, die Zahl der Verbeamtungen zur Verringerung der Pensionslasten auf ein notwendiges Minimum reduziert, derzeit steile hierarchische Organisationsstrukturen deutlich abflacht und so genannte „Whistleblower“ gemäß den Regeln der Antikorruptionsorganisation „Transparency International“ schützt.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Sachsen-Anhalt grundsätzlich auf eine private Vorfinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen durch PPP-Modelle („public private partnership“) verzichtet. **106** Mit PPP-Modellen werden finanzielle Lasten in die Zukunft verschoben. Sie sind daher als eine Art versteckten Schuldenmachens zu sehen, wodurch zukünftige Handlungsspielräume eingeschränkt werden. Zudem ist der Einfluss des Landes auf die Leistungsinhalte nach Vertragsabschluss wesentlich geringer, als wenn das Land die Maßnahmen selbst durchführt. Nicht zuletzt spricht gegen PPP-Modelle, dass dabei der Gewinn der privaten Partner von der Allgemeinheit mitfinanziert werden muss.

Die notwendigen Eigenmittel zur Kofinanzierung von Bundes- und EU- Programmen sind zu sichern. Priorität genießen außerdem die Bereiche öffentliche Sicherheit, Schul- und Ausbildung sowie Umsetzung von Erkenntnissen zur Erzeugung innovativer Produkte der heimischen Wirtschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen möglichst viele Aufgaben im Verbund erledigen, um Kosten und Verwaltungsaufwand zu senken.

Die AfD Sachsen-Anhalt lehnt eine Erhöhung der Stellenzahlen für politische Beamte im Land sowie jegliche politische Einflussnahme auf die Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst ab. Zwingend erforderlich ist hingegen die Aufstockung der Stellen bei Polizei, Kinderbetreuung, Schulen und Gesundheitswesen.

5.4.2 Stärkung der direkten Demokratie

Gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Dieser Anspruch wird nicht ausreichend damit erfüllt, dass Wähler alle 4 oder 5 Jahre ein Kreuz machen können, sonst aber kaum Möglichkeiten haben, auf politische Entwicklungen und Entscheidungen direkten Einfluss zu nehmen. Wir möchten dem entgegenwirken, dass immer mehr Bürger resignieren und sich auf die Position „Die da oben machen ja doch was sie wollen“ zurückziehen.

Um die Beteiligung der Bürger an Entscheidungen zu verbessern, ist direkte Demokratie auf Landes- und Kommunalebene zu fördern. Die Möglichkeiten der Bürger zur direkten Mitbestimmung sind zu erweitern. Die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Sachsen-Anhalt zu hoch, so dass diese Elemente im bundesweiten Vergleich wenig genutzt werden. Quoren sind nach bayerischem Vorbild abzuschaffen. Unser Ziel ist es, Sachsen-Anhalt zum Musterland der direkten Demokratie zu machen. **107**

107

Das Eintreten für die Stärkung der Elemente einer direkten Demokratie ist ein typischer Zug rechter Parteien. In dieser Forderung versteckt sich die Unterstellung, dass Parlament und Exekutive nur mit der Organisation von Einzelinteressen beschäftigt seien und die Interessen der Bevölkerung aus den Augen verloren hätten.

Mehr Mitbestimmung kann allerdings nur gelingen, wenn alle Menschen die gleiche Möglichkeit haben sich in die politische Diskussion einzubringen. Dazu müssen sie Zugang zu möglichst vielen unabhängigen Informationen bekommen (bereitgestellt vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk und nicht, wie von der AfD gefordert, von staatlich kontrollierten 1 bis 2 Kanälen) und sie müssen diese Informationen verarbeiten können (d.h. den gleichen Bildungsstand haben und zeitliche Ressourcen, also genug Geld haben). Direkte Demokratie wird zum Desaster, wenn Bildung von der sozialen Lage abhängt (wie es beim geforderten Beibehalten eines drei-gliedrigen Schulsystems der Fall wäre), wenn Bürger nicht zur kritischen Reflexion erzogen werden (welche eben nicht Teil der Vermittlung der »preußische Tugenden« und Disziplin an Schulen sein soll), wenn Minderheiten unterdrückt werden (wie zum Beispiel Migrantinnen und Asylsuchende) oder abweichende Lebensstile nicht akzeptiert werden (keine Gleichstellung von LSBTTIQ - lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen).

Eine Elite kann dann leicht die öffentliche Meinung manipulieren und Minderheitenmeinungen und Interessen werden unterdrückt – ganz im Interesse der AfD.

Aha, der Hintergrund der Sperrklausel sind also »die schlechten historischen Erfahrungen in der Weimarer Republik«. Zustände, die aus Sicht der AfD heute so nicht mehr gegeben sind. Gäbe es die Sperrklausel nicht, wären extrem rechte Parteien wie die DVU, die NPD, die RECHTE oder aber auch die AfD bereits vielfach in Landtagen oder aber im Bundestag mit ihren menschenverachtenden und rassistischen Positionen vertreten. Schon klar, dass die Herabsetzung der Sperrklausel ein Anliegen der AfD ist, bleibt nur zu hoffen, dass die 5% vorerst erhalten bleiben.

108 Wir sehen einen besonderen Schwerpunkt darin, für alle Bereiche der Kommunal-, Landes- und letztlich auch der Bundespolitik Instrumente der direkten Demokratie deutlich zu verbessern oder neu zu schaffen. Dazu fordern wir auf allen Ebenen und für alle Politikbereiche (unter anderem nach dem Vorbild der Schweiz):

- Volksinitiativen für Gesetzesvorschläge aus der Mitte des Volkes;
- Volksbegehren zur Überprüfung von Gesetzentwürfen, die von Parlamenten verabschiedet werden sollen;
- Volksentscheide zur Korrektur bestehender Gesetze (z. B. Kommunalabgabengesetz);
- Volksentscheide vor allen Grundgesetzänderungen oder vor Abgabe nationaler Kompetenzen an die EU

Wir fordern, die Legislaturperiode des Landtags von derzeit 5 auf 4 Jahre zu verkürzen. Damit bezwecken wir, dass die Bürger des Landes als Souverän häufiger über die Besetzung des Landtags bestimmen und somit einen stärkeren Einfluss auf die Gesetzgebung sowie die Zusammensetzung der Landesregierung nehmen können.

5.4.3 Absenkung der Sperrklausel von 5 auf 3%!

Die 5%-Sperrklausel ist eingeführt worden, um die Regierungsbildung zu erleichtern und für klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu sorgen. Ihr Hintergrund sind die schlechten historischen Erfahrungen in der Weimarer Republik. **108** Heute aber wirkt die 5% Sperrklausel als Demokratiebremse.

Sie führt dazu, dass weite Anteile **109** des Wählerspektrums keine demokratische Repräsentation und Meinungen kein Gehör finden. Deshalb fordern wir, die Sperrklausel im Landtag von Sachsen-Anhalt auf 3% abzusenken.

5.4.4 Handlungsschwerpunkt Transparenz

Der Handlungsschwerpunkt Transparenz umfasst die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die Umsetzung des Bürgerwillens aber auch die Stimulierung des Binnenmarktes. Ein transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln hilft, Misstrauen abzubauen und Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken.

Die AfD fordert eine Veröffentlichung von Daten und Informationen aus Politik und Verwaltung zur freien Nutzung unter der Wahrung von Persönlichkeitsrechten. Die Daten sollen auf Webseiten oder über internetbasierte Datenschnittstellen nach Berliner oder Hamburger Vorbild verfügbar gemacht werden, wobei interoperablen, offenen Lizenzmodellen der Vorzug zu geben ist. Nichtveröffentlichung von Daten oder Informationen soll auf Datenschutzebene begründet werden müssen.

Darüber hinaus fordern wir entgeltbefreite Lehrmaterialien, die freie Veröffentlichung von Forschungsdaten und -ergebnisse sowie die vollständige Veröffentlichung von Haushaltsdaten. Hierzu gehört auch die genaue Darstellung der Sach- und Personalausgaben für die jeweiligen Verwaltungsdienstleistungen.

Bei der Landtagswahl 2011 wurden in Sachsen-Anhalt 15,2 Prozent der gültigen Stimmen für Parteien abgegeben, die es nicht über die Sperrklausel geschafft haben. So sehr darin eine gewisse Ungerechtigkeit gesehen werden darf, ist es dennoch abwegig, hier von »weiten Anteilen« zu sprechen. Wenn wir der Forderung der AfD hier folgen, würde sich dieser Anteil auf etwa 7 Prozent reduzieren. Warum die AfD hier nicht konsequent die Abschaffung der Sperrklausel fordert, bleibt im Dunkeln.

Schließelich ist es ja schön und gut, von »Demokratienbremsen« zu schwadronieren, bei nur etwa 50 Prozent Wahlbeteiligung sollte man meinen, dass die sachsen-anhaltische Demokratie andere Probleme als die Sperrklausel hat.

»Wir wollen den Einfluss der Politik auf den öffentlichen Rundfunk reduzieren und setzen uns für einen Rundfunk ein, der ausschließlich der Öffentlichkeit verpflichtet ist«, sagt die AfD zwar in diesem Abschnitt, widerspricht dabei aber ganz deutlich ihren Ausführungen unter Punkt 5.1. Dort fordert sie einen »staatlichen Rundfunk«, der »aus ein bis zwei Kanälen bestehen« soll. Das riecht doch aber gehörig nach Einflussnahme. Wie denn nun, staatliche Medienkontrolle: Ja oder nein?

An diesem Widerspruch zeigt sich überaus deutlich, dass rechtspopulistische Strategien vor allem der Meinungsmache dienlich sind – mal gegen die »Lügenpresse« und wenn das gerade nicht passt, dann eben gegen die »manipulative Regierung«.

110 Wir fordern die Abschaffung der GEZ-Gebühren. Wir wollen den Einfluss der Politik auf den öffentlichen Rundfunk reduzieren und setzen uns für einen Rundfunk ein, der ausschließlich der Öffentlichkeit verpflichtet ist. Einen Rundfunk als Sprachrohr der etablierten Parteien lehnen wir ab. **110**

Wir fordern, dass die Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt zukünftig ihre Finanzierung offenlegt und einen Geschäftsbericht auf einer Webseite veröffentlicht. Erst mit der Veröffentlichung eines Geschäftsberichts werden Finanzen und Aufgabenerfüllung der Landesmedienanstalt für die Öffentlichkeit transparent.

5.4.5 Handlungsschwerpunkt Partizipation

Durch Transparenz im staatlichen Handeln werden Potentiale für eine politische, gesellschaftliche und soziale Gemeinschaftsarbeit freigesetzt. Wir fordern, dass Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft dialogorientiert in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der Dialog mit Politik und Verwaltung, wie etwa Volkspetitionen, Volksbegehren oder Volksabstimmungen muss zukünftig mit Hilfe moderner und manipulationssicherer Medien vereinfacht werden.

Wir fordern den Ausbau von offenen und sicheren Zugangskanälen zu Verwaltungsdienstleistungen unter Berücksichtigung aktueller Technologien, insbesondere des Internets. Um den hohen Sicherheitsanforderungen in den Verwaltungen gerecht zu werden, setzt sich die AfD dafür ein, bei der Beschaffung von IT-Technologie vorrangig auf offene Lizenzmodelle zu setzen.

Mit Hilfe eines elektronischen Bürgerkontos soll zukünftig jeder Bürger Sachsen-Anhalts in der Lage sein, mit dem Dienstleistungsportfolio der Behörden zeitunabhängig in virtuellen Räumen zu interagieren. Im Vorfeld konkreter Rechtssetzungsvorhaben können beispielsweise Bürger in die politische Willensbildung mit einbezogen werden. **111**

5.4.6 Handlungsschwerpunkt Subsidiarität

Sowohl die europäische Einigung, als auch die Reichweite des Staates im Innern auf allen Ebenen, insbesondere gegenüber dem Bürger, ist nach dem Prinzip der Subsidiarität zu gestalten. Dieses besagt, dass übergeordnete gesellschaftliche bzw. staatliche Einheiten nur solche Aufgaben übernehmen sollen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind. Es dient der Freiheit, der Verantwortlichkeit und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen.

111 *Der Einsatz von neuen Technologien bei der Durchführung direkter Partizipation oder der Umsetzung von Transparenz ist riskant:*

Es gibt keine »manipulationssicheren Medien.« Mit einem »elektronischen Bürgerkonto« entsteht zudem die Gefahr eines »gläsernen Bürgers«.

Dass die politische Willensbildung über »neue Medien« auch ordentlich schief gehen kann, zeigen die grassierenden Falschmeldungen und Gerüchte zu Asylsuchenden, die dazu verwendet werden, Hass gegen diese Menschen zu schüren und Gewalt zu rechtfertigen. Unter dem Schlagwort »Filterblase« wird zudem erforscht, inwieweit es einer demokratischen Öffentlichkeit sogar schaden kann, wenn politische Willensbildung in weitestgehend anonymen Netzwerken stattfindet.

Präambel

Die Präambel des AfD Wahlprogramms für Sachsen-Anhalt offenbart die grundlegend rassistische und völkisch-nationalistische Ausrichtung der Partei. An den Beginn des Wahlprogramms gesetzt, zeigt sich unter vielfacher Verwendung der Schlüsselbegriffe »Volk« und »Nation« sowie einer Verharmlosung des Nationalsozialismus (S. 89) die ideologische Selbstverortung und politische Kernidentität der AfD.

Nicht zuletzt wegen der besonderen Brisanz und außerordentlichen Kritikwürdigkeit der Präambel haben sich die Kommentator_innen die Freiheit genommen, die Kommentierung dieser Ansammlung an rassistischer Hetze und völkisch-nationalistischer Ideologie als »krönenden« Abschluss der kritischen Edition zu setzen und so noch einmal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, warum die AfD mitnichten als demokratische Alternative betrachtet werden darf.

Präambel

Sachsen-Anhalt ist ein reiches Land - reich an Menschen mit gesundem Verstand, reich an weiten unverbauten Landschaften und unerschöpflich reich an Geschichte. Die Altmark gilt als die Wiege Preußens. Die Reformation nahm ihren Ausgang in Wittenberg. In Magdeburg hatte das frühe römisch-deutsche Kaiserreich sein geistig-politisches Zentrum. Mit den Merseburger Zaubersprüchen kommen die bekanntesten Sprachdenkmäler des Althochdeutschen aus Sachsen-Anhalt. In keinem anderen Bundesland herrscht eine solche Dichte an Denkmälern von nationaler Bedeutung. Nirgendwo liegen so viele Wurzeln deutscher Geschichte wie hier. Wir sind stolz auf Sachsen-Anhalt!

Unsere herausragende Geschichte aber steht in traurigem Widerspruch zur heutigen gesellschaftlichen Lage: Sachsen-Anhalt leidet unter hoher Arbeitslosigkeit. Einstige Zentren der Industrialisierung gelten heute als strukturschwache Problemregionen. Der ländliche Raum verödet zusehends. Unsere schönen Landschaften werden durch Windräder verschandelt. **112** Die zügellose Masseneinwanderung **113** bedroht unseren bescheidenen Wohlstand und unseren inneren Frieden. **114** Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte **115** verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.

All das ist nicht nur das Ergebnis von 40 Jahren sozialistischer Diktatur, es ist vor allem die Schuld der heutigen Politik. Einer Politik, die mit gekrümmtem

112 *Ach ja, die Sache mit den Windrädern – nicht nur greift die AfD im Zuge des Stimmenfangs hier vereinzelte Ressentiments gegen die umweltfreundlichen Windkraftwerke auf, sondern legt den Grundstein um im späteren Abschnitt 4 energisch für den Erhalt der Braunkohlenindustrie und die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken (von denen es in Sachsen-Anhalt keine gibt) einzutreten. Dies steht natürlich ganz im Zeichen der konservativen Kritik an der Energiewende (dem Übergang von der nicht-nachhaltigen Nutzung fossiler Energieträgern und Kernenergie zu einer nachhaltigen Energieversorgung mittels erneuerbaren Energien), die nicht selten einen versteckten Zweifel oder gar die Leugnung der globalen Erderwärmung beinhaltet. Dabei gehört Sachsen-Anhalt zu den großen Gewinnern der Energiewende: Rund 12.300 Menschen haben hier allein durch die Windbranche eine Arbeit gefunden.*

113 *Die Zahl neu angekommener Menschen in Sachsen-Anhalt betrug im ersten Halbjahr 2015 gerade einmal 25.763, wobei diese Zahl sogar den bundesdeutschen Zuzug enthält – keine Spur von »Masseneinwanderung«. Als »zügellos« kann der Zuzug nach Sachsen-Anhalt auch nicht bezeichnet werden, denn Einwanderung in die BRD und nach Sachsen-Anhalt ist alles andere als einfach, mit diversen Hürden verknüpft und daher nicht ungebremst und schon gar nicht unkontrolliert möglich. Dass die hier gewählte Formulierung der rassistischen Aufwiegelung dienlich sein soll, ist so offensichtlich, dass sie eigentlich keiner weiteren Erwähnung bedarf.*

Die Hetze hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Zuwanderung als Bedrohung von Wohlstand und Frieden zu überspitzen, stigmatisiert zugewanderte Menschen als »kriminelle Bedrohung« und wertet damit all jene ab, die aus Sicht der AfD nicht nach Sachsen-Anhalt gehören. Zudem werden Haushaltsdefizite und wirtschaftliche Engpässe auf diese Weise ethnisiert und fälschlicherweise auf die Zuwanderung von Asylsuchenden zurückgeführt. Mehr rassistische und rechtspopulistische Meinungs-mache innerhalb eines Satzes ist kaum möglich, doch wie sich in Abschnitt 3 des Wahlprogramms gezeigt hat, kann nur die AfD die AfD übertreffen.

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus als »Unglücksjahre« geht an dieser Stelle Hand in Hand mit dem Beklagen einer angeblichen Überbetonung desselben in der gesellschaftlichen Debatte. Die gesellschaftliche Aufarbeitung und den kritischen Umgang mit den Verbrechen und Masseng-morden des Nationalsozialismus als beklagenswert darzustellen und demgegenüber von einer Vernachlässigung der sonstigen kulturellen und staatlichen Errungenschaften zu sprechen, zeugt nicht nur von tiefer Verachtung für die Opfer des Nationalsozialismus, sondern auch von einer gefährlichen Affinität zu autoritären und rassistischen Ideologien sowie einer deutlichen Fehlinterpretation der deutschen Geschichte.

Darüber hinaus stellt die AfD die differenzierte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und aus dieser hervorgehende politische Diskurse, ohne nähere Ausführung, als ideologisch und »fremdbe-

114 Rücken fremde Vorgaben erfüllt, **116** anstatt sich aufrichtig für die Interessen unseres Landes einzusetzen; einer Politik, die im Zeitgeist gefangen ist und weder Mut noch Phantasie aufbringt, die Dinge einmal anders zu sehen; einer Politik die nur noch Missstände verwaltet, anstatt unsere Zukunft schöpferisch zu gestalten.

Wir, die Alternative für Deutschland, sind angetreten, genau das zu ändern! Wir haben den Mut, uns vorrangig für die Interessen unseres eigenen Landes einzusetzen. **117** Dem linken Zeitgeist halten wir unseren gesunden Menschenverstand **118** und unsere Heimatliebe entgegen. **119** Wir wollen die Zukunft aktiv gestalten, statt nur miserable Zustände zu verwalten.

115 Wir haben uns die Demokratie in der friedlichen Revolution von 1989 erkämpft, um sie mit Leben zu füllen, und nicht, um miterleben zu müssen, wie sie langsam aber stetig vergeht. Wir wenden uns deshalb mit Nachdruck gegen eine technokratische Politik, die demokratische Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten abbaut, Menschen bevormundet und sich von oben herab für „alternativlos“ erklärt. **120** Die Stimme der Bürger ist unser Programm! Das heißt auch: Wir dürfen die Politik nicht einer Kaste von abgehobenen Berufspolitikern überlassen. **121** Die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung, insbesondere der direkten Demokratie, hat für uns hohe Priorität. Wir wollen Sachsen-Anhalt zur Schweiz der Bundesrepublik Deutschland machen.

116 Nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Freistaat Anhalt und der preußischen Provinz Sachsen gebildet,

verband sich mit unserem Land für kurze Zeit die Hoffnung auf eine demokratisch-bürgernahe Entwicklung, bis es der Zentralisierungswut der DDR zum Opfer fiel. Umso wichtiger sind uns Föderalismus und Subsidiarität, die heute durch den Brüsseler Zentralismus und eine ausufernde EU-Bürokratie bedroht werden. Wir wollen unser in der deutschen Einheit wiedererwachtes Sachsen-Anhalt nicht in einem Moloch namens EU untergehen sehen. Wir streben deshalb einen freien Bund souveräner Nationalstaaten innerhalb Europas an – ein Europa der Vaterländer.

Ebenso haben wir uns 1989 das Recht auf Meinungsfreiheit nicht erkämpft, um es anschließend auf dem Altar einer abstrusen „politischen Korrektheit“ zu opfern. Nur, wenn wir als mündige Bürger frei über alle Probleme und Zukunftsfragen diskutieren können, ist gewährleistet, dass wir auch die besten Lösungen finden. Deshalb treten wir Meinungsmonopolen und Meinungsmanipulation auf allen Ebenen entschieden entgegen. Wir sind uns bewusst: Freiheit will stets aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Sie ist wie ein Muskel, der verkümmert, wenn er nicht gefordert wird.

Freiheit stärkt ein Gemeinwesen aber nur dann, wenn sie ihre Grenzen kennt und zum Wohle des Ganzen gebraucht wird. Ein gesunder Patriotismus und Heimatverbundenheit garantieren, dass Freiheit nicht in Zerstörung mündet. Deshalb wollen wir jenseits der heutigen Denkverbote die Stärkung und Pflege unserer regionalen und nationalen Identität sowie die Erziehung **122** zu sozialer Verantwortung zur Aufgabe der Politik machen: an den Schulen, in den Kulturreinrichtungen, vor allem auf lokaler Ebene.

*stimmt« dar. Dabei wird der Politik vorge-
worfen, nicht im Interesse der Bevölkerung
tätig zu sein, sondern »fremde Interessen«
zu bedienen.*

*In der Analyse des Wahlprogramms hat
sich bereits an vielen Stellen gezeigt, dass
jegliche politische Aktivität, deren Ziel es
ist, allen Menschen unabhängig von ihrer
Staatsbürgerschaft dienlich zu sein, ein
Dorn im Auge der völkisch-nationalistischen
AfD ist. Da scheint es kaum verwunderlich,
humanistische und globale Politik im Inter-
esse aller Menschen als »fremdbestimmt« zu
diffamieren.*

117

*Ein bezeichnender und sich vielfach im
Wahlprogramm wiederfindender Zug der
AfD, sich als »einzige Alternative« zu den
etablierten Parteien zu stilisieren. Dabei er-
folgt die Herausstellung der eigenen Partei
stets durch die Abwertung anderer Parteien,
politischer Positionen und gesamtgesell-
schaftlich geführter Diskurse: Der »linke[n]
Zeitgeist« steht dabei stellvertretend für
jede Form humanistisch-demokratischer
Politik und Debatte und wird von der AfD ge-
zielt dämonisiert und als den Interessen der
Bevölkerung entgegengesetzt dargestellt.*

118

119

*Allerdings kann es sich dann nur um eine
Bevölkerung handeln, die Demokratie, Hu-
manismus und den Schutz von Minderheiten
von sich aus ablehnt. Das entspricht nicht
der gesellschaftlichen Realität, in der wir
leben und leben wollen, aber sehr wohl dem
völkisch-nationalistischen Ideal der AfD.*

120

121

*Die Regierung als »Kaste abgehobener
Berufspolitiker« zu bezeichnen, ist ein
weiteres inhaltsleeres, rhetorisches Mittel
der AfD. Politikerinnen und Politiker leisten*

wertvolle und zeitintensive Arbeit. Nebenbei einem weiteren Beruf nachzugehen ist kaum möglich. Ganz im Gegenteil: Politikerinnen und Politiker machen sich ihr Anliegen, die Politik, zum Beruf. Anders verhält es sich mit den Parteigrößen der AfD auch nicht. Gleichzeitig zeigt sich hier erneut die so oft bemühte Figur der AfD als »Stimme der Bürger«. Dass diese Stimme allerdings für eine Vielzahl der Bürgerinnen und Bürger niemals eintreten würde, weil sie nicht ins elitäre und konservative Gesellschaftsbild der AfD passen, macht die Partei hier natürlich nicht deutlich.

An dieser Stelle werden angebliche, (links) politisch motivierte »Denkverbote« als Bedrohung der Meinungsfreiheit stilisiert. Worauf die AfD hier anspielt, zeigt sich deutlich, auch in weiteren Teilen des Wahlprogramms: Debatten und gesellschaftliche Diskurse in den Themenfeldern Gleichberechtigung, Inklusion, Gender, Feminismus etc. haben keinen Platz im traditionalistisch-konservativen und rechten Gesellschafts- und Weltbild der AfD und werden dementsprechend als störend, ja die Meinungsfreiheit gefährdend dämonisiert. Dies gilt allerdings nur für eine Welt, in der Meinungsfreiheit einzig der Mehrheit zustehen soll und Minderheiten einfach aus dem gesellschaftlichen Diskurs, ja aus der Gesellschaft selbst, ausgeschlossen werden sollen.

Das kann schlicht nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen und auf humanistischen Werten basierenden Staates sein, die vermutlich in diversen Fällen selbst zu einer von der AfD abgewerteten Minderheit gehören - ob als Frau oder Kind, als Mensch mit geistiger oder körper-

122

Zur Bewahrung und Förderung unserer vielfältigen National- und Regionalkultur gehört auch, dass wir die ungezügelte Masseneinwanderung sofort stoppen und von den hier bereits ansässigen Einwanderern konsequent einfordern, dass sie unsere kulturellen Standards respektieren, die gesellschaftlichen Regeln befolgen und sich aktiv in unser historisch gewachsenes Gemeinwesen einfügen.

Unsere Politik achtet den Menschen so wie er ist – mit seinen ethnisch-kulturellen, aber auch geschlechtlichen Identitäten. Wir wehren uns gegen lebensfremde Gesellschaftsexperimente, die den Wandel der Geschlechterrollen manipulieren und einen neuen, geschlechtsneutralen Menschen erschaffen wollen.

Das höchste Ziel unserer Politik ist, den Nutzen unseres Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Wir nehmen es nicht hin, dass für die Rettung von Banken oder für hunderttausende von Wohlstandsflüchtlingen Milliarden und Abermilliarden hart erarbeiteter Steuergelder ausgegeben werden, während Schulgebäude jahrelang auf ihre Sanierung warten, die Schlaglöcher auf unseren Straßen immer größer werden und um jeden Euro für eine nötige Strukturförderung gefeilscht werden muss.

Wir bekennen uns zu öffentlicher Sparsamkeit, dem Ziel eines ausgeglichenen Landeshaushalts und einer Mittelverwendung im Sinne der Bürger. Die herrschenden Blockparteien geben nicht nur zu viel Geld aus, sie verschleudern es vor allem in sinnlose Projekte. Genauso wichtig wie die Tugend der Sparsamkeit sind für uns die richtigen Prioritäten beim

Einsatz der vorhandenen Mittel und Kapazitäten.

Wir werden als politisch Verantwortliche die Sorgen und Wünsche der Bürger ernst nehmen und ihre Anliegen offensiv in den Parlamenten und Gremien vertreten. Wir stehen für eine neue, gemeinwohlorientierte Politik im Dienste unserer Heimat Sachsen-Anhalt. Doch auch wir können keine Wunder vollbringen. Die Schäden, die eine verderbliche Politik in Jahrzehnten angerichtet hat, lassen sich nicht in wenigen Jahren beseitigen. Wir können aber die Richtung wechseln. **123**

Liebe Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts, für diesen politischen Richtungswechsel zum Wohle Sachsen-Anhalts werden wir uns mit aller Kraft und Leidenschaft einsetzen. Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre und freuen uns, wenn unser Programm ihre Zustimmung findet – es ist für niemand anderen als für Sie verfasst worden.

André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt

licher Beeinträchtigung, als asylsuchender oder zugewanderter Mensch, als niedrig verdienende oder Arbeit suchende Person, als homosexueller, bisexueller, transgender, transsexueller, intersexueller oder queerer Mensch.

123
Wohin der »Richtungswechsel« der AfD gehen soll, dürfte mit aller Deutlichkeit klar geworden sein: Weg von einer humanistischen und demokratischen Gesellschaft, hin zu einem autoritären, völkisch-nationalistischen Maßnahme-Staat. Einem von rechter Ideologie beherrschten Staat, der Kunst, Kultur und Medien kontrolliert; entscheidet, wer auf welche Weise den Zugang zu schulischer und berufsqualifizierender Bildung bekommt und wem das Recht auf Familie, Ehe und Adoption zusteht. Einem Staat, der internationale Bündnisse und Verträge aufzukündigen beabsichtigt, der erneuerbare Energien für großen Humbug hält, der die Verbrechen des Nationalsozialismus lieber nicht thematisieren und am liebsten leugnen würde und lieber durch schulisch vermittelte Zucht und Ordnung zum preußischen Spätmittelalter zurückzukehren beabsichtigt.

Wahlaufruf

Die Alternative für Deutschland in Sachsen-Anhalt stellt sich Ihnen am 13. März 2016 zur Landtagswahl. Sie will eine politische Alternative zur Politik der etablierten Parteien in Sachsen-Anhalt bieten. Mit unserem Landtagswahlprogramm „Mut zu Sachsen-Anhalt“ zeigen wir Ihnen, wie wir die Zukunft unseres Landes gestalten, die Lebensqualität erhöhen und den Zusammenhalt in unserer Bevölkerung stärken wollen.

Unser Wahlprogramm ist eine gesellschaftspolitische Alternative zu der konturlosen Politik der etablierten Parteien. Wir wollen Staat und Gesellschaft dezentral, subsidiär und basisnah gestalten und dadurch die Bürgerschaft stärken.. Wir wollen, dass Sie in Sachsen-Anhalt sicher und frei leben können! Unterstützen Sie unsere Politik! Wählen Sie am 13. März 2016 die Alternative für Deutschland!

Denkaufruf oder: Unser Nachwort

123 Kommentare – und vieles wurde gesagt, erklärt, gezeigt, eingewandt. All dem gemeinsam war die Auseinandersetzung mit den Behauptungen, Forderungen, der Rhetorik und dem Selbst- und Weltbild der AfD Sachsen-Anhalt.

Auf dem Weg begegnet sind uns eine lediglich handvoll vernünftiger, pragmatischer, ja, geradezu guter Vorschläge. Im Großteil sahen wir jedoch Hetze, Diffamierung, Abwertung und das Ungleichmachen von Menschen, eine fanatische Lust an Konflikt, Niedergang und Katastrophe, Verdrehungen, Verkürzungen und sicherlich auch den ein oder anderen Irrtum. Das sprachliche Kleid der Bürgernähe war sehr schnell abgeworfen und wir blickten auf eine völkisch-nationalistische Ideologie, gespickt mit dem nötigen Hang zum autoritativen und antipluralistischen Denken. Die AfD möchte nicht einfach nur Politik machen, sie möchte die Gesellschaft umformen. Und im Bild dieser Gesellschaft ist wenig bis kein Platz für Individualität, Debatte, Solidarität und, nicht zuletzt, für Freiheit. Doch ein Leben in Würde benötigt die Freiheit. Dies wäre demnach der Preis, würde man die AfD Sachsen-Anhalt aus Trotz, Protest oder teilweiser Zustimmung wählen, denn mit der Abgabe seiner Stimme wählt man nicht nur einzelne Aspekte, sondern immer das Gesamtpaket einer Partei.

Die Autorinnen haben aus all dem ihre Schlüsse gezogen und hoffen, dass die Leserinnen und Leser sich (nun) ebenfalls zu einem Urteil und einer informierten Wahlentscheidung in der Lage fühlen.

Wir sagen Danke.

Der Arbeitskreis Politik bedankt sich bei den Leserinnen und Lesern des kritisch kommentierten Wahlprogramms der AfD Sachsen-Anhalt für die geduldige Lektüre.

Besonderer Dank gilt allen projektbeteiligten Autorinnen und Autoren für die gründliche Recherche und das unermüdliche Verfassen von Kommentaren. Zudem allen Zuarbeitenden, Unterstützer*innen und Ideengeber*innen.

Weiterer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Miteinander e.V., sowie der Projektgruppe um Hensel, Geiges, Pausch und Förster der Otto-Brenner-Stiftung für deren gründliche Recherchearbeit zur AfD Sachsen-Anhalt, die uns an vielen Stellen inspiriert und geholfen hat. Auch möchten wir dem Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt unseren Dank für die Unterstützung unserer Arbeit aussprechen.

Impressum

akP - Arbeitskreis Politik
c/o Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V.
Schönebecker Straße 82-42
39104 Magdeburg

Email: afdkritischkommentiert@gmail.com
Web: afdkritischkommentiert.wordpress.com

Verfasser/v. i. S. d. P.: Redaktion akP - Arbeitskreis Politik
Gestaltung: akP - Arbeitskreis Politik
Druck: erscheint als Online-Publikation
Erscheinungsjahr: 2016

Haftungsausschluss:

Haftung für Inhalte

Die Inhalte unserer Broschüre wurden mit größter Sorgfalt erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Die kommentierte Version bezieht sich auf das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt (Stand der Redaktion: 01.03.2016). Die Redaktion zeichnet sich nicht für die Inhalte des Wahlprogramms der AfD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt verantwortlich. Die zitierten und kommentierten Stellen des Wahlprogramms sind entsprechend gekennzeichnet. Die Inhalte wurden unverändert übernommen. Eine Haftung bezüglich falscher Wiedergabe ist jedoch erst ab dem Zeitpunkt der Kenntnis einer konkreten Rechtsverletzung möglich. Bei Bekanntwerden von entsprechenden Rechtsverletzungen werden wir diese Inhalte umgehend entfernen.

Bevor Sie uns verklagen, würden wir uns über einen Hinweis per E-Mail freuen.

Die Kostennote einer anwaltlichen Abmahnung ohne vorhergehende Kontaktaufnahme wird im Sinne der Schadensminderungspflicht als unbegründet zurückgewiesen. Unberechtigte Abmahnungen und / oder Unterlassungserklärungen werden direkt mit einer negativen Feststellungsklage oder Schlimmerem beantwortet.

akP
arbeitskreis
Politik



Es gibt keine Alternative

zur menschlichen Vernunft.

akP
arbeitskreis
Politik